

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/12

**12. Sitzung
Kiel, Freitag, 27. September 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 9.10.96

Tagesordnung:

Bericht zur EXPO 2000

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/209

Martin Kayenburg (CDU)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Beschluß: Annahme

Kinesiologie und NLP an Schulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/220

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/268

Angelika Volquartz (CDU)
Sabine Schröder (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Annahme

Familienbildung stärken und ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/226

Kläre Vorreiter (CDU)
Wolfgang Baasch (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Beschluß: Annahme

Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/219

Günter Neugebauer (SPD)
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)

Gudrun Hunecke (CDU)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

Sechsstreifiger Ausbau der A 7

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/64
Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/214

Brita Schmitz-Hübsch (CDU), Berichterstatterin
Martin Kayenburg (CDU)
Bernd Schröder (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Ablehnung

Programm für Mitfahrerparkplätze

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/111
Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/235
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/264

Brita Schmitz-Hübsch (CDU), Berichterstatterin
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Bernd Schröder (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/264

Qualität der Badegewässer in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/228

Beschluß: Annahme

Verkehrskonzept Westküste

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/63
Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/213

Brita Schmitz-Hübsch (CDU), Berichterstatterin

Beschluß: Ablehnung

Gemeinsame Beratung

a) Erhalt und Förderung der friesischen Sprache und Kultur

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/243

b) Friesisch-Professur an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg - Universität

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/248

Ute Erdsiek-Rave (SPD)

Heinz Maurus (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Angelika Volquartz (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Heinz-Werner Arens (SPD)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)

Beschluß: Annahme

Strukturkonzept für die Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/244

Thorsten Geißler (CDU)

Jürgen Weber (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Ablehnung

Entschließung zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/230

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/255

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ingrid Franzen (SPD)

Gudrun Hunecke (CDU) Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW) Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Beschluß: 1. Überweisung der Nr. 1 des Antrages Drucksache 14/255 an den Innen- und Rechtsausschuß

2. Annahme des Antrages Drucksache 14/230 in geänderter Fassung

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Nach Mitteilung der Fraktion ist die Frau Abgeordnete Birgit Küstner erkrankt. Wir wünschen gute Besserung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Bericht zur EXPO 2000

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/209

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Wer meldet sich? - Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Allen Anwesenden einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen! - Beifall
bei der CDU)

In weniger als vier Jahren findet vor unserer Haustür ein **Jahrhundertereignis** statt. Schleswig-Holstein ist eingeladen teilzunehmen. Niedersachsen hat inzwischen 45 Projekte für die **EXPO** angemeldet. Die neuen Bundesländer sind in ihren Planungen weiter als Schleswig-Holstein. In Sachsen liegen allein 49 Vorschläge vor, von denen 15 inzwischen für eine Beteiligung ausgewählt sind. Selbst Thüringen bewirbt sich mit 14 Projekten.

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört,
hört!)

Was aber hat die Landesregierung bisher unternommen? - Die angemeldeten **Projekte** haben einen weiten Themenrahmen, zum Beispiel
- Stadt und Region als Exponat

- Weltforum Wald
- regionaler Energieverbund
- Transformation von Gesellschaftssystemen
- Sanierung von Altlasten
- Ferropolis, die Stadt aus Eisen
- Renaturierung von Industriebrachen.

Schon diese Aufzählung macht deutlich, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, sich mit Projekten an der **EXPO** zu beteiligen, Gelegenheit genug, **Visionen** zu entwickeln und **Vorschläge** zu machen.

Offenbar hat die Landesregierung diese Chance bis heute aber nicht begriffen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung, die sich jedenfalls in der Vergangenheit viel dafür zugute gehalten hat, technologiefreundlich zu sein, das Image des Landes fördern zu wollen und Messebeteiligungen zu forcieren, hat jedenfalls bis heute keine Auskunft darüber gegeben, welche zentralen Projekte von ihr erarbeitet werden. Lediglich in der Presseerklärung zum **Haushaltentwurf** 1997 findet sich ein Hinweis. Danach will die **Landesregierung** bis zum Jahre 2001 aus dem Landeshaushalt 4,4 Millionen DM für die **EXPO** zur Verfügung stellen und weitere 4 Millionen DM durch eine von der Investitionsbank noch zu gründende Gesellschaft und durch Sponsoren einwerben.

Für 1997 allerdings sind 600 000 DM für die **EXPO** in den Haushalt der Staatskanzlei eingestellt. Da aber gerade, wie allgemein bekannt, eine Anlaufphase materiell hohe Anforderungen an ein solches Projekt stellt, beweist dieser Haushaltsansatz: Die Landesregierung behandelt die **EXPO** eher dilatorisch.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Nun fragen wir nicht erst seit jetzt nach der **EXPO 2000**. Schon im Februar dieses Jahres haben wir um einen Bericht gebeten. Der wurde uns auch kurzfristig zugesagt. Das Wirtschaftsministerium wollte eine

Kabinettsvorlage zum Thema „Deutscher Pavillon“ erarbeiten, die ebenfalls kurzfristig vorgelegt werden sollte. Bisher Fehlannonce!

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Die Entscheidung der Ministerpräsidenten über die Frage der Beteiligung der Länder an diesem Pavillon sollte im März 1996 fallen. Bis heute hat es die **Landesregierung** jedenfalls nicht für nötig befunden, das **Parlament** über die Entscheidung oder den Verlauf zu informieren.

Nach dieser Entscheidung sollte der Beitrag Schleswig-Holsteins konkretisiert werden. Wieder Fehlannonce! Bis heute ist dem Parlament nicht einmal der Inhalt der Vorlage, die am 20. Februar des Jahres im Kabinett erörtert werden sollte, bekanntgegeben worden; insbesondere wurde das Parlament nicht informiert, welche für die Präsentation geeigneten dezentralen Projekte in Vorschlag gebracht werden sollen. Gleichwohl erwartet die Landesregierung die Zustimmung zu einer Mitteleinstellung in den Haushalt. Die Bereitschaft des Parlaments, Mittel für die EXPO 2000 zur Verfügung zu stellen, dürfte - so ist jedenfalls meine Einschätzung - ausschließlich der Grünen wegen gegeben sein. Für meine Fraktion betone ich aber: Wir werden keine Katze im Sack kaufen. Wir möchten auch Auskunft darüber haben, welche dezentralen Projekte im interministeriellen Arbeitskreis ausgewählt wurden. Dieser Arbeitskreis soll seit Februar installiert sein. Bis heute sind keine Ergebnisse bekannt.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Noch im Februar ist dem Wirtschaftsausschuß erklärt worden, daß die Landesregierung jederzeit bereit sei, dem Parlament über den Stand der Vorbereitungen für die EXPO sowie über die

Überlegungen, die bezüglich der dezentralen Projekte angestellt würden, zu berichten. Wörtlich: zu berichten!

Statt eines Berichts erscheint dann am 4. September eine nichtssagende **Pressemitteilung**, die lediglich wiederholt, was schon im Herbst vergangenen Jahres feststand. Nichts Neues! Offenbar ist nichts eingeleitet; vermutlich gibt es die interministerielle Arbeitsgruppe gar nicht, oder sie hat bis heute keine Ergebnisse erarbeitet. Und der Arbeitsstab bei der Staatskanzlei steht offenbar noch vor der Stoffsammlung. Anders ist das Signal jedenfalls nicht zu verstehen, das wir erhalten haben, der **Bericht** solle erst Anfang 1997 erfolgen.

Dies ist zuwenig. Zu Recht titelt das „Hamburger Abendblatt“: Viel Geld, aber noch kein **Konzept**. Was hat die **Landesregierung** bisher getan, um die gesellschaftlich relevanten Kräfte für diese Idee zu gewinnen? Welche in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen sind bisher angesprochen worden? Welche Verbände und Interessenvertretungen sind aufgefordert worden, Vorschläge zu machen? Ist die chinesische Partnerprovinz schon angesprochen worden? - Offenbar nicht! Sind Kongresse vorbereitet, auf Sylt, in Rendsburg, in Neumünster, im ganzen Lande? Ist Lübeck als Weltkulturerbe in diese Diskussion eingebracht worden? Gibt es Überlegungen für einen Shuttleverkehr zwischen Langenhagen und Holtenau? Was hat die Landesregierung getan?

Die Lethargie wird diesem Jahrhundertprojekt nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Chancen, die die EXPO uns auf jedem Gebiet der Technologie und nicht zuletzt auch auf dem Gebiet des Tourismus bietet,

werden von dieser Landesregierung bis heute jedenfalls nicht wahrgenommen. Deswegen sind wir auch nicht bereit, einem Vorschlag zu folgen, den Bericht erst im Januar oder Februar des nächsten Jahres entgegenzunehmen. Das Projekt ist für unser Land zu wichtig, um für den Start noch mehr Zeit ins Land gehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Fragen, die wir haben, ergeben sich aus unserer Vorlage. Die EXPO soll für die Welt ein Signal sein, daß wir Zukunft nur gestalten können, wenn wir über die staatlichen Grenzen hinweg die globalen Herausforderungen annehmen und - das gilt insbesondere für die Grünen - die Barrieren in unseren Köpfen abbauen.

(Beifall bei der CDU)

Die EXPO will eine Neubestimmung des Verhältnisses von **Mensch** zu **Natur** und **Technik**. Die Projekte der EXPO müssen sich an den Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung orientieren, wie sie in der **UN-Agenda 21** festgeschrieben worden sind. Die EXPO soll ein Forum bieten für innovative Lösungsansätze und Zukunftsstrategien, die Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringen.

Offenbar haben die Grünen dies bisher nicht erkannt.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber Sie!)

Anders ist nicht zu begreifen, Frau Winking-Nikolay, daß Sie die Teilnahme an der EXPO aus völlig unerfindlichen Gründen bis heute bekämpfen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der
Abgeordneten Dr. Adelheid
Winking-Nikolay [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie uns doch gemeinsam die Chance wahrnehmen, **Schleswig-Holstein**, seine Wirtschaft und seine Kultur, seine Gastfreundschaft und seine Natur einzubinden. Dann haben wir eine Chance, ein von der Öffentlichkeit auch anerkannter Partner für die **EXPO** zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Präsenz bei der EXPO ist eine Pflicht, wenn wir unserem Land nicht schaden wollen. Deswegen bitten wir um diesen Bericht in der Dezembersitzung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich will mit einer Differenzierung und einer Einschränkung beginnen, mit einem gedanklichen Ansatz, der - Herr Kayenburg, verzeihen Sie mir - bei Ihrer Art der Beurteilung von Großprojekten leider durchgängig und auch hier fehlt. Diese Einschränkung heißt: Eine **Weltausstellung**, meinerwegen ein Jahrhundertprojekt, das mit dem Anspruch antritt, der **Agenda 21** von Rio gerecht zu werden, muß angesichts der Erwartung, daß Millionen von Menschen daran teilnehmen, ein Widerspruch in sich selbst bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenigstens diesen Aspekt zu würdigen und zu berücksichtigen, kann man auch von Ihnen erwarten. Das bedeutet eine Zunahme des Verkehrs, das bedeutet Veränderungen der Infrastruktur, das bedeutet Belastung der Umwelt, selbst wenn man diesen Anspruch sozusagen darübersetzt. Das sollten Sie zumindest mitbedenken, und Sie sollten,

wenn Sie hier die Landesregierung kritisieren, ehrlicher Weise hinzufügen, daß die Finanzen, die Beteiligung der Länder, der Beitrag der Wirtschaft - wird er eingerechnet, oder kommt er hinzu? - vom Management der EXPO 2000 GmbH bisher eben nicht geklärt worden sind. Und wenn dies so ist, dann können Sie der Landesregierung hier nicht solche billigen Vorwürfe machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz dieser Einschränkung und trotz dieser kritischen Vorbemerkung komme ich zu dem Schluß: Eine Weltausstellung, die das Thema Mensch, Natur und Technik für die eine Welt hat und die noch dazu in guter Nachbarschaft zu **Schleswig-Holstein** stattfindet, legt es wahrlich nahe, sich an ihr zu beteiligen. So fern das Jahr 2000 für manchen noch sein mag, ist es doch höchste Zeit, sich nicht nur Gedanken über den schleswig-holsteinischen Beitrag zu machen, sondern ganz konkret auch die organisatorischen Vorkehrungen auf den Weg zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist das mit den Grünen abgesprochen?)

Und dies sollte nicht - Verzeihung, Frau Ministerpräsidentin - in einem Hinterzimmer der Staatskanzlei und nicht mit der üblichen Beauftragung einer Werbeagentur nach dem Motto „die werden es schon richten, die werden es schon machen“ geschehen, sondern schon lieber mit einem offenen und öffentlich ausgetragenen Streit darüber, wieviel es kosten darf, ob es wirklich sein muß und ob das Geld gut angelegt ist.

Ich sage grundsätzlich ja, damit das von vornherein klar ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Und zwar tue ich dies mit dem Anspruch: so viel wie nötig und so wenig wie möglich.

(Angelika Volquartz [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Umgekehrt!)

- Nein, so viel wie nötig. Und so wenig wie möglich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie schon richtig verstanden. - Ich sage auch: **Transparenz** ist dringend geboten. Niemand im Lande wird Verständnis dafür haben, daß für x-beliebige Beiträge - oder exotische Projekte mit Liebhaberwert und dann womöglich auch noch zur Selbstdarstellung einzelner - eine einzige öffentliche Mark ausgegeben wird. Nicht die Regierung oder die Opposition, nicht die Vereine und die Verbände präsentieren sich, sondern ein Land mit seinen Beiträgen für eine Welt auf einer Weltausstellung. Ich finde, dies ist ein Land, das in den letzten Jahren gezeigt hat, daß Menschen in ihm wohnen und arbeiten, die für das neu zu definierende Verhältnis von **Mensch, Natur** und **Technik** mehr als eine Idee haben, und das durch mehr als ein Projekt oder mehr als ein Produkt auf der Weltkarte im Sinne dieses Leitthemas verankert ist.

Sie haben gute Beispiele genannt, Herr Kayenburg. Dem will ich gern zustimmen. - Es wäre wirklich nett, Herr Kayenburg, wenn Sie, wenn man Sie direkt anspricht und auf Ihren Beitrag eingeht, zumindest optisch deutlich machen, daß Sie zuhören. - Sie haben durchaus gute Beispiele genannt, Herr Kayenburg. Ich will diese ergänzen. Das reicht von der Medizintechnik über die Ökotechnik und Energietechnik bis zum Kulturerbe dieses Landes, bis zum Taktstock im Herrenhaus. Wir haben wahrlich einiges vorzuzeigen. Das sollten wir zusammenstellen, das sollten wir

präsentieren, und das sollten wir in der richtigen Form, mit den richtigen Ideen und mit intelligenten Mitteln zusammenbringen.

Wir sollten alle hier im Lande dazu einladen mitzumachen, Beiträge und Anregungen zu sammeln, und wir sollten die Besucherinnen und Besucher der EXPO 2000 alle nach Schleswig-Holstein einladen. Ich finde, in einem Schönheitswettbewerb hätte unser Land allemal die Nase vorn.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gastgeber zu sein, kostet Geld. Die **Sparsamkeit** sowieso und erst recht die soziale **Verantwortlichkeit** gebieten es aber, daß dies nicht zu Lasten derer geht, die buchstäblich jeden Pfennig aus dem Landeshaus gebrauchen können. Es muß aber auch so viel aufgewendet werden, daß eine angemessene Form der Darstellung möglich ist.

Ich begrüße ausdrücklich, daß die Landesregierung die bewährte Formel, daß der, der arm ist, schlau sein muß, auch bereits auf die **Finanzierung der EXPO** übertragen hat: Personal von Landesregierung und Investitionsbank, Dienstleistungen der Landesbank, Beiträge aus Öffentlichkeitsmitteln der einzelnen Ministerien auch der nächsten Jahre, Erlöse der IB und die Einwerbung von Sponsorengeldern und von Projektmitteln. Das ist ein, wie ich finde, intelligenter Finanzierungsmix, der da angedacht ist. Und die Gründung einer GmbH gewährleistet auch das nötige Offenlegen der Bücher. Und das Offenlegen der Kosten, Offenheit bei der Auswahl der Projekte, Öffentlichkeit bei der Entwicklung der Konzeption sind - wie ich finde - eine gute Chance, zukunftsweisend am Profil dieses Landes ein kleines Stück weiterzuarbeiten. Das können wir gebrauchen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Und ich finde auch, daß Hannover im Jahre 2000 Schleswig-Holsteins Beitrag braucht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen brauchen wir heute ein positives **Startsignal** auch durch das **Parlament** und von dieser Stelle aus, das ich für die SPD-Fraktion hiermit geben möchte.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P.
und SSW - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Eine wunderbare Rede!
- Meinhard Füllner [CDU]: Gute
Rede!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Acht Jahre nach der offiziellen Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland um die Ausrichtung einer Weltausstellung im Jahre 2000 in Hannover und vier Jahre vor dem Eröffnungstermin ist es an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen und die Ziele des Landes **Schleswig-Holstein** für eine Beteiligung an der **EXPO** festzulegen.

Es ist schon gesagt worden: Diese EXPO ist - ich sage einmal: merkwürdigerweise - unter das Motto gestellt worden: **Mensch, Natur, Technik**, nachdem es im Vorfeld von Anfang an heftige Auseinandersetzungen darüber gegeben hat, ob sich nun Hannover an dieser EXPO beteiligen soll oder nicht. Man ist dann auf die Idee gekommen, das Ganze sozusagen als eine reine Öko-Veranstaltung zu verkaufen, die einen Beitrag zur **Agenda 21**, zur Umsetzung der Ziele der Konferenz von Rio, leisten soll. Wie sehr dies im Widerspruch zu dem steht, was tatsächlich passiert, kann man zum Beispiel daran sehen, daß der Bundesrechnungshof 1995 schreibt, von der Wirtschaft würden in wesentlich

stärkerem Umfange als nach der ursprünglichen Planung Leistungen für Sponsoring, Themenpark-Veranstaltungen und Werbeersatzmaßnahmen erwartet. Daraus kann man, denke ich, schließen, daß die dem Motto widersprechenden Ausstellerinteressen der Sponsoren kaum abgewehrt werden können. Dies ist ganz einfach ein eklatanter Widerspruch.

Es gibt aber noch einen ganz anderen Widerspruch. Eine solche Mammutshow wie diese Weltausstellung ist ein ökologisch völlig unsinniges Unternehmen an sich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Dilemma des Unternehmens drückt sich schon in der **Finanzierung** aus, die mit solchen großen Unternehmungen stets verbunden und bei solchen großen Unternehmungen auch immer fraglich ist. Der Bundesrechnungshof selber geht für den Themenpark und für das Herzstück der Ausstellung von einer Größenordnung von 1 Milliarde DM aus, während die EXPO GmbH zur Zeit mit einem Kostenansatz von 350 Millionen DM rechnet. Vereinbart ist zur Zeit ein Kosteneinsatz von 280 Millionen DM. Entsprechend höhere Erwartungen werden an die industriellen Aussteller gestellt, obwohl noch gar nicht abzusehen ist, ob die Kostenbeteiligungen der Industrie dem entsprechen, was man erwartet, und es ist auch nicht abzusehen, ob die Kosten in dem veranschlagten Rahmen bleiben. Man kennt das bei solchen Projekten: Häufig kommt es nachher viel schlimmer, als man vorher gedacht hat.

Aber auch die **Verkehrssituation** in Hannover ist ein Anachronismus. Die bisherigen Spitzenwerte bei solchen Veranstaltungen lagen in Hannover bei 75 000 Besuchern täglich. Während der EXPO werden sage und schreibe 400 000 Besucher am Tag erwartet.

Es wurde im Vorfeld gesagt, das ganze werde eine umweltfreundliche Veranstaltung, da alles mit dem öffentlichen Verkehr abgewickelt werde. Mittlerweile hat man zugeben müssen, daß mit dem öffentlichen Verkehr diese Dinge überhaupt nicht zu bewältigen sind, es sei denn, man baut in Hannover eine **Infrastruktur** auf, die in der Zukunft niemals mehr gebraucht wird. Daher hat man jetzt begonnen, rund um Hannover die Autobahnen auszubauen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Für eine Weltausstellung gibt man wieder entsprechendes Geld für eine Infrastruktur aus, die weder zukunftsfruchtig noch ökologisch ist. Das ganze geschieht, um angeblich die Agenda 21 der Konferenz von Rio in die Wirklichkeit umzusetzen. Etwas Verrückteres kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte uns vielleicht zu denken geben - auch denen, die glauben, daß das ein so tolles Unternehmen ist -, daß die Weltausstellung von 1996 in Wien/Budapest 1993 von Wien und ein Jahr darauf von Budapest abgesagt worden ist. Es sollte uns vielleicht zu denken geben, daß die Weltausstellung von 1998 in Tokio abgesagt worden ist. Dies ist drei Jahre vorher geschehen, weil Japan das finanzielle Risiko gescheut hat und gesagt hat: So etwas leisten wir uns nicht mehr. Vielleicht kommt auch Deutschland zu der gleichen Vernunft, wie es bei Österreich und Japan der Fall ist. So blöde sind die vielleicht auch nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als **Realpolitiker** von den Grünen werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir die **EXPO** nicht von Kiel aus verhindern werden. Die Entscheidungen darüber fallen in Hannover und Bonn. Wenn die EXPO in Hannover stattfindet, werden wir nicht - darüber haben wir schon gesprochen - eine Beteiligung von Kiel verhindern. Es gibt schließlich nichts Schöneres, als wenn Sie wieder das Argument anführen können: Diese rot-grüne Koalition ist das absolut furchtbare wirtschaftshemmende Instrument und so weiter.

(Beifall bei der CDU)

Das mögen Sie so gern.

Also werden wir auf folgende Punkte achten:

1. Das finanzielle Engagement des Landes muß auf ein Minimum reduziert werden. Es darf keine finanziellen Experimente geben. Die Finanzierung muß gesichert sein.
2. Für die Vorbereitung der Landesbeteiligung an der EXPO wird kein zusätzliches Personal eingestellt.
3. Es werden vom Land Projekte nur in Schleswig-Holstein selbst finanziert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Eine Wende der Grünen!)

Diese sollen so gestaltet werden, daß sie auch ohne die EXPO für sich einen positiven Effekt im Sinne einer Zukunftsfähigkeit dieses Landes ergeben. Ich kann mir dies beispielsweise im Sinne eines Modellandes für regenerative Energieerzeugung und energiesparende Technologien vorstellen. Das wäre ein guter Beitrag, wenn das im Lande stattfindet. Es soll sich nicht um etwas Zusätzliches handeln, sondern um eine Sache, die ohnehin stattfindet und die wir auf der EXPO vermarkten können. Das ist ein sinnvoller Beitrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will gleich folgendes an den Anfang stellen: Herr Hentschel, ich persönlich war von Anfang an von dem Projekt **EXPO 2000** nie ganz überzeugt. Ich bin aber mit Ihnen der Auffassung, daß sie stattfinden wird.

Herr Kollege Kayenburg, da sie stattfinden wird, werden wir natürlich Ihrem Antrag zustimmen; denn wir halten es für außerordentlich legitim, als **Parlament** darüber Auskunft zu bekommen, wie die bisherige Planung aussieht, wie die **Konzepte** aussehen und insbesondere auch, welche Kosten eingestellt werden sollten und welche Kosten bis heute entstanden sind. Ich bin mir ziemlich sicher, daß wir nach diesem Bericht - ich weiß nicht, wann er gegeben wird - zu einer Aussprache und zu einem konstruktiven Miteinander innerhalb der Fraktionen und der Landesregierung kommen werden, wie dieses Konzept für Schleswig-Holstein aussehen kann.

Herr Hentschel, jeder von uns muß meiner Meinung nach daran interessiert sein, die Chancen, die in einer überzeugenden **Präsentation Schleswig-Holsteins** liegen, zu ergreifen. Die Betonung liegt natürlich auf dem Wort „überzeugend“.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Hentschel, bei der großen Mehrheit dieses Hauses - auch Sie haben sich heute nicht davon distanziert - besteht offensichtlich dieses Interesse. Es ist auch die erklärte Absicht der Landesregierung, aus

der EXPO im benachbarten Niedersachsen eigenen Nutzen zu ziehen. Das entnehme ich jedenfalls den entsprechenden Pressemitteilungen vom September dieses Jahres.

Das Problem der heutigen Debatte liegt allerdings darin, daß offensichtlich ein Teil der Landesregierung - zumindest ein Teil der sie tragenden Fraktionen, nämlich der Grünen - genau das macht, wovor der Landesvorsitzende der SPD, Willi Piecyk, gewarnt hat, nämlich provinzlerisch schmollend in der Ecke zu sitzen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, das ist nicht mein Ausdruck gewesen. Es tut mir leid, das hat Ihr Landesvorsitzender gesagt.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Herr Nabel, ich möchte heute dafür plädieren, daß nicht ein Teil provinzlerisch schmollend in der Ecke sitzt.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Frau Erdsiek-Rave, Sie haben offensichtlich nicht zugehört. Herr Hentschel hat doch eben sehr klar gesagt, daß wir möglichst wenig dafür ausgeben sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat gesagt: Wir wollen das zwar machen, aber möglichst wenig dafür ausgeben. Wenn wir ein überzeugendes Konzept aufstellen wollen, in dem wir **Schleswig-Holstein** innovativ, freundlich und fortschrittlich als **Wirtschaftsregion** insgesamt darstellen wollen, müssen wir natürlich auch Geld dafür ausgeben. Ich habe den Eindruck, daß das

bei Ihren grünen Koalitionspartnern noch nicht so richtig angekommen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist aber auch im Grunde genommen nicht besonders überraschend; denn bisher haben wir in diesem Haus tatsächlich nur erlebt, daß immer dann, wenn es um die Frage wirtschaftlicher Entwicklungen ging - Verkehrsinfrastruktur, Technologiestandort und so weiter -, die Grünen zunächst einmal gesagt haben: Nein, das wollen wir nicht; auf keinen Fall. Ich habe bisher in diesem Zusammenhang keine anderen Töne vernommen. Auch heute habe ich vergeblich auf eine Umkehr auf seiten der Grünen gewartet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht hat mein Kollege Wolfgang Kubicki neulich in einer Pressemeldung die richtige Antwort gegeben, wenn er das mit Kasperletheater bezeichnet hat, was wir mit Rot-Grün weiter erleben. Dann mag es besser sein, daß wir uns bei der EXPO 2000 als Land Schleswig-Holstein lieber doch nicht darstellen. Da offenbar die Mehrheit des Hauses daran interessiert ist, Schleswig-Holstein in seiner ganzen Schönheit und ganzen Entwicklungsfähigkeit darzustellen,

(Glocke des Präsidenten)

hoffe ich doch noch darauf, daß wir gemeinsam nach Abgabe des Berichts zu einem hervorragenden und überzeugenden Konzept kommen werden.

(Glocke des Präsidenten - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Aschmoneit-Lücke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte schön, Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Aschmoneit-Lücke, ich möchte Sie gern fragen, ob nach Ihrem Technologieverständnis regenerative Energien vorsintflutliche Techniken sind oder überhaupt nicht zum Technikbereich gehören. Ich möchte von Ihnen darauf gern eine Antwort haben. Ich möchte auch gern von Ihnen wissen, ob Sie die Verkehrsinfrastruktur nur mit der Straße in Verbindung bringen oder ob Sie dabei auch an den öffentlichen Personennahverkehr denken können.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Liebe Frau Kollegin Fröhlich, mich überrascht Ihre Frage. Das zeigt mir, daß Sie offensichtlich vielen Redebeiträgen, die ich auch in dieser Legislaturperiode geleistet habe, überhaupt nicht zugehört haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eben habe ich noch einmal betont, daß wir Schleswig-Holstein in seiner gesamten Entwicklungsfähigkeit bei der EXPO 2000 vorstellen sollten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Irene Fröhlich [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Das ist überhaupt keine Antwort auf meine Fragen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von gewisser Seite wird bei der Diskussion um die **EXPO 2000** der Eindruck erweckt, als gehe es um die Frage, ob die Durchführung der Weltausstellung in Hannover sinnvoll ist oder nicht. Diese Beurteilung fällt aber außerhalb dieser Debatte. Die EXPO 2000 findet statt.

Die ökologischen Probleme, die diese Veranstaltung möglicherweise verursacht, müssen natürlich ernstgenommen werden. Frau Fröhlich, Sie fallen aber in erster Linie in den Verantwortungsbereich der Stadt Hannover und des Landes Niedersachsen. Für uns in **Schleswig-Holstein** geht es darum, ob das Land an dieser Veranstaltung, zu der Millionen von Besuchern erwartet werden, teilnehmen soll oder nicht. Wollen wir, daß unser Land als einziges norddeutsches Land an der EXPO nicht teilnimmt? - Ich glaube nicht. Doch sollte man diese Frage auch unter dem Aspekt betrachten, daß wir in Zeiten leben, in denen dem Bürger überall Sparmaßnahmen auferlegt werden und die Kassen der Landesregierungen leer sind. Das wird sicherlich auch geschehen.

Es müßte möglich sein, das Konzept für die Teilnahme an der EXPO 2000 so zu gestalten, daß sich unter dem Strich für unser Land ein Gewinn ergibt. Was, wenn nicht eine Weltausstellung, ist der geeignete Platz, um Investoren in unser Land zu locken? In Zeiten zunehmender globaler Konkurrenz sollten wir die Gelegenheit nutzen, die Vorzüge Schleswig-Holsteins darzulegen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einmal eine kurze Bilanz aus regionaler Sicht: Gerade in der Zeit nach 1988 hat sich in unserem Land aufgrund verschiedener **Förderprogramme** sehr viel getan. Das gilt insbesondere für **Regionen**, die schwach entwickelt waren. Das sollte man nicht verkennen. Schleswig-Holstein hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr viel zu bieten, und zwar in vielerlei Hinsicht. Das sollten wir offensiv vermitteln. - Meine Stimme ist immer noch nicht in Ordnung. Aber das kommt sicherlich mit der Zeit.

Ob unser Land - wie vorgeschlagen - unter dem Stichwort „ökologische Modellregion Schleswig-Holstein“ vermarktet werden soll, überlassen wir allerdings den Expertinnen und Experten. Wir empfehlen, daß sich die Landesregierung und die verschiedenen Verbände des Tourismus, der Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie die Kulturvereine im Lande überlegen, ob nicht eine gemeinsame Repräsentation auf der Weltausstellung sinnvoll und auch kostengünstiger wäre.

Grundsätzlich kann der SSW dem Antrag der CDU zur EXPO 2000 zustimmen. Bevor der Landtag den Ausgaben in geplanter Höhe von 4,4 Millionen DM für die EXPO zustimmt, sollten wir allerdings die Gelegenheit haben zu prüfen, ob dieses Geld auch vernünftig ausgegeben ist. Der SSW wird bei einem überzeugenden **Konzept** zur EXPO 2000 die Teilnahme des Landes stark befürworten. Ob wir allerdings bereit sind, dafür 4,5 Millionen DM auszugeben, hängt natürlich nicht zuletzt von dem vorgelegten Konzept ab.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Frau Aschmoneit-Lücke sehr dankbar für ihre doch besinnlicheren Töne, sie sich wohltuend von dem Hau-Ruck-Verfahren abheben, mit dem uns der Abgeordnete Kayenburg in ein Abenteuer jagen will.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich darf Ihnen einmal ganz kurz - auch weil ich es gern im Protokoll des Landtages hätte - die **Zeitplanung** bekanntgeben, wie sie sich uns darstellt:

Im Februar 1996 erklärt uns der Kanzler nach zweijährigem Rumgehöcker in einem Ministerpräsidentengespräch, was man denn vorhabe. Im Juni 1996 liegt immer noch kein Konzept vor. Die Ministerpräsidenten entscheiden, grundsätzlich daran teilzunehmen und legen eine Obergrenze von 280 Millionen DM statt bislang 300 Millionen DM fest, wobei noch 60 Millionen DM der Industrie, die sich dazu bereit erklärt hat, hinzukommen sollten. Im Oktober 1996 soll nun eine endgültige Verteilung der Kosten nach einem wie auch immer zu bestimmenden Schlüssel festgelegt werden. Im August 1996 beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit Organisationsvorschlägen für den Pavillon, an dem wir teilnehmen sollen. Am 1. September kommt endlich die Arbeitsgruppe EXPO 2000 in Hannover in die Gänge.

Um Himmels willen, was hätten wir denn vorher alles machen sollen, wenn man noch nicht einmal weiß, wer sich wo mit welchem **Geld**, warum und in welcher **Organisationsform** beteiligt? Ich kann sehr wohl verstehen, daß die SPD und die Grünen angesichts der Haushaltsknappheit nachfragen: Wo ist das **Konzept**, und wie werdet ihr euch daran beteiligen? - Ich persönlich empfinde die Eile, in der wir

gezwungen werden, unsere einzelnen Projekte bis zum 31. Dezember zu nennen, ein bißchen als störend.

(Wortmeldung des Abgeordneten
Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Ja, wenn er gern etwas wissen möchte.

Martin Kayenburg [CDU]:
Frau Ministerpräsidentin, wenn das alles so zeitaufwendig sein soll, könnten Sie mir dann bitte erklären, warum Niedersachsen 45, Sachsen 49 und Thüringen 14 Landesprojekte angemeldet haben, während bei uns nichts darüber bekannt ist?

(Beifall bei der CDU)

- Wir haben Projekte, aber im Gegensatz zu anderen Ländern würden wir gern wissen, welche Kosten damit verbunden sind und wo die Projekte ausgestellt werden. Es ist nämlich noch nicht einmal klar, wer sich wie im deutschen Pavillon darstellen darf, ob in einer Box, per Video oder auf einer Länderstraße. Bevor ich Geld ausgabe, möchte ich gern wissen, wofür ich es ausgabe. Es kann sein, daß andere Leute großzügiger sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn man erst einmal „am Rande von pleite“ ist, geben manche Leute nach dem Motto „ist der Ruf erst ruiniert“ ohnehin alles auf. Dazu gehört Schleswig-Holstein aber nicht.

Ich darf Ihnen noch einmal kurz das Projekt **EXPO 2000** darstellen. Es soll zum ersten Mal in Deutschland stattfinden, und zwar vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 in unserem Nachbarland Niedersachsen. Zum ersten Mal handelt es sich nicht um eine Leistungsshow der Industrie, sondern die zentralen Themen der Ausstellung heißen, wie hier schon dargestellt worden ist: **Mensch, Natur, Technik**. Sie soll vor allem unsere Gedanken im Jahr 2000 darüber darstellen, wie die Menschheit insgesamt die empfindliche Balance des globalen sozialen Konsenses im friedlichen Zusammenleben organisieren kann. Im wesentlichen soll die Weltausstellung die Aufgabe erfüllen, die heutigen und künftigen Möglichkeiten für ein besseres Verhältnis zwischen Mensch, Natur und Technik auf einprägsame und interessante Weise - nicht auf teure; das steht ausdrücklich darin - darzustellen. Die Beiträge sollen konkret und anschaulich sein. Sie sollen zeigen, was Menschen, Unternehmer, Verbände, Institutionen und Nationen für dieses gemeinsame Ziel tun können.

Zusammengefaßt wird dies schon längst unter dem Begriff Sustainability diskutiert und ist für viele Menschen überhaupt nichts Neues. Es muß nur auf eine EXPO umgesetzt werden, die zum ersten Mal mit einem völlig neuen Konzept antreten will. Sie soll gleichzeitig die **Erkenntnisse der UN-Konferenzen** über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, über Bevölkerung und soziale Entwicklung 1994 und 1995, die UN-Frauenkonferenz 1995 und die HABITAT II in diesem Jahr umsetzen - ein verdammt ehrgeiziges Projekt, in das ich ungern mit dem Land Schleswig-Holstein Hals über Kopf hineinstürzen würde. Zu leicht kann man sich blamieren, wenn der falsche Ton erwischt wird. Groß ist allerdings auch die Chance, sich gut darzustellen und die Anstrengungen unseres Landes zu diesen Themen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sollen in den Ausrichtungen der **Beiträge der Länder** - jetzt merken sie erst, wie schwierig das ist - Antworten auf folgende Fragen gefunden werden: Dynamik des Bevölkerungswachstums, Schutz der Erdatmosphäre, Entwaldung und Wüstenbildung, Schutz der Meere und der Wasserressourcen, Abfallbeseitigung und -weiterverarbeitung, Alphabetisierung, gesellschaftliche Rolle der Frau, Urbanisierung und Erhalt der kulturellen Vielfalt.

Bei allem Optimismus muß ich Ihnen sagen: Daran kann man nur behutsam herangehen. Ich empfinde die Zeit, die uns gesetzt worden ist, um darauf Antworten zu finden, schlichtweg als zu kurz und betrachte es als ein großes Glück, daß viele mitarbeiten und in einem Ideenwettbewerb Antworten geben, die in absehbarer Zeit von uns bewertet werden sollen. Erst danach sollen die Beiträge zur Bewertung nach Hannover eingereicht werden. Die inhaltliche Ausrichtung für eine derart anspruchsvolle Themenstellung ist absolut neu und birgt natürlich auch entsprechende Gefahren in sich.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen: Die Landesregierung hat beschlossen, sich mit einer Summe, die Ihnen im Haushaltsentwurf noch zur Diskussion vorgelegt wird, an der EXPO 2000 zu beteiligen - obgleich wir in der knappen Zeit noch nicht in der Lage sind, jedes einzelne Projekt zu beziffern -, weil wir darin eine riesige Chance für unser Land sehen. Zukunft soll beschrieben werden. Das Land **Schleswig-Holstein** will **Zukunft** mitgestalten. Es möchte zeigen, welche Möglichkeiten es sieht und wie es sich daran beteiligen will. Es soll im Rahmen der Möglichkeiten des Landes Lösungsansätze für globale Fragestellungen an der Wende des Jahrhunderts zeigen, für die wir allein zu schwach sind und für die wir Hilfe von anderen erwarten. Unsere Teilnahme soll sich nicht zwischen Thüringer Bratwurst und

Kuckucksuhr einpendeln, sondern es sollten ernsthafte, gleichzeitig aber auch anregende und Spaß machende, interessante und Leute motivierende Antworten gefunden werden.

Insofern gibt es eine ganze Menge. Die **Kreativität** und der **Erfindungsreichtum** der Bevölkerung von **Schleswig-Holstein**, der Menschen innerhalb und außerhalb der Verwaltung und der Menschen, die sich unserem Lande verbunden fühlen, sind so groß, daß ich Zutrauen habe, daß wir unsere Antworten zu Recht abliefern können. Nehmen wir nur einmal die Bereiche „Medizintechnik“ und „regenerative Energien“, in denen wir führend sind. Die Kriterien, wo es schiefgehen könnte, sind bereits genannt worden.

Eine solche Massenveranstaltung birgt natürlich Gefahren in sich. Wenn wir aber dieses „made in Germany“ im Osten, Norden bis über das nahe Baltikum hinaus nutzen, um Menschen - wenn sie in Hannover zum ersten Mal Geschmack an unserer Region gefunden haben - zu uns zu bringen und ihnen dann unsere neuen Produkte und Projekte anbieten, dann haben wir etwas gewonnen.

Wir werden mit den übrigen 15 Bundesländern, die sich auch im deutschen Pavillon darstellen wollen, die Projekte bearbeiten und Ihnen vorlegen. Am 31. August 1996 haben wir die Projektarbeitsgruppe EXPO 2000 installiert und zusammen mit der Investitionsbank eine **Projektarbeitsgruppe** in Form einer GmbH beschlossen. Das werden wir bis zum Jahresende - das sind knapp drei Monate - tun. Wir werden das tun, ohne daß wir wissen, welchen Anteil der 280 Millionen DM wir bezahlen sollen. Das bewährte Management der Treuhand geht davon aus, daß die 60 Millionen DM von der Industrie oben draufgelegt werden - es rechnet sich leichter, wenn man 340 Millionen DM statt 280 Millionen DM zur Verfügung hat. Wir werden Ihnen diese

Projekte vorstellen und mit Ihnen besprechen. Warum nicht? Das **Parlament** ist geradezu gebeten, uns zu helfen, die Projekte daraufhin zu untersuchen, ob sie unserem hohen Anspruch, das Land von seiner positiven Seite darzustellen, überhaupt gerecht werden.

Natürlich darf zur Vorbereitung der Beteiligung an der EXPO 2000 kein zusätzliches Personal eingestellt werden. Wir haben Sie gebeten, uns eine Stelle - den Leiter der Projektgruppe - bis zum Jahr 2000 zu genehmigen; diese Stelle ist mit einem kw-Vermerk versehen.

153 Tage wird Deutschland die Menschen aus aller Welt zu Gast haben. Die Zahlen sind gigantisch. Sie sind zum Teil auch erschreckend. 40 Millionen **Besucher** werden in dieser Zeit erwartet. Über eine halbe Milliarde Menschen werden dieses Ereignis überall in der Welt - jedenfalls nach den Planungen - verfolgen können. Schauen Sie sich einmal an, was 65 Millionen DM woanders bedeuten, zum Beispiel in Osaka, etwa für Umwelt, für die Menschen, die in dieser Region wohnen, für die Folgen, auch was Miethöhen oder schlichtes Ausgehen bedeuten. Geht ein bißchen vorsichtiger ran, ehe man sozusagen alle anderen mit dafür verhaftet, was wegen schneller Planung unter Umständen falsch gemacht werden kann!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dieses Rumgeiere ist nicht zu ertragen!)

Wichtig scheint mir zu sein, auf folgendes aufmerksam zu machen. **Schleswig-Holstein** fühlt sich absolut und fest an das **Konzept der dezentralen Projekte** gebunden. Nicht Leute hinjagen in einer kleinen Schuhbox, einmal kurz nachgucken lassen, was es in Schleswig-Holstein geben könnte - nein, Menschen einladen, um ihnen zu zeigen, was unser Land kann, unter Tourismusedgesichtspunkten, unter

Umweltgesichtspunkten, unter sozialen Gesichtspunkten, unter dem Gesichtspunkt des friedlichen Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheit! All das, was dieses Land liebenswert und besuchenswert macht, wollen wir in Hannover so darstellen, daß möglichst viele Menschen zu uns kommen. Wir wollen weiter versuchen, die neuen Chancen auszunutzen, die die multimediale Kultur bietet, um selber möglichst wenig an aktuellen Verkehrsströmen zu verursachen.

Wenn wir an dieser Stelle wirklich zusammenarbeiten, wenn wir uns nicht gleich wieder Vorwürfe machen, wie man alles viel besser hätte machen können, wenn wir uns dagegen wehren, daß an anderer Stelle unser Geld ausgegeben werden kann, ohne daß wir Einfluß darauf behalten, wie die Veranstaltungen, die Tagungen, die Kongresse und die Aktivitäten hier in Schleswig-Holstein aussehen, wenn wir ganz fest in den dezentralen Projekten im deutschen Pavillon verankert sind, sollte auch die Opposition uns bei unserer Kritik an denjenigen, die uns daran hindern, unterstützen.

Sollten allerdings diejenigen, die das in Hannover hauptamtlich machen, unsere Angebote von Schleswig-Holstein Musik Festival über Kieler Woche bis zu wissenschaftlichen Kongressen und dem Zusammentreffen schleswig-holsteinischer Bürgerinnen und Bürger unterstützen, würden wir uns freuen, wenn Sie uns auch unterstützten. Es geht nicht um CDU, F.D.P., SPD, SSW oder Grüne, es geht um den Ruf dieses Landes Schleswig-Holstein, den wir darstellen wollen. Dafür lohnt es sich allemal, einmal zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/209, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 - -

(Zurufe: Tagesordnungspunkt 9, Herr Präsident!)

- Ich bitte, dem Präsidium rechtzeitig mitzuteilen, wenn die Parlamentarischen Geschäftsführer neue Vorschläge zum Ablauf der Tagung haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Kinesiologie und NLP an Schulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/220

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/268

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich erteile in der Aussprache der Frau Abgeordneten Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Artikel 8 der schleswig-holsteinischen Verfassung bestimmt: „Es besteht allgemeine Schulpflicht.“ Wenn Eltern dieser Pflicht nachkommen und ihre Kinder der Schule anvertrauen, müssen sie sich darauf verlassen können, daß dort auf der Grundlage gesicherter pädagogischer und fachlicher Erkenntnisse Erziehungs- und

Unterrichtsarbeit geleistet wird. Die Verantwortung dafür, daß dies geschieht, trägt die Bildungsministerin.

Deshalb kann es nicht das Geheimnis der Ministerin bleiben, warum sie einerseits starke Bedenken gegen die Kinesiologie hat und Weiterbildungsprogramme absetzt und andererseits die Tür zur Wiedereinführung nach einem Jahr offenläßt. Entweder ist es so, wie zum Beispiel Baden-Württemberg schon vor einem Jahr festgestellt hat, daß nämlich die Kinesiologie für die Schulen nicht geeignet ist, oder wir haben es hier mit einer Erweiterung der pädagogischen Möglichkeiten zu tun, die dann auch genutzt werden muß.

In der Veranstaltung des Instituts für Praxis und Theorie der Schule mit dem Titel „Psychotechniken in der Schule“ hat **der Sektenbeauftragte** der Landesregierung darauf hingewiesen, daß es bei der Kinesiologie und dem **NLP** ungewöhnlich überzogene Versprechungen und eine selbstgewählte Nähe vieler Anbieter zum Esoterikmarkt gebe. An dieser Stelle bitte ich den Sektenbeauftragten, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß es bei der **Kinesiologie** keine Nähe zu Sekten gibt.

(Ursula Röper [CDU]: Bei NLP auch nicht!)

In der Öffentlichkeit herrscht immer noch Irritation. Bei NLP gibt es diese Nähe auch nicht. Ich bitte darum, das öffentlich deutlich zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Tagungsprotokoll heißt es zur Kinesiologie eindeutig: „Originäre theoretische Annahmen sind wissenschaftlich nicht überprüfbar.“ Das heißt auf deutsch: Hier werden Versprechungen gemacht, ohne

daß es dafür eine nachweisliche Grundlage gibt.

Mit Nachdruck haben die Landeselternbeiräte für Grund-, Haupt- und Sonderschulen sowie für Realschulen die Ministerin aufgefordert klarzustellen, daß derartige **Psychotechniken** nicht an schleswig-holsteinischen Schulen Platz haben. Am 3. September schreibt die Staatssekretärin im Bildungsministerium an die Landeselternbeiräte, die Fachtagung des IPTS habe leider keine Klarheit über beide Methoden gebracht. Das ist allerdings ein deutlicher Widerspruch zu den klaren Feststellungen des Tagungsprotokolls.

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß die Landesregierung offenlegt, an welchen Schulen die Techniken der Kinesiologie bereits angewandt werden oder wurden. Außerdem wollen wir mit einer öffentlichen Anhörung im Bildungsausschuß dafür Sorge tragen, daß das geschieht, was wir von der Regierung hätten erwarten können, nämlich eine umfassende Klärung auf solider wissenschaftlicher Basis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tragen den Änderungsantrag der Sozialdemokraten mit und begrüßen es, daß hier offensichtlich sehr schnell eine Einigung erzielt worden ist.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Kinesiologie** und **NLP** - wer weiß schon, was das ist? - klingen geheimnisvoll, dubios, haben aber nichts mit Kinobesuchen oder Chinareisen zu tun. Tatsache ist, daß Neurolingulistisches Programmieren und

Kinesiologie nach den Erkenntnissen des Sektenbeauftragten keine Sekten sind. Darauf hat der **Sektenbeauftragte** öffentlich hingewiesen. Das ist auch wichtig genug.

Allerdings fällt auf - Frau Volquartz wies darauf hin -, daß ungewöhnlich überzogene Versprechungen gemacht werden und eine Nähe zur Esoterik besteht. Hinzu kommt, daß ein Institut in Freiburg im Breisgau das Marktmonopol innehat. Das stimmt ein bißchen bedenklich.

Kinesiologie bedeutet die Lehre von der Bewegung. Es ist eine Lebenshilfetechnik. Das Institut für Angewandte Kinesiologie GmbH in Freiburg im Breisgau bietet nur denjenigen die Genehmigung für Kurse an, die eine ausdrückliche Genehmigung von ihrer Firma erhalten haben. - Und dies ist sehr bedenklich.

Nach dem Muskeltest werden Personen aufgefordert, gegen den Druck der testenden Person den gedrückten Körperteil an seinem Platz zu belassen - merkwürdig genug. Dies soll Rückschlüsse auf Energieblockaden zulassen - hinterläßt jedoch blaue Flecken.

(Heiterkeit der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Wissenschaftlich begründen läßt sich dies weiß Gott nicht - das ist leider wahr, Frau Hunecke.

Zum **neurolingulistischen Programmieren**: Der „Spiegel“ kritisiert in seiner 28. Ausgabe 1996 die Massen-Psychoseminare von Anthony Robbins. Die Devise der Anwender ist: „Erkenne dich selbst und durchschaue die anderen.“ Das Mißtrauen durch die **Nähe** zur **Esoterik** ist durchaus angebracht. Allerdings enthalten beide Methoden Elemente, die seit Jahrzehnten Lehrerinnen und Lehrern Hilfen anbieten, um Konzentrationsschwierigkeiten bei Schülerinnen und Schülern zu mindern und so eine bessere Grundlage für das Lernen zu schaffen. Die Übungen sind so angelegt, daß sie einen Beitrag zur

Wahrnehmungsdifferenzierung und zur motorischen Koordination leisten können. Die Medizin wies wiederholt auf zunehmende entsprechende Defizite bei Kindern hin. Sie bewegen sich weniger - ich erinnere dabei an den Medienkonsum und das Autofahren -, sie sind in ihrer Geschicklichkeit häufig eingeschränkt, zum Teil sogar gestört. Eine gute Wahrnehmungsdifferenzierung und die Koordination von Bewegungen sind jedoch wichtige Voraussetzungen für das geistige Lernen. Von dieser Methode haben insbesondere Sonderpädagogen und Lehrerinnen und Lehrer von Legasthenikern Hilfen bekommen. In diesen Bereichen haben die Kolleginnen und Kollegen also noch Fortbildungsbedarf.

Mit der kritischen Haltung zur Kinesiologie und zu NLP darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. In diesem Zusammenhang wäre es vermessen, wenn das Bildungsministerium oder gar der Landtag den Anbietern im IPTS oder den vielen nachfragenden Kolleginnen und Kollegen mangelnde Sensibilität vorwürfe. Dies aber unterstellt der Antrag der CDU, der allen - auch dem Bildungsministerium - den Sektenstempel aufdrücken will.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist ja gar nicht wahr!)

Im übrigen - so meine ich - kommt der Antrag wieder einmal zu spät. Das Ministerium hat in einem Schreiben an alle Schulleiterinnen und Schulleiter die Aussetzung der Seminare angeordnet. Diese Denkpause soll genutzt werden, Verdachtsmomente auszuräumen, aber auch um Konzepte für die **Fortbildung in der Psychomotorik** zu entwickeln, wie sie in bewährten Methoden der Kommunikationsforschung schon seit Jahrzehnten praktiziert werden. Muskeltests und Energieübungen dürfen allerdings nicht angeboten werden.

Ich bin mir sicher, daß das **IPTS** in der Angebotspalette eine kritische Auswahl von Personen und Inhalten trifft. Die Kritik ist meiner Meinung nach etwas einseitig. Eintagsfliegen werden zu bedrohlichen Tarantulas gemacht, um Schülern und Eltern Angst vor dem bösen Schreckgespenst Bildungsministerium zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich beantrage die Überweisung an den Bildungsausschuß, um die Denkpause kritisch zu begleiten und die Informationen zu vertiefen. Wir halten allerdings einen Bericht im Landtag nicht für erforderlich, wenn sich der zuständige Ausschuß intensiv damit befaßt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben deshalb unseren Änderungsantrag vorgelegt. - Ich freue mich, daß Sie ihm zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich an dieser Stelle den Worten von Frau Schröder anschließen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir sind ebenfalls der Meinung, daß im Bildungsausschuß sehr wohl über

Psychotechniken verschiedenster Art nachgedacht und gesprochen werden muß. Den emotionalen Gehalt des CDU-Antrages halten wir jedoch für etwas aufgebauscht und übertrieben - das möchte ich noch einmal deutlich sagen. Es wird alles in die Schublade „Scientology“ gepackt mit der Begründung: Alles ist Sekte, alles ist verdächtig, alles muß überprüft und kontrolliert werden, was nicht den Stempel „Das war schon immer so, das haben wir noch nie anders gemacht“ trägt.

(Angelika Volquartz [CDU]:
Wenn Sie zugehört hätten, dann würden Sie das nicht sagen! -
Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Kinder und Jugendliche sind heute an **Psychotechniken**, an Techniken der Körperwahrnehmung und an ins Spirituelle abgleitenden Ideen sehr interessiert. Ich glaube, es ist wichtig, daß Lehrerinnen und Lehrer über solche Techniken und Methoden, über solche Gedankenspiele sehr gut informiert sind. Deshalb halte ich es für tolerabel, wenn zehn von 1500 Veranstaltungen des IPTS im Bereich Psychotechniken durchgeführt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Fröhlich, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Volquartz?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Angelika Volquartz [CDU]:
Frau Fröhlich, haben Sie zur Kenntnis genommen, daß ich in meinem Debattenbeitrag ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß der Regierungsbeauftragte für Sekten

in der Öffentlichkeit klarstellen soll, daß keine Nähe zu Sekten vorhanden ist?

- Ja, ich kenne den Bericht des Sektenbeauftragten. Er warnt doch relativ deutlich vor diesen Techniken. Ich muß trotzdem nicht mit allem einverstanden sein, was der **Sektenbeauftragte** sagt. Ich kann mir auch darüber ein eigenes Urteil bilden. Vor allem kann ich überhaupt nicht erkennen, daß hier ein dramatisch erhöhter Handlungsbedarf besteht. Entschuldigen Sie, Frau Volquartz, da sind wir nun einmal unterschiedlicher Auffassung.

(Ursula Röper [CDU]: Das hat doch damit gar nichts zu tun!)

- Ich habe meiner Auffassung nach Ihre Frage beantwortet. Wenn Ihnen das nicht reicht, müssen wir darüber später noch einmal reden. Vielleicht können wir das auch im Bildungsausschuß machen.

(Ursula Röper [CDU]: Wir brauchen eine Klärung!)

Es geht also nur um einen Bruchteil der Veranstaltungen des IPTS. Das IPTS selbst hat sich ein Moratorium verordnet - das ist alles bekannt. Ich finde, es ist überhaupt keine große Hektik geboten.

(Ursula Röper [CDU]: Sie liegt völlig daneben! Das ist richtig peinlich!)

Wir sollten uns in aller Ruhe mit diesen Themen beschäftigen, weil es wichtig ist, daß die Öffentlichkeit Kenntnis davon erhält, was an den Schulen dieses Landes passiert und womit sich Lehrerinnen und Lehrer auseinandersetzen. In diesem Punkt besteht Einigkeit, deswegen ist der Weg zu einer vernünftigen Diskussion geebnet, und es gibt gar keinen Grund zur Sorge. Das Bildungsministerium hat sich auch entsprechend dazu geäußert. Wir glauben, daß der Weg für eine sachliche

Auseinandersetzung frei ist und daß dazu eine Anhörung im Bildungsausschuß hilfreich sein kann. Wir stimmen deshalb den beiden Anträgen zu.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist schon genug über die Veranstaltungen des IPTS gesagt worden, die in der Öffentlichkeit und bei einigen Eltern für Unruhe gesorgt haben. Die zuständige Behörde, das IPTS, hat diese Veranstaltungen daraufhin eingestellt beziehungsweise ihre Durchführung erst einmal storniert. Im Hinblick auf die notwendige Beruhigung der Gemüter war dies sicherlich auch angebracht.

Ich denke, daß in dieser Frage Aufklärung erforderlich ist, nicht zuletzt deshalb, weil über die in Rede stehenden Techniken in der Öffentlichkeit zum Teil sehr weit auseinandergehende Bewertungen kursieren. Dies ist übrigens auch seitens der zuständigen staatlichen Stellen und Behörden festzustellen, die sich mit dieser Thematik befassen. Ich kann deshalb auch den Änderungen, die die SPD vorschlägt, für die F.D.P.-Fraktion nur zustimmen.

Ich möchte zur Sache noch folgendes sagen: Gegenüber den Verfahren und Methoden, gegen deren Wissenschaftlichkeit und Wirkung begründete Zweifel bestehen, ist natürlich immer Vorsicht angebracht. Nun hat der **Sektenbeauftragte** - und deshalb sind wir damit einverstanden, daß die Sache erst einmal aus dem Fortbildungsprogramm des IPTS herausgenommen wurde - allerdings sehr weitgehende Vorwürfe

erhoben. Er hat in seinem Redebeitrag vor der letzten IPTS-Veranstaltung **Kinesiologie** als eine Art Heilslehre bezeichnet und **NLP** als eine Psychotechnik. Dann hat er auch mit Beispielen erläutert, worin seine Kritik besteht und wie die Zuordnung zum Sektenbereich zustande gekommen ist. Es bedarf meines Erachtens einer sehr sorgfältigen Begründung für eine solche Einordnung, weil sie auch immer eine Stigmatisierung der betroffenen Lehrkräfte, die an den entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, bedeutet. Das ist nicht nur eine Frage der Redlichkeit, sondern auch der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber den Betroffenen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in den vergangenen Jahren in der Zeitschrift „Schulverwaltung Niedersachsen“ eine Stellungnahme aus dem niedersächsischen Kultusministerium veröffentlicht worden ist, die sich von dem, was der Sektenbeauftragte dieser Landesregierung erklärt hat, erheblich unterscheidet. Es heißt in der Ausgabe 4 von 1995 der Zeitschrift „Schulverwaltung Niedersachsen“:

„Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß eine pauschale Beurteilung dieser Methoden bezüglich ihres Einsatzes in der Schule der Sache nicht angemessen ist, sondern daß nur eine differenzierte Überprüfung der einzelnen sehr unterschiedlichen Verfahrensweisen, aus denen sich diese Methoden zusammensetzen, in bezug auf deren Eignung für bestimmte Unterrichtsvorhaben und -ziele sinnvoll sein kann.“

Das ist der Beitrag eines Beamten aus dem niedersächsischen Kultusministerium.

Die Diskrepanz zwischen dieser Einschätzung aus einem ebenfalls SPD-regierten Bundesland und dem Urteil des hiesigen Sektenbeauftragten ist bemerkenswert. Auch dieser Widerspruch macht deutlich, wie groß der Aufklärungsbeziehungsweise Klärungsbedarf in dieser Sache ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eine letzte Anmerkung, meine Damen und Herren: Nach meinen Informationen hat die schleswig-holsteinische Landesregierung in der Vergangenheit im Zusammenhang mit ihren Bestrebungen zur Verwaltungsmodernisierung auch NLP-Seminare für Führungskräfte der Landesverwaltung durchgeführt, wie es solche Seminare sie auch den m meines Wissens auch im Bereich der Managementschulung vielfach gibt. Nicht zuletzt auch deshalb sollte die Regierung Auskunft darüber geben, warum das, was für Schüler - wie behauptet wurde - möglicherweise schädlich ist, für ihre eigenen leitenden Mitarbeiter aber von Nutzen gewesen sein soll.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk. -

(Anke Spoorendonk [SSW]:
Nein, nicht ich!)

Das Wort hat dann eben der Herr Abgeordnete Gerckens.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das steht auch so da!)

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein starkes Stück, daß man sich mit so etwas hier beschäftigen muß

- wir als Lehrerinnen und Lehrer, die wir das im täglichen Umgang ja ständig praktizieren. Zumindest steht dies im **dänischen Bereich** seit zehn Jahren auf dem Programm der Fortbildung und wird erfolgreich angewandt, gerade bei motorischen Schwierigkeiten und auch dann, wenn es um Lernschwierigkeiten geht, ebenso bei der Sprachheilarbeit. Dort ist man damit sehr erfolgreich, und man müßte es doch wohl auch den Lehrerinnen und Lehrern überlassen, diese **Techniken** angemessen anzuwenden.

In dem Antrag der Fraktion der CDU klingt es auch so ein wenig als Vorwurf gegenüber der Lehrerfortbildung an: Wie kann es dazu kommen, daß man das mit aufgenommen hat? Frau Fröhlich hat es ja schon gesagt: Es sind insgesamt zehn von 1500 Veranstaltungen; das ist doch wohl angemessen.

Ich muß also schon sagen: Dies ist doch ein starkes Stück. Die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, die davon nichts wissen, sollten sich einmal ein Buch darüber kaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann stützen sie auch den Mittelstand. Es gibt massenhaft Literatur darüber. Das ist nichts Anrüchiges, es hat nichts mit Seelenfang und solchen Dingen zu tun. Insofern haben gerade wir vom SSW Schwierigkeiten damit.

(Ursula Röper [CDU]: Dann empfehlen Sie das doch einmal der Landesregierung!)

- Nein, so ist es. Wir haben Buchhändler unter uns; die können dazu passende Ausführungen machen.

(Holger Astrup [SPD]: Die wollen das Buch auch noch geschenkt bekommen! Das ist das Problem!)

Wie gesagt, dies wird erfolgreich angewandt. Wir haben allerdings nichts dagegen, daß man das zum Gegenstand einer **Untersuchung** oder Befragung macht. Insofern hätten wir eher - so möchte ich einmal sagen - den SPD-Antrag unterstützt als den der CDU-Fraktion, der ja doch einige Vorwürfe enthält, die wir so nicht unterstützen können.

Aber da sich jetzt ein allgemeiner Konsens abzeichnet, sind wir auch dafür, alles zu unterstützen. Aber zukünftig verschonen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, uns bitte mit solchen Anträgen.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bin doch ganz froh, daß nach der anfänglichen Aufgeregtheit mit dieser Debatte anscheinend wieder ein bißchen mehr Rationalität eintritt. Es ist hier schon mehrfach gesagt worden, worüber wir eigentlich reden: Wir reden über 0,67 % - oder genau 6,7 ‰ - des **Fortbildungsangebots des IPTS**.

(Holger Astrup [SPD]:
Pillepalle!)

Wir reden über Kurse, die auf Wunsch der Lehrkräfte in das Programm aufgenommen wurden, die es auch in der Fortbildung vieler anderer Bundesländer gibt - daraus entstand nämlich auch dieser Wunsch -, die Bestandteil von Fortbildungsprogrammen außerhalb von Schule in vielen Bereichen sind, die vorher von IPTS-Fachleuten auf ihre Tauglichkeit für die Fortbildung hin

geprüft wurden. Bestandteil dieser Fortbildung ist eben auch in diesen Kursen die Auseinandersetzung mit den Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen dieser Methode gewesen. Es ging also nicht um eine Indoktrination von Lehrkräften, die dann gleichsam mit einer Heilsbotschaft wieder in die Schulen zurückgingen, sondern es ging innerhalb dieser Fortbildung um Information über die Leistungsfähigkeit dieser Techniken.

Die Lehrkräfte, die sich diese Fortbildung gewünscht haben, haben damit den Wunsch verbunden, mit Bausteinen aus der **Kinesiologie** Konzentrationsschwächen bei Schülerinnen und Schülern abbauen zu können, Wahrnehmungsdifferenzierung zu schärfen und Feinmotorik zu verbessern, und von **NLP** - oder Teilen davon - haben Lehrkräfte Hilfen für sich bei Streß und Burn-out erwartet.

Die in der öffentlichen Diskussion über diese **Psychotechniken** kritisch behandelten Themen - nämlich der sogenannte kinesiologische Muskeltest, auf den Frau Schröder schon hingewiesen hat, oder die Energieübungen - betreffen ja heilkundliche und therapeutische Methoden. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß beides in der Fortbildung nicht stattfindet, daß Therapie und Heilkunde in der Schule nichts zu suchen haben und daß dies auch nicht Inhalte der Fortbildungsveranstaltungen waren, wie überhaupt die Inhalte der Fortbildungsveranstaltungen des IPTS nicht Anlaß zu Kritik gegeben haben. Das ist an dieser Stelle ganz deutlich hervorzuheben. Aber es hat eine Diskussion darüber geben, eine vielfach leider irrational geführte Diskussion. Ich habe bereits im Mai dieses Jahres in der Beilage zu „Schule aktuell“ eine klärende Darstellung gebracht und Abgrenzung genau in diesem Sinne vorgenommen, daß es eben nicht um therapeutische und heilkundliche Methoden dabei gehe, sondern jeweils um Bausteine.

(Ursula Röper [CDU]: Haben Sie mit Herrn Bartels gesprochen?)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das war bereits im Mai. Weil die Diskussion dann weiter fortschritt, hat das IPTS am 21. August eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema durchgeführt. Diese Informationsveranstaltung hat allerdings neue Unsicherheiten hervorgerufen, also nicht das Ziel erreicht, das eigentlich erreicht werden sollte, nämlich Klarheit, Eindeutigkeit zu bringen.

Deshalb haben wir es für richtig gehalten, die bisher geplanten Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenkreis auszusetzen. Die Pause soll genutzt werden, um gemeinsam mit den Studienleiterinnen und Studienleitern des IPTS zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern der beiden **Methoden** zu überprüfen, welche methodischen Elemente der genannten Verfahren tatsächlich der **Lehrerfortbildung** dienlich sein können. Es wäre zu hoffen, daß dadurch die bisher überwiegend irrational geführte Diskussion darüber versachlicht würde, denn Glaubenskriege werden die Arbeit der Lehrkräfte in den Schulen nicht erleichtern.

Ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen, daß unsere Lehrkräfte in den Schulen aufgrund ihrer wissenschaftlichen und didaktischen Ausbildung über ausreichende Kritikfähigkeit verfügen, um Modelle, Techniken und Methoden zu überprüfen. Das gehört zu ihrem Job, das gehört zu ihrer pädagogischen Verantwortung, und sie lassen sich in ihrer Arbeit vom Grundgesetz und vom Schulgesetz, von Verordnungen und Erlassen leiten. Sie brauchen Hilfen und Unterstützung, aber keine Besserwisserei. Wenn Anhörungen und Information dazu beitragen, den Lehrkräften die Arbeit zu erleichtern, die ja weiß Gott nicht einfach ist, dann hat auch diese Debatte durchaus ihren Nutzen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/268, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Dann stimmen wir über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/220, in der soeben geänderten Fassung ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls einmütig so beschlossen.

(Holger Astrup [SPD]: Ein wichtiges landespolitisches Thema ist damit vom Tisch!)

Ich rufe jetzt Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Familienbildung stärken und ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/226

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Vorreiter.

(Holger Astrup [SPD]: Noch so ein wichtiges Thema!)

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat den Antrag „Familienbildungsstätten stärken und

ausbauen“ gestellt, um erstens von der neuen dafür zuständigen Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein, Frau Angelika Birk, zu hören, wie sie die **Arbeit der Familienbildungsstätten** im Lande beurteilt und wie sie die **Weiterentwicklung** dieser Einrichtungen sieht. Ich sage ganz freimütig, Frau Ministerin: Als wir im Koalitionspapier nicht ein einziges Mal das Wort „Familie“ fanden, waren wir unangenehm berührt. Wir wollen es nun etwas genauer wissen.

Wir wollen den 33 Leiterinnen - denn es gibt in Schleswig-Holstein 33 Familienbildungsstätten -, ihren zirka 3400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nicht zuletzt den mehr als 180 000 Besucherinnen und Besuchern dieser Einrichtungen Planungssicherheit geben. Gerade in den beiden letzten Haushaltsjahren hat es sich gezeigt, daß die Landesregierung starke finanzielle Eingriffe vorgesehen hatte. Nur der Druck der Öffentlichkeit und der CDU-Fraktion haben Schlimmstes verhindert.

(Holger Astrup [SPD]:
Überheben Sie sich mal nicht!)

Da vielleicht nicht alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause genau wissen, was **Familienbildung** ist, und eventuell sogar die Frage stellen, ob wir so etwas brauchen, will ich dazu kurz einige Ausführungen machen.

Die Familiensituation, die wir heute vorfinden, ist sehr differenziert zu betrachten. Sicherlich gibt es auch heute Familien, in denen sich Eltern und Kinder in gegenseitiger Liebe, Achtung und Hilfe begegnen.

(Holger Astrup [SPD]: Bei mir zu Hause!)

Es gibt aber auch eine andere Wirklichkeit. Familien sind sehr klein, krisenanfällig und instabil geworden. Festzustellen ist eine Pluralisierung von Lebenskonzepten und Lebensformen, mit der längst nicht alle fertig

werden. Festzustellen ist ein fortschreitender Zerfall der tradierten Familienstrukturen. Eine Vielzahl von Veränderungen und Problemen hat zu diesem Wandel in der Familie geführt. Kurz und knapp läßt sich feststellen: Familienleben findet vielfach unter erschwerten Bedingungen statt. Daraus folgt: Familienleben muß gelernt werden. Hier setzt Familienbildungsstättenarbeit ein.

Familienbildung hat auch vorbeugend eingzugreifen, den Zugang zu anderen Hilfen zu eröffnen. Sie hat aber vor allem auch durch die Vermittlung eigener Problemlösungskonzepte dazu beizutragen, daß durch ein Modell von Verbund und Vernetzung, durch Weiterbildung, Begegnung, Beratung und Begleitung von Familien alle Strukturen und Möglichkeiten sowohl in der **Erwachsenenbildung** als auch in der sozialen Arbeit genutzt werden.

§ 16 KJHG weist sehr ausführlich auf die Aufgaben, die Familienbildung wahrzunehmen hat, hin. Damit diese Aufgaben auch erfüllt werden können, sind finanzielle Mittel bereitzustellen. Wie sieht nun die **finanzielle Situation** der 33 Einrichtungen im Lande aus? Fest steht: In den letzten Jahren waren erhebliche Kürzungen im Bereich Familie und Kinder zu verkräften. Die Familienseminare und die Veranstaltungen für Mütter und Kinder, die sogenannten Müttertreffs, wurden gänzlich gestrichen. Die Förderung im Bereich der Familienbildung ist nicht erweitert worden. Es muß mit gleichbleibenden Mitteln mehr finanziert werden. Zusätzliche Gelder durch die Kreise und Kommunen waren nicht zu bekommen. Die Teilnehmerbeiträge können ebenfalls nicht erhöht werden, da sonst ein großer Teil der Kursteilnehmer ausgegrenzt würde. Aber gerade die finanziell schlechtergestellten Familien wollen und müssen wir erreichen.

Die prozentuale Förderung dieser Einrichtungen sieht so aus: 17 % Landesförderung; 7 % Förderung durch die

Kreise und Kommunen. 36 % werden durch Eigenmittel der Träger und durch Spenden, 40 % durch Kurseinnahmen gedeckt. Ich will hier wahrlich keine Erbsenzählerei beginnen. Aber die Volkshochschulen, die 164 Einrichtungen im Land unterhalten und ungefähr 200 000 Personen im Jahr erreichen, erhalten eine 60prozentige Förderung vom Land. Die 33 Familienbildungsstätten erreichen mindestens 180 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Jahr und erhalten eine 17prozentige Landesförderung. Ich hoffe, Sie sind mit mir einer Meinung, daß beide Arten von Einrichtungen wichtig sind und daß sie ihre Bedeutung nicht unter Beweis stellen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns über Parteigrenzen hinweg für beide, sowohl für die **Familienbildungsstätten** als auch für die **Volkshochschulen**, eintreten. Sie haben einen Platz in der Bildungslandschaft des Landes und müssen ihn auch behalten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich auch eine Form von Berichterstattung oder Fortschreibung von Berichterstattung, wenn man jedes Jahr wieder über dasselbe mit denselben Zahlen und Inhalten diskutiert. Man müßte sich für die Zukunft einmal überlegen, wie man, wenn man denn ein solches Thema aufarbeiten will, grundsätzlicher damit umgeht. Ich meine, in dieser Form wird man dem Thema Familie vielleicht nicht ganz gerecht. Ich halte es für komplexer.

Unter **Familienbildung** verstehen wir die Begleitung, Beratung und Unterstützung von

Familien im Bereich Weiterbildung und soziale Arbeit. Wir wollen diese Arbeit in Familienbildungsstätten auch in Zukunft unterstützen und stärken. Familienbildung ist für uns ein Angebot, das sich an alle Mitglieder von Familien richtet, an Kinder, Eltern, Jugendliche, Frauen, Männer und Großeltern. Die Liste läßt sich von den Angeboten und den Zielgruppen her, für die sie gemacht werden, wahrscheinlich noch erheblich fortsetzen.

Familienpolitik heißt für uns - dies haben Bündnisgrüne und SPD auch im Koalitionsvertrag so festgeschrieben -, alle Formen von Lebensgemeinschaften, die auf Dauer angelegt sind, zu unterstützen und zu schützen. Ich meine, dieser Anspruch ist richtig und notwendig, und dafür braucht es eine funktionierende Familienbildung; dazu wollen wir beitragen.

Insbesondere **Familien mit Kindern** brauchen Unterstützung. Darüber haben wir gestern sehr ausführlich und lange diskutiert. Insoweit ist die Forderung zu erheben: Die beschlossene Kindergelderhöhung muß auf jeden Fall kommen; denn Familien brauchen diese Unterstützung auf jeden Fall.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Jedes Jahr wieder über einen solchen Antrag zu diskutieren, greift wirklich zu kurz. Das Interesse hier im Hause an diesem Thema scheint auch nicht so besonders groß zu sein, als daß es sinnvoll wäre, jährlich wiederkehrend solch einen Antrag zu beraten.

(Holger Astrup [SPD]: Nicht einmal beim Antragsteller, das fällt mir auch auf!)

Deswegen schlagen wir vor, diesen Antrag dem Ausschuß zu überweisen

(Holger Astrup [SPD]:
Abschließend!)

- abschließend dem Ausschuß zu überweisen -, um dieses Thema noch einmal zielgerichtet aufgreifen zu können und die Punkte, die wirklich verbessert und konkretisiert werden müssen, herauszuarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Bis wir nächstes Jahr wieder denselben Antrag kriegen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, über den Sinn von **Familienbildungsstätten** brauchen wir uns hier nicht zu streiten. Aber wer sich wie die CDU als Retter der Familienbildungsstätten darstellt, muß sich auch fragen lassen, wie es zu ihrer Regierungszeit war, wie sie sich in den Kommunen und Kreisen verhält und wie die Familienpolitik des Bundes aussieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelner Beifall bei der SPD)

Familienbildung ist ein wichtiger Baustein im System familienorientierter Hilfeangebote. Diesen Baustein wollen wir erhalten, stärken und, wenn möglich, in den nächsten Jahren ausbauen.

Die Familienbildung und die Familienbildungsstätten haben in den letzten Jahren einen erheblichen Wandel durchgemacht. Dieser Wandel hat Folgen in bezug auf Inhalt und Zielgruppen. Inhaltlich erfolgte eine Verschiebung vom Aspekt Bildung hin zu den Aspekten **Fürsorge und Beratung**. Seit langem geht man in der

Familienbildungsarbeit nicht mehr davon aus, daß eine bestimmte Menge an Wissen und Information nötig ist, um Eltern zu befähigen, ihre Kinder zu erziehen. Adressat der Angebote ist nicht mehr länger die heile Familie, angesprochen werden alle Bevölkerungsschichten. Heute besteht eine Vielfalt von Lebensformen nebeneinander. Herr Baasch ist darauf ja schon eingegangen. Vor allem alleinerziehende Mütter und Väter haben es in unserer Gesellschaft besonders schwer.

Familienbildungsstätten sind ein Musterbeispiel für **Mischfinanzierungen**. Meine Vorredner haben das bereits angesprochen. Das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich zur Zeit auf freiwilliger Basis mit 17 % an den Personal- und Sachkosten

(Holger Astrup [SPD]: Auf freiwilliger Basis, genau!)

und unterstützt im geringen Umfang auch Investitionsmaßnahmen. Die geringe kommunale Beteiligung von weit unter 10 % stellt in Anbetracht der originären Zuständigkeit auch der Kommunen ein großes Problem dar. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau dafür einsetzen wird, die Mittel mindestens in der bisherigen Höhe zu halten. Ein Ausbau ist wünschenswert, aber in Zeiten leerer Kassen wenig realistisch. Ich glaube, das sollte auch der CDU bewußt sein.

Höchst unerfreulich ist, daß sich Personen, die sich mit der Effektivitätsprüfung der Landesmittel beschäftigt haben, häufig nicht in der Lage sind, vernetzt zu denken. Stur wird immer wieder versucht, das zu streichen, was nicht einer rechtlichen Zahlungsverpflichtung unterliegt. Daß sich Hilfeleistungen und Erfolge im sozialen Bereich nicht linear messen lassen, scheint erschwerend hinzuzukommen und den Horizont so mancher Controller zu übersteigen.

Familienbildungsstätten bedienen sich in der Regel nicht nur eines individuellen Ansatzes, sondern eines ebenfalls am Gemeinwesen und an der Gesellschaft orientierten Ansatzes. Diese Erkenntnis bedarf in Zeiten jugendlicher Desorientierung und elterlicher Ohnmacht besonderer Beachtung. Die in den letzten Wochen bekannt gemachten Fälle sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugend im In- und Ausland verdeutlichen die Dringlichkeit präventiver Arbeit.

Kritisch geprüft werden muß allerdings, ob die Orientierung, die **Qualifikation** und das Bewußtsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichen, um den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden. Hier hilfreich durch Fortbildungsangebote zu unterstützen, muß Aufgabe des Landes sein.

Es macht keinen Sinn, Familienbildungsstätten in Modellvorhaben für randständige Problemgruppen umzuwandeln. Wichtig ist jedoch, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort ein Rüstzeug an die Hand zu geben, vernetzt zu denken und zu handeln. Das schließt auch die Kenntnis von benachbarten Spezialberatungsstellen mit ein.

Unsere Anregungen und Forderungen möchte ich noch einmal kurz zusammenfassen.

Erstens. Familienbildungsstätten müssen sich fragen lassen, welche Bereitschaft und Kompetenz vorliegt, um systematisch zu denken und zu arbeiten und auch problematische Themen und Zielgruppen anzupacken.

Zweitens. Familienbildungsstätten sind aufgefordert, ihren Bedarf an Schulung und Fortbildung anzumelden und stärkere Vernetzung zu betreiben.

Drittens. Familienbildungsstätten sollten überprüfen, ob sie ihre

Finanzierungsmöglichkeiten zum Beispiel bei der Kurswahl optimal nutzen oder ob Beratungsbedarf in betriebswirtschaftlichen Fragen besteht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es bleibt zu hoffen, daß die Richtlinien zur Förderung der Familienbildungsstätten, die zur Zeit gemeinsam von den freien Wohlfahrtsverbänden und dem Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau entwickelt werden, zur Planungsstabilisierung beitragen und daß darüber hinaus den genannten inhaltlichen Aspekten Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sehr erfreulich, daß sich offensichtlich alle demokratischen Fraktionen hinsichtlich des Wertes und der Bedeutung einig sind, die die **Familienbildungsstätten** in unserem Land besitzen. Sie sind eine unverzichtbare Bildungseinrichtung im Weiterbildungsbereich, die auch in Zukunft die Förderung des Landes verdient.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus brauchen diese Familienbildungsstätten **Planungssicherheit**. Deshalb muß die Landesregierung darlegen, welchen Stellenwert sie diesen Einrichtungen beimißt und welche Rahmenbedingungen sie für die weitere Arbeit der Familienbildungsstätten in diesem Lande schaffen will.

Wir halten es deshalb für richtig, den Antrag der CDU-Fraktion zu verabschieden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Am 12. September wurde eine Sozialausschußsitzung abgesagt mangels Masse, weil es keine Tagesordnungspunkte zu beraten gab. Liebe Frau Vorreiter, ich hätte mir gewünscht, daß dieser Antrag in der Sozialausschußsitzung am 12. September diskutiert worden wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dahin gehört der Antrag nämlich meiner Meinung nach.

(Gudrun Hunecke [CDU]: Nein, stimmt nicht!)

Das gilt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund Ihrer Begründung für den Antrag. Wenn Sie sagen, das Koalitionspapier von Rot und Grün beinhalte nichts über Familien und nun möge sich die neue Ministerin zum Thema der Familienbildung äußern, dann finde ich, daß sich der Sozialausschuß erst recht damit befassen müßte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Familienbildungsarbeit - das will ich dann trotzdem sagen - ist wichtig, ist unentbehrlich. Heute haben immer mehr Menschen zu wenig Kompetenz im Umgang mit Kindern und Familien. Der Bielefelder Familienforscher Xaver Kaufmann drückt es

so aus: Immer mehr Erwachsene und Jugendliche sind vom Umgang mit Kindern entwöhnt. Sie erleben keine Kinder in ihrem Lebensumfeld und wissen nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollen und eventuelle Konflikte lösen sollen.

In einer solchen Situation ist es wichtig, daß diesen Menschen die Gelegenheit gegeben wird, jenes Wissen zu erwerben, das ihnen für den verantwortungsvollen Umgang innerhalb einer Familie und mit Kindern fehlt. Eine Möglichkeit, diese **Handlungskompetenzen** zu vermitteln, ist die Familienbildung. Gute Familienbildung zeichnet sich dadurch aus, daß die Zugangsschwelle niedrig ist. Damit werden auch jene Menschen angesprochen, die nicht an den Umgang mit Bildungsangeboten gewöhnt sind. Das halte ich für einen besonders wichtigen Punkt; denn gerade in sozial schwächeren Umfeldern ist der Bedarf an erzieherischer und familienbezogener Bildung besonders groß.

Ich muß aber auch hinzufügen: Die Rahmenbedingungen für Familien sind in unserer Politik doch wirklich nicht optimal gestaltet. Im Gegenteil, es ist doch so, daß in der Bundesrepublik in der Familienpolitik Ideologie und Wirklichkeit sehr häufig auseinanderklaffen. Wir sprachen das gestern schon ein bißchen an, als wir hier den Armutsbericht diskutierten. Auch das muß doch berücksichtigt werden, wenn man von Familienbildung spricht. Da muß auch an anderer Stelle „gedreht“ werden, um dieses Problem deutlich zu machen.

Der SSW unterstützt gern die Bemühungen, das Niveau der Familienbildung in Schleswig-Holstein zu erhalten. Das ist klar.

(Beifall bei der F.D.P.)

Allerdings sind wir auch der Ansicht, daß den Familienbildungsstätten nicht nur dadurch Gerechtigkeit widerfahren soll, daß ihre Arbeit finanziell abgesichert wird. Auf

Dauer ist es zu engstirnig, die Familienbildung als isolierten Bereich zu betrachten. Das hat also mit dem zu tun, was ich vorhin ansprach: Die Rahmenbedingungen für Familien müssen ganz anders gestaltet werden. Für uns gehört Familienbildung in den großen und wichtigen Komplex der Weiterbildung, der generell einer besseren Absicherung bedarf.

Wir möchten ein umfassendes **Weiterbildungsgesetz** in Schleswig-Holstein, und dort hinein gehört dann auch das Problem **Familienbildung**. Wir beantragen die Überweisung der Vorlage an den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Warum haben Sie von der CDU diesen Antrag gestellt, habe ich mich in der Tat - ich gestehe es - wie meine Vorredner auch gefragt. Nach der Erläuterung hier ist es mir deutlicher geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich kann Sie insofern beruhigen: In Verträgen steht oft das, worüber Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Wir hatten zwischen den Koalitionsfraktionen keine Veranlassung - ich darf das hier auch einmal als Regierungsmitglied sagen -, über das Thema **Familienbildungsstätten** zu streiten. Deshalb finden Sie in der Koalitionsvereinbarung darüber auch nichts. Vielleicht soviel zur Genese des Vertrages an dieser Stelle.

(Zurufe von der CDU)

Als Ministerin bin ich Ihnen aber natürlich eine Antwort schuldig. Deswegen möchte ich gern auf dieses Thema kurz eingehen.

Die Geschichte der Familienbildungsstätten ist älter, als manche glauben. Schon in den 20er Jahren gab es die Mütterschulen, übrigens damals entstanden als ein Ergebnis des Flügels der Frauenbewegung, der sich selbst als den „Gemäßigten“ bezeichnete; sie wurden gegründet, um jungen Müttern im Hinblick auf die körperliche, geistige und seelische Entwicklung der Kinder zur Seite zu stehen.

In den 60er Jahren hatten die Familienbildungsstätten anderes Selbstverständnis. Es ging da vor allem um Partnerschaft und moderne Erziehung.

(Unruhe)

- Ich weiß gar nicht, warum das Anlaß für soviel Unruhe hier ist; so revolutionär ist das doch gar nicht, was ich hier erzähle, daß das bei Ihnen Angst hervorrufen sollte. - Sie nannten die Zahlen. Wir haben 33 Familienbildungsstätten, übrigens auch noch 83 Nebenstellen. Die **Wohlfahrtsverbände** haben die **Trägerschaft** übernommen.

Schleswig-Holstein fördert diese Arbeit in der Tat schon lange. An die Damen und Herren der CDU gerichtet weise ich darauf hin, daß 1975 für die damaligen 74 Familienbildungsstätten nur 420 000 DM zur Verfügung standen, während wir heute einen Etat von immerhin 1,55 Millionen DM haben. Da kann man nicht behaupten, es sei nichts geschehen. Ich werde mich dafür einsetzen, daß diese Mittel auch weiterhin zur Verfügung stehen, und ich weiß, daß das nicht selbstverständlich ist, einschließlich der Mittel von 270 000 DM für kleinere Umbaumaßnahmen.

Auch den Schlüssel nannten Sie: Etwa 17 % trägt das Land. Ein großer Anteil - das gebe ich zu - wird über Kursgebühren und Eigenmittel, nämlich 40 %, erwirtschaftet. 14 % laufen über ABM-Mittel, Spenden und ähnliches. Nur 7 % tragen die Kommunen und die Kreise, die doch die Verantwortung vor Ort haben und eigentlich einen sehr viel größeren Anteil tragen müßten.

Deren geringe finanzielle Beteiligung war es, die im Haushaltsjahr 1995 zum Aufruf der Effektivitätsüberprüfung führte; es bestand in der Tat die Gefahr, daß die **Landesmittel** gekürzt werden. Ich habe mich darüber informiert, daß es hier eine große Übereinstimmung gab, daß das nicht geschehen sollte und daß die Fördermittel 1996/97 erhalten geblieben sind. Die Anstrengungen allerdings, Kommunen und Kreise mehr einzubinden, waren wenig erfolgreich. Trotzdem - ich betone: trotzdem - muß das Land mit seinen finanziellen Mitteln weiter in der bisherigen Höhe fördern.

Nun ein paar Worte zu den Inhalten! Trennungs- und Scheidungsberatung, die Situation alleinerziehender Eltern - meine Vorrednerinnen haben das deutlich gemacht - stehen heute mehr im Mittelpunkt der **Familienbildungsstätten** als früher. Es sind auch **Themen** aufgegriffen worden, die in den 80er Jahren erstmals von der neuen Frauenbewegung als Fragen in der Gesellschaft gestellt wurden. Familienbildungsstätten funktionieren als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Themen Wiedereinstieg in den Beruf, gesundheitliche Selbsthilfe, Fragen der Sexualität sowie das ganze Spektrum der modernen Kindererziehung angesichts der technischen Medien, die mehr miterziehen, als es vielen Eltern lieb ist.

Ein heißes Eisen in der Vergangenheit war immer wieder die Frage, wer eigentlich die Familienbildungsstätten besucht. In Wahrheit sind es eigentlich immer noch Mütterschulen;

denn die **Väter** halten sich überwiegend fern. Es besteht ein großer Bedarf an den Vätern, jedenfalls seitens der **Mütter**. Die Väter sehen ihre Rolle aber immer noch überwiegend als Familiernährer und nicht als Familienerzieher. Auch die Familiernährerrolle ist häufig dahin, wenn es zur Scheidung kommt. Daher der große Bedarf an Gesprächen über Scheidung und Trennung in den Familienbildungsstätten.

Eine verantwortungsbewußte **Väterlichkeit** bei Männern zu erreichen, ist ein wichtiges gesellschaftliches Ziel, ohne das die **Frauenemanzipation** letztlich auf halber Strecke stehenbleibt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb werde ich mit den Familienbildungsstätten in einen fachlichen Austausch eintreten und **Konzeptionen** fördern, wie gemeinsam mit anderen Einrichtungen - solchen nämlich, den wenigen, die Männer in ihrer Verantwortlichkeit erreichen konnten - eine erweiterte bildungspolitische Arbeit gelingt. Die Familienbildungsstätten sollten durchaus den Mut haben, die Frage der Väterlichkeit anzugehen.

Unabhängig davon werden wir, was immer die Finanzen betrifft, selbstverständlich, allerdings ohne Einschränkung der Finanzen - ich betonte das schon -, neue **Richtlinien** schaffen, die auch hier die **Planungssicherheit** für die Zukunft festigen.

Ich hoffe, daß wir auf diese Weise die Befürchtung auf Ihrer Seite zerstreuen konnten, daß die Familie durch Rot-Grün gefährdet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Weil wir nach unserer Geschäftsordnung einen Antrag nicht zur abschließenden Beratung an den Ausschuß überweisen können, hat Herr Abgeordneter Baasch folgenden Änderungsantrag zum CDU-Antrag, Drucksache 14/226, eingebracht: Der Bericht wird an den Sozialausschuß überwiesen und dort abschließend beraten.

(Beifall)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Abgeordneten Baasch abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!
- Das ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Damit ist auch der CDU-Antrag insgesamt angenommen.

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher der Grone-Schule Kiel und des Internatsgymnasiums Schloß Plön. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/219

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gibt auch keine!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Neugebauer.

(Beifall - Martin Kayenburg [CDU]: Der „brückenpolitische“ Sprecher!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihrer Beifallsbekundung und Ihrer Aufmerksamkeit entnehme ich, daß Sie dieser Debatte mit großem Interesse entgegensehen.

(Beifall - Zurufe)

Damit werden Sie dem Stellenwert dieses Vorhabens gerecht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dem Stelzenwert! - Weitere Zurufe)

- Kollege Kayenburg, man muß nicht unter der Hochbrücke geboren und aufgewachsen sein, um zu wissen, worum es da geht.

(Zurufe)

Sie alle haben die Hochbrücke sicherlich schon einmal befahren und wissen, daß es sich bei diesem Bauwerk um ein sehr markantes Wahrzeichen nicht nur der Region, sondern des Landes Schleswig-Holstein handelt. Es ist eines der wenigen noch **funktionsfähigen Industriedenkmale** und übt deswegen - wie wir alle ja täglich erfahren - auch auf die Touristen und Gäste unseres Landes eine hohe Anziehungskraft aus. Aber dafür ist die Hochbrücke ja nicht gebaut worden, sondern sie ist - wie Sie wissen - ein ganz wichtiges Bindeglied der Nord-Süd-Schienenverbindung zwischen Skandinavien und Mitteleuropa. Die Brücke ist aufgrund ihres Alters von 83 Jahren und aufgrund der baulichen Konstruktion der langsamste und gefährdetste Teil der Nord-Süd-Schienenverbindung.

Ich möchte mich nicht in den Chor derer einmischen, die glauben, beurteilen zu können, wie lange dieses

Hochbrückenbauwerk noch seiner Bestimmung nachkommen kann. Das kann wohl niemand beurteilen. Es sind abenteuerliche Zahlen im Gespräch. Vier Punkte scheinen mir allerdings unstreitig zu sein.

Erstens. Angesichts des hohen Alters der Brücke von 83 Jahren scheint mir die Restlebensdauer begrenzt zu sein.

Zweitens. Angesichts der Bedeutung des Brückenbauwerks für die **Nord-Süd-Schiennenverbindung** können wir auf diese Brücke nicht verzichten.

Drittens. Wenn die Große-Belt-Querung im Sommer nächsten Jahres vermehrte Züge in der Nord-Süd-Verbindung bringen wird, werden pro Jahr zusätzlich mehr als 8100 Züge über dieses Brückenbauwerk fahren und damit eine zusätzliche Belastung für die alte Konstruktion darstellen - 8164 Züge nach heutiger Erkenntnis!

Viertens. Die Lärmbelastung - auch das scheint für diejenigen unstreitig zu sein, die die Situation vor Ort kennen - für die Anlieger an der Hochbrücke, für die Anlieger unterhalb der Hochbrücke stellt bereits heute eine von den meisten nicht mehr akzeptierte Einschränkung ihrer Lebensqualität dar. Sie fürchten, daß die **Lärmbelastung** zunehmen wird, wenn - wie eben geschildert - weitere 8100 Züge pro Jahr diese Brücke befahren werden. Diese Proteste halte ich für berechtigt, wir dürfen uns diesen Sorgen nicht verschließen.

Wie auch immer die Restnutzungsdauer der Brücke eingeschätzt wird - angesichts der bekannten Planungs- und Realisierungsdauer bei Großprojekten dieser Art und angesichts der Nadelöhrsituation dieses Brückenbauwerkes können wir mit der Aufnahme von Planungen nicht erst beginnen, wenn die Brücke nicht mehr funktionsfähig ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist doch eine Vogel-Strauß-Politik, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was machen Sie denn bei der A 20?)

- Herr Kayenburg, Sie wissen doch, daß das alles im Fortgang ist.

(Lachen bei der CDU)

- Natürlich! Darüber haben wir doch mehrfach diskutiert, und ich will mich jetzt auch nicht von meinem Gedankengang abbringen lassen. Die Vogel-Strauß-Politik findet nicht statt bei der A 20, sondern beim Bundesverkehrsminister im Hinblick auf die Bewertung der Notwendigkeit, sich Gedanken über ein Ersatzbauwerk für dieses Brückenbauwerk Hochbrücke zu machen.

(Lachen bei der CDU - Ursula Röper [CDU]: Was ist mit der Verbreiterung der A 7? - Holger Astrup [SPD]: Darüber fahren ja so viele Züge!)

- Wir können gern noch einmal darüber diskutieren; ich merke schon, daß Ihnen die Bedeutung dieses Brückenbauwerkes nicht voll bewußt ist.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Damit reihen Sie sich ein in den Chor derer, die meinen, wir sollten uns erst Gedanken machen, wenn die Hochbrücke nicht mehr funktionsfähig ist. Gerade Sie, die ja ständig für das Anfüllen des Milliardengrabes Transrapid eintreten - weil Sie den Transrapid noch nicht gebracht haben! -,

(Dr. Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]: Was hat der damit zu
tun?)

sollten sich Gedanken machen, wie wir die
bestehende Verkehrsinfrastruktur des Landes
Schleswig-Holstein erhalten und
modernisieren können.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von
der CDU)

Auch die dänische Regierung - wie uns der
Verkehrsminister Trøjborg vor kurzem
anlässlich eines Gesprächs in Kopenhagen
bestätigt hat - hat uns noch einmal versichert
- Kollege Baasch war dabei und auch die
Frau Fraktionsvorsitzende Erdsiek-Rave -

(Zurufe von der CDU: Oh, wie
schön! - Peter Jensen-Nissen
[CDU]: Sie haben den Minister
noch vergessen! - Brita Schmitz-
Hübsch [CDU]: Bitte alle
aufzählen!)

daß auch in Dänemark ein großes Interesse
daran besteht, die Planung für ein
Ersatzbauwerk aufzunehmen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich freue mich
über Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, daß
sich diese auch umsetzt in Ihre Zustimmung
zu unserem Anliegen.

Dieses Anliegen will ich nur ganz kurz
beschreiben. Im Interesse des Landes
Schleswig-Holstein und im Interesse der
Aufrechterhaltung des Schienenbetriebes,
aber auch im Interesse der lärmgeplagten
Anwohner bitte ich Sie, unserem Appell
zuzustimmen. Es ist weder eine SPD-
Hochbrücke,

(Heiterkeit)

noch will ich mir hier nachsagen lassen - was
mir manche unterstellen -, ich wollte mir hier
selbst ein Denkmal setzen. Nein, es ist im
Interesse des Landes Schleswig-Holstein,
und deswegen sollten wir parteiübergreifend
an den Bundesverkehrsminister appellieren,
endlich mit den Planungen für ein
Ersatzbauwerk anzufangen. Einen Ausfall
der Brücke - unwahrscheinlich ist das wegen
ihres Alters nicht - können wir uns weder
ökologisch noch ökonomisch leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit; ich
hoffe, daß sie sich umsetzt in Zustimmung zu
unserem Appell.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit
bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete
Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen
und Herren! Die Eisenbahnhochbrücke bei
Rendsburg über den Nord-Ostsee-Kanal wird
soeben für rund 80 Millionen DM renoviert.

(Beifall der Abgeordneten Silke
Hars [CDU] - Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Nach der Instandsetzung, die 1997/98
beendet sein wird, ist sie wieder stark
belastbar. Mit Ausnahme von schweren
Ganzzügen, wie der Fachausdruck heißt, die
zum Beispiel mit Eisenerz beladen sind,
können alle Züge die Brücke passieren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Hört, hört!)

Die Höchstgeschwindigkeit wird wieder auf
80 km/h angehoben.

Mit dieser Renovierung verlängert sich die Lebensdauer der Brücke um mindestens 20 bis 30 Jahre; es können bei entsprechender Wartung auch 50 Jahre sein, sagt die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, und im Gegensatz zu Ihnen, Herr Neugebauer, vertraue ich der Bewertung dieser Experten. Es gibt also keinen aktuellen Anlaß, zum jetzigen Zeitpunkt mit konkreten Planungen zu beginnen.

Dennoch kann man sich einmal ansehen, welche Alternativen es denn gäbe. Angeblich hat der dänische Verkehrsminister Jan Trøjborg den Ausbau der Strecke Flensburg-Hamburg als Hochleistungsstrecke gefordert, damit die Züge durchgehend mit 160 km/h durch Schleswig-Holstein rattern können.

Auf diese Idee kam er aber wundersamerweise erst, nachdem die SPD-Fraktion Anfang September in Kopenhagen war und vermutlich ein bißchen nachgeholfen hat.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Mitte Juli war der Landesregierung diese Haltung noch nicht bekannt. In der Kleinen Anfrage der CDU zu diesem Thema hat sie die Frage nach dänischen Forderungen mit einem lapidaren Nein beantwortet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Doch nun zu Alternativen! Für eine **Hochleistungsstrecke** müßte entweder eine Brücke mit direkter Rampe über den Kanal gebaut oder ein Tunnel darunter gegraben werden. Bei beiden Lösungen gibt es Probleme mit dem Bahnhof Rendsburg. Wegen der nur geringen Steigungen, die die Bahn überwinden kann, würde eine Rampe bei einer Brücke erst im Norden der Stadt Rendsburg wieder festen Boden erreichen. Das bedeutet, daß der Bahnhof aus dem Zentrum auf das flache Land verlegt werden müßte.

Bei einem Tunnel wäre aus dem gleichen Grund, nämlich die geringen Steigungsmöglichkeiten für die Bahn, der Landverbrauch ebenfalls sehr hoch.

Die Idee des Rendsburger Bürgermeisters Teucher, man könne den Bahnhof in der Stadt belassen und ihn dann in den Tunnel verlegen, wird nicht greifen. Der Bahnhof müßte in einer Lage von etwa 20 bis 30 m tief untergebracht werden, und das ist mit hohen bautechnischen Anforderungen verbunden. Das bedeutet wiederum einen sehr hohen finanziellen Aufwand.

Damit bin ich bei den Kosten. Nach inoffiziellen Schätzungen würde der Neubau allein der Brücke - die **Kosten** für die Rampen kämen noch hinzu - mindestens 500 Millionen DM kosten; eine Tunnellösung würde sogar mehr als 1 Milliarde DM kosten. Hinzu kommen die Unterhaltungskosten für die vorhandene alte Brückendame, die als technisches Denkmal eingestuft ist und mindestens als Silhouette erhalten werden muß.

Es ist strittig, wer das alles bezahlen müßte.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir haben doch die Milliarden vom Transrapid übrig!)

- Ich komme gleich zum Transrapid, Herr Neugebauer, passen Sie nur auf.

Baulastträger der Brücke ist zwar die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, doch die wird nachweisen können, daß die Brücke die ursprünglichen technischen Anforderungen erfüllt. Wenn diese Anforderungen sich ändern, weil neue Züge schneller darüber fahren sollen, muß die Deutsche Bahn AG zahlen. Doch die zeigt zur Zeit wenig Neigung dazu.

Es ist ja auch denkbar - wir spielen das Spiel einmal weiter -, daß die Deutsche Bahn AG

ihre Meinung ändert und bei der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung anklopft und um Mithilfe bei der Finanzierung bittet. Spätestens jetzt, Herr Wirtschaftsminister, möchte ich Sie an eine Aussage erinnern, die Sie in der letzten Wirtschaftsausschußsitzung gemacht haben bei der Vorstellung des landesweiten Nahverkehrsplanes. Sie haben dem Sinne nach gesagt, daß angesichts der knappen Mittel Investitionen dort getätigt werden müssen, wo sie den größtmöglichen Nutzen erbringen.

Wir teilen diese Meinung, entspricht sie doch der volkswirtschaftlichen Forderung nach der optimalen Allokation der Ressourcen.

Führen wir diese Bewertung in unserem Fall einmal durch. Die Strecke über den Kanal beträgt einschließlich der Rampen zirka 10 km. Bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h benötigt ein Zug rund 14 Minuten dafür. Wenn ich durch Investitionen diese Geschwindigkeit verdoppele, benötigt der Zug zwischen Hamburg und Kopenhagen 7 Minuten weniger. Dafür wende ich mindestens 500 Millionen, wenn nicht sogar über 1 Milliarde DM auf.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]:
Das ist sehr schön, bis der Fehmarnsund und der Fehmarnbelt zu überfahren sind -
-!)

- Wir sind im Moment bei der anderen Brücke. Angesichts dieser Resultate ist die Frage, ob ich nicht sogar bessere Fahrzeitverkürzungen erziele, wenn ich Mehrfrequenzlokomotiven anschaffe, damit das Umspannen in Padborg entfällt, das mindestens 10 Minuten dauert, und ich erziele dieses Ergebnis mit einem erheblich geringeren Mitteleinsatz.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und noch ein anderer Vergleich drängt sich auf. Der von der CDU geforderte sechsstreifige Ausbau der A 7 kostet nur zirka 135 Millionen DM.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] - Lachen bei der SPD)

Wir haben es im Raum Pinneberg bereits jetzt mit täglich 65 000 bis 68 000 Fahrzeugen zu tun, und es wird eine deutliche Zunahme der Kraftfahrzeuge nach der Fertigstellung der Großen Beltquerung und der vierten Elbtunnelröhre erwartet. Das haben Sie auch gesagt, Herr Neugebauer. Würde der Nutzen einer Investition hier nicht erheblich höher liegen als bei den Zeitgewinnen, die sich aus dem Bau einer neuen Brücke gegenüber einer gut funktionierenden vorhandenen Brücke ergeben?

Ich komme zum Schluß. Angesichts erstens der jetzigen Instandsetzung, zweitens der Gesamtausbaudauer der Brücke und drittens des knappen Geldes ist eine kostenintensive Planung zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Andere Verkehrsprojekte sind wahrhaft dringlicher und müssen von vorausschauender Politik zuerst in Angriff genommen werden.

Wir werden der Ausschußüberweisung zustimmen, möchten aber heute schon sagen, daß wir den Antrag ablehnen, weil er zur falschen Zeit kommt.

Es nützt auch nichts, Herr Neugebauer, daß der Antrag so weit reduziert ist, daß der Bundesverkehrsminister statt zu Planungen nur noch zu Überlegungen aufgefordert wird. Ich gehe davon aus, daß es nicht eines Antrages der schleswig-holsteinischen SPD bedarf, damit der Bundesverkehrsminister anfängt zu überlegen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Lassen Sie uns in zwanzig Jahren wieder darüber sprechen - Herr Neugebauer, Sie wollen ja noch so lange hier bleiben, sagen Sie immer -, wenn es nämlich an der Zeit ist. Wer weiß, wie sich der technische Fortschritt bis dahin weiterentwickelt hat. Vielleicht bauen wir dann eine Brücke für den Transrapid. Für den sind große Steigungen nämlich kein Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! In den kommenden Jahren müssen die Weichen gestellt werden, wie die **Verkehrsströme der Zukunft** bewältigt werden können. Dabei wird es auch darum gehen müssen, Konzepte zu entwickeln, wie das dramatische Wachstum des Verkehrs eingedämmt werden kann. Dies gilt insbesondere für den Güterverkehr.

Wenn Sie hier über den Personenverkehr geredet haben, Frau Schmitz-Hübsch, dann haben Sie in meinen Augen hinsichtlich der Hochbrücke das Thema verfehlt. Denn das zentrale Thema, um das es hier geht, ist der Güterverkehr.

Nicht jede Ware muß quer durch Europa und sogar durch die Welt transportiert werden, insbesondere wenn diese Ware auch in der Nähe hergestellt werden kann oder bereits hergestellt wird. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der international üblichen massiven Subventionierung des Verkehrs.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten wird es zum weiteren Wachstum der Verkehrsströme kommen, insbesondere im **Güterverkehr**. Schleswig-Holstein ist davon als Transitland besonders betroffen. Wenn wir die Güterströme nach Skandinavien umweltfreundlich transportieren wollen, dann müssen wir anstreben, daß möglichst viel davon mit der Bahn und mit dem Schiff abgewickelt wird. Mit dem Bau der Öresund-Querung und der Überquerung des Großen Belt werden die Voraussetzungen geschaffen, um einen großen Teil des Güterverkehrs von und nach Skandinavien in Zukunft mit der Bahn abzuwickeln. Deshalb ist es nicht zufällig, wenn das dänische Verkehrsministerium bereits heute darauf hingewiesen hat, daß der Neubau der Brücke in Rendsburg von großer Bedeutung ist. Denn heute kann diese Brücke - auch nach Renovierung - nur Züge mit einem Gewicht von 1100 t tragen, während mindestens 1700 t erforderlich wären.

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau von Autobahnen wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Bahn gar nicht in der Lage sei, wesentliche Teile des Güter- und des Personenverkehrs abzuwickeln. Deshalb scheint es mir notwendig,

(Zuruf von der CDU: Noch eine Brücke zu bauen!)

hierzu etwas zu sagen. Für den Zuliefererverkehr ist der LKW auch aus Sicht der Grünen ein geeignetes Verkehrsmittel, das insbesondere auf dem Lande unersetzlich ist. In den Städten muß jedoch weitergedacht werden. So sind bereits Konzepte in der Diskussion, wie durch geeignete innerstädtische Verteilsysteme in Zukunft effektivere innerstädtische Zuliefersysteme gestaltet werden können.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Im Regionalverkehr kommt es darauf an, **Liniengüterverkehrssysteme** zu entwickeln. Konzeptstudien sind bereits für Baden-Württemberg, Hessen, das Rhein-Main-Gebiet erstellt worden, und für Niedersachsen ist eine solche Studie in Arbeit. Die Erstellung einer entsprechenden Studie für Schleswig-Holstein ist auf Anregung der Grünen im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Dabei sollen in Zukunft, so wie im Personenverkehr, in der Region Liniengüterzüge verkehren, die an festen Güterbahnhöfen halten, an denen dann die Ladungen direkt vom LKW, vom Schiff und vom Zug umgeladen werden. Auf diese Weise würde das umständliche, personalintensive und kostenträchtige Rangieren entfallen. In den regionalen Güterverkehrszentren könnten dann die Güter und Container von den Regionalzügen auf die Fernzüge umgeladen werden.

Im Fernverkehr würde die Bahn heute schon konkurrenzfähig sein - bei der Brücke geht es ja vor allem um den Fernverkehr -, wenn die Infrastruktur ausreichen würde und die Bahnen in Europa endlich von den Preisen und Planungen her privatwirtschaftlich operieren würden. Das zeigt auch das Beispiel USA, wo private Eisenbahngesellschaften beim Güterverkehr auf Fernstrecken eine Renaissance erleben, während in Europa im grenzüberschreitenden Verkehr aufgrund der Inflexibilität der nationalen staatlichen Bahngesellschaften und aufgrund des Nachhinkens einer entsprechenden Politik der EU dieser Verkehr fast keine Rolle spielt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Herr Hentschel, wenn Sie so weiterreden, kann sich Herr Steinbrück bald nicht mehr beherrschen!)

Wenn wir über die **Investitionskosten** einer Eisenbahnbrücke über den Kanal in der Größenordnung, die Sie geschildert haben, reden, dann müssen wir das in den

Zusammenhang mit Konzepten für die Zukunft stellen. Wir können das angesichts dessen, was im Verkehr heute passiert, nicht als isolierte Maßnahme sehen. Deswegen halte ich die Frage, wie ein zukünftiges Verkehrskonzept aussieht, für die zentrale Frage, um zu beurteilen, ob eine Investition dieser Größenordnung sinnvoll ist oder nicht.

Die Schweiz hat übrigens diese Frage per Volksabstimmung beantwortet und sich mit großer Mehrheit dafür entschieden, daß in den kommenden Jahren 30 Milliarden Schweizer Franken in völlig neue Schienentrassen quer durch die Alpen investiert werden, um den Gütertransitverkehr auf die Schiene zu verlagern.

(Lachen bei der CDU)

Es wäre sicherlich interessant, wie eine solche Volksabstimmung über den Gütertransitverkehr aus Skandinavien in Schleswig-Holstein ausgehen würde.

In meinen Augen ist es geradezu eine Tragödie, wenn Unternehmer wie der Präsident der Vereinigung der Unternehmervverbände in Schleswig-Holstein, Herr Driftmann, erzählen, daß ihre Firma einen eigenen Güterbahnhof gebaut hat, der nicht genutzt wird, weil die Bundesbahn keine Kapazitäten hat und keine freien Schienen, um die Güter regelmäßig und pünktlich zu transportieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist kein Argument gegen das Verkehrsmittel Bahn, sondern das ist ein Symbol für das Versagen der Politik, die nicht bereit ist, die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

(Zurufe von der CDU)

Die Kanalüberquerung in Rendsburg, ganz gleich, ob sie als Tunnel oder Brücke realisiert wird, ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft der Bahn in Schleswig-Holstein. Dies ist auch der Grund, warum wir uns mit der SPD darauf geeinigt haben, daß die Prüfung eines Ersatzbauwerkes für die alte Brücke in Angriff genommen werden soll. Wir hoffen, daß dieses Bauwerk möglichst bald in den Schienenwegeausbauplan des Bundes aufgenommen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Neugebauer, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich: Was sagst du nur dazu? Nicht, daß mir diese Problematik fremd wäre. Amüsiert hat mich allerdings die neue Kategorie Ihres Antrages. Aber auch Frau lernt schließlich nie aus. Wir beraten also heute einen Denkanstoß.

(Heiterkeit bei der CDU)

Denn mehr als Überlegungen für ein Ersatzbauwerk der Hochbrücke bei Rendsburg können zum heutigen Zeitpunkt nicht angestellt werden. Bei jeder anderen Formulierung Ihres Antrages wären Sie Gefahr gelaufen, daß Ihnen Ihr Anliegen indirekt entgegengehalten worden wäre, wie eben auch den Kolleginnen und Kollegen von der CDU bei ihrem ebenso richtigen wie vom Zeitmaß ähnlichen Antrag zum sechsspürigen Ausbau der A 7. Wir werden gleich noch darauf zurückkommen.

Die Frau Kollegin Schmitz-Hübsch hat in ihrer Kleinen Anfrage vom 11. Juni dieses Jahres gefragt, ob die Landesregierung

beabsichtige, auf den Erhalt, die Renovierung oder einen Ersatzbau der Eisenbahnhochbrücke Einfluß zu nehmen. Und wörtlich: „Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Weise?“ - Ich gehe davon aus, daß wir darin übereinstimmen, daß die Antwort des Verkehrsministers nicht sonderlich aussagekräftig ausgefallen ist. Er antwortete, die Landesregierung werde diese Forderung bei gegebenem Anlaß und in geeigneter Weise gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr erheben. Jetzt wissen wir: Der Anlaß wurde mit diesem Antrag geschaffen. Ich bezweifle allerdings, ob er auch geeignet ist.

Das Engagement der Kollegen Neugebauer und Poppendiecker, sich so frühzeitig für ein Ersatzbauwerk einzusetzen, ist jedoch

(Gerhard Poppendiecker [SPD]:
Vernünftig!)

in jedem Falle, lieber Herr Kollege, bewundernswert.

(Heiterkeit bei der CDU)

Denn in der Tat handelt es sich um eine außerordentlich wichtige Nord-Süd-Schienenverbindung, deren Ausfall katastrophale Folgen für Schleswig-Holstein hätte.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]:
Das war schon richtig erkannt!)

Angesichts der Tatsache, daß Wirtschaftsminister Steinbrück der Hochbrücke jüngst eine Lebensdauer von weiteren 30 Jahren bescheinigt hat, ist die Initiative der SPD-Kollegen doch sehr vorausschauend. Immerhin ist es kein Dringlichkeitsantrag geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei
F.D.P., CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Weshalb stellen Sie nicht Ihre verkehrspolitische Weitsicht bei konkret zur Realisierung anstehenden Projekten unter Beweis? Die Themen A 20 und Elbvertiefung sind schon genannt worden, auf die ich noch einmal in diesem Zusammenhang hinweisen möchte. Im übrigen sind wir uns natürlich darüber im klaren, daß sich der Wirtschafts- und Verkehrsminister dieses Landes dazu sehr eindeutig ausgedrückt hat.

Herr Minister, die F.D.P. registriert sehr wohl Ihre unmißverständliche Haltung sowohl zur **Ostsee-Autobahn** als auch zur **Elbvertiefung**. Ich frage mich nur, ob es selbst dem vernunftbegabtesten Wirtschaftsminister gelingen wird, sich gegen bestimmte Dogmatiker und Ideologen in der eigenen Regierung durchzusetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da ich ebenso wie die Landesregierung keinen Grund habe, an den maßgeblichen technischen Daten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion zu zweifeln, kann für die nächsten 30 Jahre ausgeschlossen werden, daß nur noch Frau Kollegin Fröhlich im Draisinenhin- und -rückverkehr den Ostseekanal über die Brücke queren kann.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Angeichts der prognostizierten Restlebensdauer des Bauwerks nach dessen Grundinstandsetzung frage ich mich schon: Wie sinnvoll ist es, bereits heute in die Planungsphase eintreten zu wollen? Noch deutlicher wird der Leiter des Neubauamtes Nord-Ostsee-Kanal, Bernhard Meyer. Er hält es für einen Schildbürgerstreich, zum jetzigen Zeitpunkt Geld in eine Planung zu stecken, für die es gegenwärtig noch gar keinen Anlaß gibt. Tatsächlich beträgt der derzeitige Instandsetzungsaufwand - Frau Kollegin Schmitz-Hübsch hat schon darauf hingewiesen - 78 Millionen DM. Gleichzeitig wird von einem betriebsfähigen Zustand der

Brücke für mindestens 30 bis 40 Jahre ausgegangen.

Liebe Herren Kollegen, deshalb verbinde ich die Zustimmung zur Ausschußüberweisung mit der Bitte, vielleicht das nächste Mal vorher etwas weitergehend zu überlegen, ob so etwas wirklich notwendig ist.

Herr Neugebauer, eines muß ich noch sagen: Mir ist die Wichtigkeit Ihres Antrags nach Ihren ersten Sätzen klar geworden. Da Sie zugeben, unter der Brücke geboren worden zu sein, muß natürlich rechtzeitig darüber nachgedacht werden, was mit der Brücke gemacht wird.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Neugebauer, die Probleme, die Sie vorgetragen haben, sind natürlich nicht von der Hand zu weisen, aber es kann sich zumindest nur um Zukunftsmusik handeln. Da Zukunftsmusik aber einen besonders angenehmen Klang hat, herrscht wohl heute diese heitere Stimmung.

Wir sind aber auch der Auffassung, daß diese „alte Dame“, die Hochbrücke, ein Alter erreicht hat, aufgrund dessen man sich zumindest einmal Gedanken darüber machen müßte, was künftig zu geschehen hat. Diese Gedanken muß sich der Bundesverkehrsminister machen. Das ist richtig.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube aber nicht, so wie es von meiner Kollegin von der CDU-Fraktion vorgetragen

wurde, daß der Kollege aus Dänemark, Jan Trøjborg, sich unbedingt von den guten Ideen der SPD beeinflussen läßt. Wenn diese Ideen von der CDU gekommen wären, hätte sie bei ihm damit sicherlich auch Gehör gefunden. Wenn eine Verkehrsstrecke mit erheblichen Mitteln unsererseits elektrifiziert wird, ist wohl auch zu erwarten, daß diese Verkehrsstrecke so genutzt wird, wie es angedacht wurde. Es muß eine Hochleistungsstrecke sein. Das erwarten die Dänen auch.

Das hat nicht nur mit der Eröffnung der Elbquerung zu tun, sondern auch mit dem zusätzlichen Verkehr aus dem gesamten skandinavischen Bereich. Das ist in der Diskussion schon angeklungen. Das gilt insbesondere für Schweden, wenn die Querung über den Öresund fertig ist. Dann haben wir es mit erheblichem zusätzlichem Verkehr zu tun. Ist es dann unbedingt förderlich, wenn man kurz vor der „alten Dame“ umspannen muß? Ich glaube es nicht. Man wird die Züge teilen müssen, um sie dann über die Brücke fahren zu lassen. Anders wird die Brücke das nicht verkraften können. Dann ist es völlig unerheblich, ob sie noch 25 Jahre oder 50 Jahre steht. Sie wird auch noch länger stehen. Später haben wir dort einen Brückenwärter,

(Zurufe von CDU und F.D.P.:
Neugebauer!)

der dieses technische Denkmal betreuen wird. Meines Erachtens muß man sich den Gedankenansatz schon gefallen lassen, wenn man jetzt schon überlegt, wie dieses Problem zu lösen ist. Es muß darüber nachgedacht werden.

Andererseits hört man hier und da auch den Vorschlag, den Fehmarn-Belt zu überqueren oder zu untertunneln. Dazu haben aber die Dänen ganz klar gesagt, daß das mit dänischen Staatsmitteln nicht machbar ist. Das wäre also eine Aufgabe der EU. Das ist

meiner Meinung nach aber in weiter Ferne zu sehen.

Der SSW möchte eines ansprechen, was uns ein bißchen irritiert: Herr Minister, das ist die Angelegenheit, daß man jetzt die Strecke elektrifiziert hat. Ergebnis ist nun ein Schildbürgerstreich, weil man zwei verschiedene Systeme hat, so daß in Padborg umgespannt werden muß. Das ist wirklich ein Hammer, mit dem wir nicht zurechtkommen. Wir fordern Sie auf, entsprechende Gespräche zu führen, damit diese Situation abgestellt wird. Das kann nicht Sinn der Sache sein.

(Zuruf von der CDU: Wer soll das bezahlen?)

- Ich habe gesagt: Es müssen auch Gespräche über die Finanzierung geführt werden. Sie werden mir aber doch recht geben, daß es nicht angehen kann, daß wir mit erheblichen Mitteln elektrifizieren und nachher zwei verschiedene Systeme vorhanden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Außerdem gibt es zwei verschiedene Sicherheitssysteme. Auch in diesem Fall ist es an der Zeit, daß man sich überlegt, wie diese angeglichen werden können.

Herr Neugebauer, Ihren Antrag werden wir mit Freude an den Ausschuß überweisen und dort weiter beraten,

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

damit Ihr Herzenskind, die Hochbrücke in Rendsburg, wieder ins Gespräch kommt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Wahlkreisabgeordnete von Rendsburg möchte ich mich zunächst einmal Ihren fachlichen Ausführungen, Frau Schmitz-Hübsch, voll anschließen. Das gilt für andere Redebeiträge natürlich auch. Herr Kollege Neugebauer, Ihnen möchte ich aber noch einmal - das ist im Grunde genommen der Anlaß für diesen Drei-Minuten-Beitrag - in Erinnerung rufen: Herr Kollege, der Wahlkampf ist vorbei!

Ich möchte auf einen ganz anderen Aspekt eingehen, der weniger technisch, technokratisch oder materiell ist, sondern der die Menschen in Rendsburg und Umgebung in ganz anderer Weise bei dieser Brückenfrage berührt: Sie wissen ganz genau, daß die Brücke für die Rendsburger Bürgerinnen und Bürger viel mehr ist als nur eine Überquerung des Kanals oder ein Transportweg. Die Brücke ist Wahrzeichen nach außen und steht für eine Identität und Verbundenheit nach innen. Dieses Thema „Zukunft der Brücke“ und die damit eng verbundene Zukunft des Rendsburger Bahnhofs nun mit vollkommen unbegründeten und sich eindeutig widersprechenden Zahlenmaterialien, Lebensaltersprognosen und so weiter ins Gerede zu bringen, um sehr zweifelhafte Schlagzeilen in der Presse zu machen, ist ein Stück Verantwortungslosigkeit und führt zur Verunsicherung.

(Beifall bei der CDU)

Die telefonischen Anfragen bei mir haben in diesem Sinne verstärkt zugenommen. Herr Kollege Neugebauer, niemand - weder Bundesregierung, Deutsche Bahn AG, Landesregierung noch Kommunalpolitik - wird die Brücke verrostet eines Tages einstürzen lassen. Sie malen ein Horrorgemälde an die Wand nach dem Motto: Wenn ich mich nicht darum kümmere, passiert es.

Im übrigen ist Ihnen im Bundesministerium im Mai 1996 unmißverständlich gesagt worden, wie der mögliche Ablauf aussehen würde.

Also, Herr Kollege: Niemand schläft, und Sie brauchen auch niemanden zu wecken. Aber wenn Sie sich nun schon solche Sorgen um die Standortfragen und Verkehrsverbindungen im **Rendsburger Wirtschaftsraum** machen, dann frage ich Sie, warum Sie letztlich sogar gegen den Willen eigener Parteileute verhindert haben, daß eine im Gegensatz zu einem Brückenneubau vergleichmäßig einfache Maßnahme, nämlich unsere Umgehungsstraße um Rendsburg herum - die sogenannte Nordspange - gebaut werden konnte. Sie waren es, der das letztlich verhindert hat.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Warum akzeptieren Sie, daß im Raumordnungsplan der Kreishafen herabgestuft wird? Warum bevorzugen Sie zum Beispiel eine Tunnellösung, die den Bahnhof von Rendsburg an die Peripherie verlegen würde - ein Bahnhof, der wegen seiner zentralen Lage eines der höchsten Personenaufkommen Schleswig-Holsteins hat?

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Wo ist Ihr Einsatz für Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik? Wo ist Ihr Engagement bei den Lehrstellen?

Wenn Sie sich schon als Strukturplaner vorausplanend in die Debatte bringen, dann bitte mit etwas mehr Seriosität. Das Thema ist leider in diesem Raum etwas ins Lächerliche gezogen worden, was zwar von der Sache her richtig ist, aber die Rendsburger Bürgerinnen und Bürger ganz anders bewegt. Sie sollten solche Themen aus eigener Profilierungssucht heraus nicht einfach in die Debatte hineinknallen, ohne

sich dabei zu fragen, welche Auswirkungen das auf die dortigen Menschen hat.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, ich halte jedes Lob aus.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich werde es politisch auch überleben.

(Zurufe von der CDU: Na!)

- Ja.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die Piranhas knacken schon!)

Das Schöne ist immer: Die Ideologen sind immer die anderen.

Um zur Sache zurückzukommen: Sie haben mir in all den vielen Beiträgen nicht viel übriggelassen.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Frau Schmitz-Hübsch hat noch den Transrapid, und Herr Gerckens hat die unterschiedlichen Spannungssysteme hineingebracht; Frau Hunecke noch ein Wahlkreisrodeo veranstaltet.

(Lachen bei der CDU)

Herr Hentschel hat es geschafft, in eine fünfminütige Rede sämtliche

grundsatzpolitischen Verkehrsprobleme hineinzupacken.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das erinnerte mich ein bißchen an das Tourismus-Angebot für Amerikaner: Europe in two days.

(Heiterkeit)

Warum soll ich Sie jetzt also nicht von mir befreien, indem ich nicht mehr in die Sache einsteige?

(Beifall bei der CDU)

Ich habe meine sechzigminütige Rede im Kopf. Dort wird sie weiterhin bleiben. Ich halte den Antrag für okay.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es war Ausschußüberweisung beantragt worden. Soll der Antrag tatsächlich überwiesen werden?

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

- Nein?

(Anhaltende Heiterkeit in ganzen Haus - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hat sich wirklich erledigt!)

- Bei mir ist angekommen, es solle darüber abgestimmt werden.

Ich lasse darüber abstimmen, wer der Überweisung in den Wirtschaftsausschuß zustimmt. - Gegenstimmen! -

Stimmhaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Sechsstreifiger Ausbau der A 7

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/64

Bericht und Beschlußempfehlung des
Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/214

Ich erteile der Berichterstatterin des
Wirtschaftsausschusses, Frau Abgeordnete
Schmitz-Hübsch, das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Der Antrag der CDU zum sechsstreifigen
Ausbau der A 7 wurde am 7. August im
Wirtschaftsausschuß beraten. Die
Empfehlung des Ausschusses lautet mit den
Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und
F.D.P., den Antrag abzulehnen.

Während der Beratung im Ausschuß wurde
der Wirtschaftsminister gebeten, in diesem
Zusammenhang noch über zwei Themen
Auskunft zu geben. Er sollte erstens eine
grobe Kostenschätzung für den
sechsstreifigen Ausbau der A 7 zwischen
Hamburg Nord-West und dem Bordesholmer
Dreieck vornehmen, und zweitens sollte er
eine Übersicht über Stauzeiten auf der A 7
mit Angabe der Gründe übermitteln. Beide
Antworten liegen inzwischen mit dem
Umdruck 14/127 vor. Sie finden darin auch
noch Antworten auf weitere Fragen des
Ausschusses.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt
es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist

nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn
Abgeordneten Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Nachdem wir dank des Antrages von Herrn
Neugebauer auf einer für Schleswig-Holstein
hohen Ebene - das sind immerhin 42 m über
dem Meeresspiegel - diskutiert haben, wollen
wir jetzt wieder auf die Erde zurückkommen.
Dennoch, Herr Neugebauer, zwei Positionen
von Ihnen habe ich nicht ganz verstanden.
Erstens verstehe ich nicht, warum Sie aus
einem funktionierenden Industriedenkmal
einen Torso machen wollen. Das Zweite:
Wenn Sie dem Bundesverkehrsminister
vorwerfen, er stecke den Kopf in den Sand,
tut er gut daran. Denn der Vogel Strauß tut
dies, um zu hören, woher die Angriffe
kommen. Soviel nur zur Erläuterung.

(Zuruf von der SPD: Ich bin kein
Vogel!)

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben von
„Denkanstoß“ gesprochen. Der Denkanstoß
für die Brücke war gut. Hier soll es aber
mehr als ein Denkanstoß sein. Wir wollen
den sechsstreifigen Ausbau der A 7. In
diesem Zusammenhang bedanken wir uns,
Herr Minister, für die detaillierte
Ausarbeitung zu Problemen, die mit der A 7
verbunden sind. Ich formuliere es einmal so:
Der Stau-Bericht der Landesregierung liegt
vor. Unsere schlimmsten Befürchtungen sind
bestätigt worden.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wie bitte?)

Morgens zwischen sieben und neun Uhr ist
regelmäßig vor Hamburg ein **Stau** von mehr
als 5 km. Dieser Stau wird noch viel länger,
wenn man die Hamburger Strecke
hinzunimmt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist vielleicht eine Verkehrsplanung!)

Die Ursache dafür ist unstreitig der **Berufsverkehr**. Eine Vielzahl der Staus ist darüber hinaus aber auch, wie der Bericht ausweist, auf den Urlaubs- und Fremdenverkehr zurückzuführen.

Die Landesregierung hat bislang allerdings nichts unternommen, obwohl sie weiß, daß die A 7 bei der europäischen Einigung als Nabelschnur für **Skandinavien** eine große Bedeutung erlangt. Sie kennt die Verkehrsprognosen, die gerade auch die A 7 betreffen, und schaut unbeeindruckt zu. Die Verbindungsfunktion der A 7 von Süden nach Norden wird beeinträchtigt werden. Wenn die vierte Elbtunnelröhre und die Belt-Querung fertig sind - darauf ist hier bereits hingewiesen worden -, wird der Verkehr erheblich zunehmen. Durch einen Flaschenhals mitten in unserem Lande werden die Umwelt in erheblichem Umfang zusätzlich belastet und die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielleicht ist dies, Herr Hentschel, aber auch beabsichtigt und Ziel der rot-grünen Koalition. Vielleicht wollen Sie wirklich den Norden des Landes von der wirtschaftlichen Entwicklung ausschließen. Vielleicht planen sie auch ein Verbundsystem zwischen dem Nationalpark Wattenmeer und wollen einen Naturpark Schleswig-Flensburg? Wer weiß, was alles in ihren Köpfen herumspukt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen habe ich eben auch ausführlich über die Eisenbahn geredet! - Weitere Zurufe)

- Ich weiß zwar nicht, was das mit Karneval zu tun hat; aber wenn die A 7 als Flaschenhals bestehen bleibt, werden wir den Norden des Landes von der wirtschaftlichen Entwicklung abschneiden. Wenn Sie das wollen, müssen Sie das den Menschen im Norden sagen. Dann müssen Sie sagen, daß wir dort künftig noch weniger Arbeitsplätze haben werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn!)

Statt dessen versuchen Sie, die Diskussion durch unsachliche Hinweise zu unterbinden.

Wem die Entwicklung des Nordraumes am Herzen liegt, der muß einfach den Ausbau der A 7, der auch von der Kostenseite her realistisch ist, in Angriff nehmen. In der bereits genannten Kosteneinschätzung sind ja schon Ausgleichsmaßnahmen - zum Beispiel Regenrückhaltebecken, Ausfahrbereiche sowie Änderungen der Zufahrten zu den Tankstellen und zu den Rastplätzen - enthalten. Es ist also ein wahrlich günstiges Angebot für einen sechsstreifigen Ausbau.

Nun soll auch keiner sagen, das sei nicht möglich. Der § 6 des **Fernstraßenausbaugesetzes** sieht vor, daß Straßen auch dann, wenn sie nicht im vordringlichen Bedarf sind, gebaut werden können, wenn sich grundlegende Veränderungen in der Verkehrsstruktur ergeben. Diese sind eindeutig mit der vierten Elbtunnelröhre und der Belt-Querung vorhanden, so daß die rechtliche Grundlage gegeben ist.

Die Strecke ist auch finanzierbar, denn es fließen jährlich Millionenbeträge nach Bonn zurück. Dies ist nun wahrlich kein Vorwurf in Richtung Kiel, sondern eine grundsätzliche Feststellung. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß die Strecken, die durchgeplant waren, auch finanziert worden sind. Wir hätten bei einer entsprechenden Planung

dieser Strecke eine große Chance, die Finanzierung in Bonn durchzubekommen.

Wir fordern den sechsstreifigen Ausbau der A 7, wie er auch schon in dem Strukturkonzept der Unternehmensverbände 1991 gefordert worden ist, das übrigens in allen Teilen - auch von der Vorgänger-Landesregierung - gelobt worden ist, also inklusive dieses Ausbaues,

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

der im übrigen auch von den Verbänden der Spediteure, vom Güterfernverkehr oder auch vom Verband der Straßenbauingenieure gefordert wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist klar! Wenn ich Straßenbauer wäre, würde ich das auch fordern!)

- Frau Fröhlich, ich halte Ihnen abschließend vor, was die Presse dazu sagt. Die ist der Auffassung, daß diejenigen, die nichts täten, die Verantwortung für unser Land nicht wahrnahmen und die Zukunft verpennten. Ich hoffe, Sie gehören nicht dazu.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kayenburg hat einen neuen Souverän erfunden, die Presse!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Kayenburg werde ich das hier kurz machen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kayenburg, Sie müssen einen Stau-Bericht gelesen haben, der eine andere Straße zum Inhalt hatte als die, über die wir ihn gelesen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Zeiten, die darin aufgeführt worden sind: Ihnen ist wohl entgangen, daß sich bei den Stausituationen zum Teil vierzehntägige Zwischenzeiten ergeben haben. Ob man dann von einem permanenten **Stau** auf der **A 7** sprechen kann, stelle ich hier einmal in Frage.

Wenn ich sage, daß ich es im Gegensatz zu Herrn Kayenburg kurz machen will, dann tue ich das vor folgendem Hintergrund. Der CDU-Antrag zum sechsstreifigen Ausbau der A 7 wird innerhalb weniger Wochen nach Beratung hier im Parlament und im Fachausschuß hier jetzt zum dritten Mal in diesem Haus behandelt. Durch diese dreifache Behandlung, ohne daß es neue Erkenntnisse gibt, wird der CDU-Antrag nicht besser, die A 7 wird nicht breiter,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist das Problem!)

und die Möglichkeit einer Finanzierung wird nicht wahrscheinlicher. Ich halte es für nicht in Ordnung, sich hier hinzustellen, wohl wissend, daß allein die Projekte, die zur Zeit im **vordringlichen Bedarf** des Bundesverkehrswegeplanes als notwendig anerkannt sind, mit 400 Millionen DM unterfinanziert sind. Hier wird so getan, als wollten Sie eine Zukunftsinvestition für dieses Land haben, wohl wissend, daß das überhaupt niemand bezahlen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verweise inhaltlich daher auf das umfangreiche Diskussionsmaterial, auf das Plenarprotokoll über die 5. Sitzung vom 12. Juni 1996 - wir haben das hier sehr ausgiebig diskutiert - und das Protokoll über

die Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 17. August.

Zukünftig sollten wir uns gemeinsam darauf verständigen, Anträge auch zur abschließenden Beratung in die Fachausschüsse zu überweisen

(Christel Aschmoneit-Lücke
[F.D.P.]: Das geht nicht!)

oder den Mut zu haben, eine Angelegenheit nach erstmaliger Beratung hier im Plenum abschließend zu behandeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Ich finde, es liegen neue Fakten vor, und zwar erstaunliche. Ich habe schon im letzten Monat, als wir das behandelt haben, darauf hingewiesen, daß der Ausbau der A 7 verkehrspolitisch völlig sinnlos wäre, denn der Verkehr staut sich nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Hamburg auf der A 7, weil Hamburg den Verkehr der Pendler nicht aufnehmen kann. Das wissen wir doch alle. Allein an der Abfahrtstelle in Stellingen, im Norden Hamburgs, entsteht trotz der zweispurigen Abfahrt regelmäßig ein Rückstau auf der Autobahn bis auf schleswig-holsteinisches Gebiet.

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Selbst ein zehnspuriger Ausbau der Autobahn A 7 würde daran überhaupt nichts ändern, weil die Autos nicht von der Autobahn herunterkommen.

Ich muß folgendes feststellen. Die Zahlen, die uns vorgelegt worden sind, bestätigen dieses Bild in einer Eindeutigkeit, die alle anderweitigen Interpretationsversuche geradezu als lächerlich abstempeln. Da nutzen auch Ihre Versuche gar nichts, Herr Kayenburg. Sie haben das aber auch gar nicht ernsthaft versucht.

Sehen wir uns die Fakten an. Die täglichen **Staus** im Berufsverkehr - das habe ich schon gesagt - werden verursacht auf Hamburger Gebiet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was denn nun? Gibt es welche oder nicht?)

Es gab außerdem in Nord-Süd-Richtung 49 Staus im Jahr 1995. Davon waren acht auf Baustellen zurückzuführen. Angesichts der Tatsache, daß Baustellen sicherlich längere Zeit existieren, bedeutet das, daß der Verkehr selbst an Baustellen fast immer reibungslos fließt. Neun Staus waren auf Unfälle zurückzuführen, und es gab 26 weitere Rückstaus an der Landesgrenze vom Hamburger Gebiet her. Das ist alles.

Tatsächlich bleiben im gesamten Jahr sage und schreibe drei Staus übrig, die nach der Statistik originär auf schleswig-holsteinischem Gebiet durch hohes Verkehrsaufkommen verursacht worden sind, und zwar ein Stau am Neujahrstag bei Neumünster und zwei Staus an den Sonntagen im Sommer bei Neumünster und bei Bad Bramstedt, die eindeutig durch das Feriende in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Rheinland-Pfalz verursacht worden sind. Das ist die ganze Geschichte in bezug auf Nord-Süd.

Jetzt kommen wir zu Süd-Nord! In Süd-Nord-Richtung gab es im gesamten Jahr überhaupt nur 13 Staus, davon fünf durch Baustellen und zwei durch Unfälle verursacht. Es gab vier relevante Staus, die

durch Verkehrsaufkommen verursacht worden sind. Von den vier relevanten Staus gab es einen am Pfingstsonntag und drei Staus an den Sonnabenden zu Ferienbeginn von Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Das heißt, wir haben sage und schreibe sieben Staus aufgrund erhöhten Verkehrsaufkommens in Schleswig-Holstein gehabt, obwohl wir wissen, daß in Hunderttausenden von Ferienhäusern in Dänemark am Wochenende jeweils der Hauswechsel stattfindet. Und dafür wollen Sie 130 Millionen DM ausgeben?

Das wirkliche Problem, um das es geht, ist doch eindeutig: Wie kriegen wir Hunderttausende von Berufspendlern nach Hamburg hinein, ohne die überfüllten Straßen dieser Stadt zu verstopfen und ohne daß sich auf den Autobahnen Rückstaus bis nach Kaltenkirchen, Pinneberg und sonstwo bilden?

(Peter Jensen-Nissen [CDU]:
Also doch!)

Da gibt es nur eine einzige sinnvolle Lösung, wenn man in Hamburg nicht ganze Stadtviertel planieren und durch Straßen und Parkplätze ersetzen will, und das ist der Ausbau des ÖPNV im Hamburger Umland

(Beifall der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD])

und die Ausweitung des Gebiets des HVV. Daran werden wir mit Hochdruck arbeiten. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und vereinzelt bei der
SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin überrascht, daß wir über diesen Antrag heute noch einmal eine Aussprache haben. Herr Kollege Schröder, ich kann Ihnen nur zustimmen: Vielleicht wäre es wirklich sinnvoll, in der ersten Beratung hin und wieder den Mut zu finden, und zwar den Mut derjenigen, die ablehnen wollen, diese Entscheidung in der ersten Debatte zu treffen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich bin darüber überrascht, wie unterschiedlich die Interpretationen einer völlig klaren Vorlage, die wir haben - der Umdruck wurde hier genannt -, sind. Ich will die Debatte nicht verlängern. Ich will aber darauf verweisen, daß wir auch beim vorherigen Tagesordnungspunkt, nämlich der Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal, gesagt haben, daß es sich um einen wichtigen Antrag handele, daß er vorausschauend sei. Das bescheinige ich Ihnen, Herr Abgeordneter Kayenburg, auch für diesen Antrag.

(Zuruf des Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW ist im Grunde genommen davon ausgegangen, daß sich diese Sache mit dem Bericht des Ministers und der Erörterung im Ausschuß erledigt hat. Aber man wird eben noch einmal darüber beraten müssen.

Wir teilen nicht die Auffassung der CDU, daß die gesamte Wirtschaftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein sozusagen von

einem sechsspürigen Ausbau der A 7 abhängig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Landesteil Schleswig!)

Das ist wohl eine Vorstellung, die von der Realität weit entfernt ist. Es gibt andere Faktoren;

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

die möchte ich hier gar nicht erst erwähnen.

Was wirklich wichtig und entscheidend wäre, wäre etwa ein weiterer Ausbau der Querverbindung zur Westküste und nicht zuletzt - das ist hier auch schon einmal angeklungen - ein Ausbau der Fortführung der A 23 und weiter der B 5 hoch als kreuzungsfrei. Das wäre ein Objekt, das zu fördern wäre.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ja, selbstverständlich!)

Aber auch dazu haben wir vom Minister zu wissen bekommen - das ist doch wohl Fakt -, daß dies erst in den nächsten Fünfjahresplan des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wird.

Also auch dort können wir warten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Stellen Sie doch einmal einen Antrag!)

Unumstritten haben wir es dort mit einer **Belastung** zu tun - aber auch auf der A 7 -, wenn es um den **Ferienverkehr** geht. Dann wird hier gesagt: Ja, die Dänen wechseln die Betten am Sonnabend! Wie schaffen wir es denn nun, den Bettenwechsel von Sonnabend auf Mittwoch vorzuverlegen? Das ist natürlich das Problem. Aber ob das gerade das Problem hier ist, mit dem wir uns

beschäftigen sollten, da habe ich so meine Zweifel. Dieser Antrag scheint uns doch etwas von der Realität entfernt zu sein.

Sie führen hier die Bedenken gerade im Bereich der **Spediteure** an. Ja, was sollten die denn anderes tun, als hier einen **Ausbau** zu fordern! Gerade die Spediteure haben natürlich ein Interesse daran.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Die dänischen Spediteure!)

- Das ist doch zu erwarten, Frau Schmitz-Hübsch; sonst wären es ja keine Spediteure.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dänische Spediteure!)

Dann führen Sie auch noch die zusätzliche Belastung durch den **Verkehr von Dänemark** Richtung Süden an. Aber auch der ist ja partiell.

Ganz klar und eindeutig ist in dem Bericht etwas über die **Belastung vor Hamburg** zu lesen. Da haben wir vom SSW im Grunde genommen gewisse Bauchschmerzen. Für uns ist es unverständlich, daß es - so möchte ich einmal sagen - keine Abfahrmöglichkeiten gibt. Wenn wir es schon mit einem Stau zu tun haben - warum kann man dann nicht an den Raststätten aus dem Stau herausfahren? Warum gibt es keine Abfahrten? Es brauchen ja nicht unbedingt Zufahrten zu sein, aber Abfahrten, damit man aus dem Stau heraus kann. So etwas wäre natürlich eine Möglichkeit der Entlastung gerade in diesem Bereich. Vielleicht wäre es auch möglich, dies ohne größere finanzielle Belastungen zu initiieren und zu bauen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Auf jeden Fall sollte eine Abfahrmöglichkeit bei den Raststätten bestehen. Dies sollte man einmal anregen.

Ansonsten empfinden wir gerade diesen Antrag als ziemlich überflüssig und stimmen ihm nicht zu.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Steinbrück das Wort.

(Konrad Nabel [SPD]: Wieder so
eine kurze Rede?)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Es ist, wenn ich mich nicht irre, das dritte
Mal, daß wir diesen Sachverhalt erörtern.
Deshalb möchte ich auch gleich für die
folgenden Tagesordnungspunkte -
Mitfahrerparkplätze und Verkehrskonzept
Westküste - sagen, daß mir dazu nichts
Neues mehr einfällt.

(Heiterkeit und Beifall bei der
SPD)

Daher halte ich es mit einem biblisch
anmutenden Spruch, der da lautet: Selig sind
die, die nichts zu sagen und das auch tun!

(Heiterkeit)

Damit bin ich schon am Ende meiner
Ausführungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich
schließe damit die Beratung.

Da der Ausschuß Ablehnung des Antrags
empfohlen hat, werden wir über den
Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem

Antrag der Fraktion der CDU zustimmen
will, den bitte ich um das Handzeichen. -
Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der
Antrag ist gegen die Stimmen von CDU und
F.D.P. abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Programm für Mitfahrerparkplätze

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/111

Bericht und Beschlußempfehlung des
Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/235

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD,
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/264

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt,
diesen Tagesordnungspunkt noch vor der
Mittagspause zu behandeln.

Ich erteile zunächst der Berichterstatterin des
Wirtschaftsausschusses, der Frau
Abgeordneten Schmitz-Hübsch, das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die
Vorlage.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es
Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht
der Fall.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir
kommen ja richtig voran!)

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort
hat die Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein werden täglich 1,1 Millionen Pkw aus beruflichen Gründen oder im Zusammenhang mit einer Ausbildung hin- und herbewegt. Rund 130 000 Fahrten haben Hamburg zum Ziel, und ähnlich viele Fahrten - nämlich 140 000 - gehen in die vier kreisfreien Städte. Allein nach Kiel fahren täglich 60 000 Pendler mit dem Pkw.

Die Politik beobachtet diese Situation, die sich seit Mitte der siebziger Jahre sprunghaft fortentwickelt hat, mit großer Aufmerksamkeit. In den Städten wurde die Fast-Verdoppelung der **Pkw-Zahlen** seit 1975 zuerst spürbar. Die Autofahrer stehen im Stau;

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Autofahrer sind der Stau!)

es wird immer schwieriger, das Fahrzeug innerhalb der Stadt überhaupt abzustellen. Die Kommunen reagieren zum Teil mit drastisch angehobenen Parkgebühren, mit Bevorrechtigungsplaketten für Anwohner und neuerdings sogar mit der totalen Sperrung der Innenstadt, wie zum Beispiel Lübeck.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich freue mich über den Beifall von dieser Seite; es kommt nachher noch mehr Beifall, Frau Fröhlich; Sie werden noch Anlaß dazu haben.

Neben den Kommunalpolitikern kommen die Umweltschützer auf den Plan, die uns vorrechnen, daß das Auto aus Gründen der Luftverschmutzung und des Umweltverbrauchs überhaupt - Stichwort: Betonierung der Landschaft - verdammt oder sein Gebrauch zumindest eingedämmt

werden müsse. Als Lösung wurde das Auto mit Katalysator entwickelt. Inzwischen fahren die meisten Leute so ein Auto und haben ein relativ - relativ! - gutes Gewissen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nützt aber nichts!)

Durch alle diese Maßnahmen ist das **Autofahren** sehr verteuert worden, aber das hat die Bürger nicht abschrecken können. Merkwürdigerweise nimmt die Zahl der Autos weiterhin zu, und man macht sich nun Gedanken, wie man die Menschen bewegen kann, ein **anderes Verkehrsmittel** für tägliche Fahrten zu benutzen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, keine Zwischenfrage! Ich habe leider nur fünf Minuten Redezeit, obwohl ich hier eine zehnminütige Rede habe; ich sage das an dieser Stelle schon einmal.

Die **Subventionen** für den **ÖPNV** sind enorm verstärkt worden, und dort, wo die Fähigkeiten des ÖPNV hinpassen - nämlich viele Menschen zum selben Zeitpunkt von A nach B zu transportieren -, beginnt ja auch die Akzeptanz des ÖPNV zu wachsen, und in Kürze wird in Schleswig-Holstein ohnehin alles viel besser werden, wenn der Landesweite Nahverkehrsplan in Kraft tritt, der - und nun passen Sie alle bitte ganz gut auf - ein halbes Prozent - in Worten: ein halbes Prozent! - mehr der täglichen Pkw-Pendler auf die Schiene beziehungsweise damit auf die rechte Bahn bringen soll. Es sind zur Zeit - für alle, die es noch nicht gründlich gelesen haben - 2 % aller Pendler, die mit der Bahn fahren, und dieser Satz soll mit hohem finanziellen Aufwand auf 2,5 % gesteigert werden. Berücksichtigen Sie alle dies, wenn Sie über Finanzen entscheiden. Wir sind sehr gespannt, ob das Konzept

greifen wird und wie die Entscheidungen aussehen werden.

Trotzdem wird der Pkw im Land Schleswig-Holstein, das mit einer Pkw-Dichte von 520 Pkw auf 1000 Einwohner über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt - und das verwundert niemanden, der dieses Land kennt -, das überwiegende Fortbewegungsmittel bleiben, das alle verkehrsplanerischen Überlegungen maßgeblich mitbestimmen muß.

Für die zukünftige **Verhaltensweise der Pendler** gibt es mehrere Möglichkeiten:

Erstens: Viele Autofahrer werden aufgrund der geringen Siedlungsdichte keine andere Möglichkeit haben, als weiterhin mit dem Pkw zur Arbeit zu fahren.

Zweitens: Manche mögen zukünftige Angebote von ÖPNV und SPNV so attraktiv finden, daß sie umsteigen.

Drittens: Manche finden die Möglichkeit interessant, von ihrer Wohnung aus zum nächsten Mitfahrerparkplatz zu fahren, um von dort aus mit anderen gemeinsam in einem einzigen Auto die Fahrt fortzusetzen. Diese letztere Chance scheinen einige Leute bereits wahrzunehmen; aber das vorhandene Angebot ist einfach zu bescheiden. Ende 1995 gab es in ganz Schleswig-Holstein 19 Mitfahrerparkplätze mit 632 Stellplätzen. Ein weiterer sei im Bau, sagte die Landesregierung.

Angesichts der Realitäten ist jedem klar, daß dieses Angebot nicht reicht, um den Bedarf an solchen Plätzen zu decken. Daß es diesen Bedarf gibt, wird durch die hohe Zahl der Pendler bewiesen, die gute Auslastung der vorhandenen Parkplätze und das wilde Parken unter den Autobahnbrücken dort, wo es keine gibt, nämlich zum Beispiel an der A 7 bei Tarp.

Die CDU hat ihren Antrag gestellt, um deutlich zu machen, daß mit dem **Ausbau**

der Mitfahrerparkplätze die täglichen Pkw-Fahrten in Schleswig-Holstein ein wenig eingeschränkt werden können und diese somit zur Entlastung der Innenstädte vom Autoverkehr beitragen können. Zu ihrer weiteren Akzeptanz gehört aber auch eine moderne Ausstattung und Beleuchtung sowie eine Notrufsäule im Nahbereich.

Wir haben unseren Antrag auch gestellt, um die Finanzierung dieser Plätze auf eine geordnete Grundlage zu stellen, denn bisher wurden sie überwiegend im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen errichtet.

Gleichzeitig bieten Verhandlungen des Landes mit dem Bund die Gelegenheit, die Neuordnung der Kilometerpauschalen auch in diesem Zusammenhang zu überdenken und eventuell steuerliche Anreize für die Bildung von Mitfahrergemeinschaften zu schaffen. Damit entfielen dann auch der Anreiz für gewiefte Finanzbeamte, auf Mitfahrerparkplätzen die Kennzeichen zu notieren, um dann nachzusehen, ob deren Eigentümer ehrliche Steuererklärungen abgegeben haben.

Das verkehrspolitische Ziel für uns alle muß sein, davon wegzukommen, daß jedes Auto mit nur einem Menschen besetzt ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Belegungsfaktor** liegt zur Zeit bei 1,1 Personen pro Pkw. Ich sagte ja, es werde weiterhin Gelegenheit zum Beifall bei den Grünen geben.

Angesichts dieser Tatsachen fand der Antrag im Wirtschaftsausschuß Konsens. Er wurde mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in leicht geänderter Fassung gebilligt. Dies liegt als Beschlußempfehlung vor.

Wenige Tage später hat Herr Hentschel von den Grünen seine Haltung revidiert. Auf

seinen Wunsch hin wurde die Beschlußempfehlung leicht abgeändert. Sie liegt Ihnen heute als gemeinsamer Änderungsantrag von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Dies ist nach meiner Kenntnis das erste Mal in diesem Hohen Hause, daß CDU und die Grünen gemeinsam einen Antrag einbringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Diese Premiere bitte ich gebührend zu würdigen. Ich bitte auch darum festzuhalten, daß die CDU in der Verkehrspolitik wohl doch nicht so schwarz-monströs und einseitig denkt, wie es auf der linken Seite dieses Hauses gern behauptet wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag, der Ihnen mit der Drucksache 14/264 vorliegt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1986 wurden in Schleswig-Holstein 20 Mitfahrerparkplätze mit zirka 650 Abstellmöglichkeiten geschaffen. Diese Parkplätze werden gut angenommen und sind ausgelastet. Dies ist erfreulich und belegt, daß die Finanzmittel, die in diesen 10 Jahren eingesetzt worden sind, sinnvoll verwendet worden sind und daß hier ein Beitrag zu einem umweltgerechteren, umweltbewußteren Verhalten geleistet worden ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch wenn für uns Verkehrsvermeidung gemeinsames und oberstes Ziel ist, auch wenn die Angebote im ÖPNV und im SPNV in den vergangenen Jahren erheblich attraktiver geworden sind, so wissen wir auch, daß nicht - man kann auch sagen: noch nicht - überall die Alternative zur Fahrt mit dem Pkw besteht. **Mitfahrerparkplätze** leisten daher durchaus einen **Umweltbeitrag**. Dort, wo nachweislich Pendlerverkehre auftreten, ist die Einrichtung dieser Parkplätze sinnvoll und erforderlich.

Der Ursprungsantrag der CDU sah eine Bundesratsinitiative und die Schaffung eines Programms zur Errichtung und zum Ausbau von Parkplätzen vor. Wir als SPD-Fraktion begrüßen, daß es gelungen ist, diesen starren Beschluß durch den Änderungsantrag - man kann sagen: den historischen Änderungsantrag; Frau Schmitz-Hübsch hat schon darauf hingewiesen - von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in eine neue, gemeinsame Fassung zu bringen. Als SPD-Fraktion wollen wir, daß nach weiteren Möglichkeiten zur Schaffung von Mitfahrerparkplätzen gesucht und darüber verhandelt wird. Der Bund wird sich aber nicht an Finanzierungen beteiligen, die zur Lösung unserer regionalen Probleme dienen. Die Bereitstellung von Grundstücken des Bundes wird daher schon ein Erfolg für uns sein.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:
Das steht nicht im Antrag!)

Ich weise bereits jetzt darauf hin, daß dann, wenn über das Ergebnis der Verhandlungen in dieser Angelegenheit zu beraten ist, auch die Frage der **Finanzierung von neuen Plätzen** geklärt werden muß. Für die für den Ausbau von Mitfahrerparkplätzen benötigten Mittel gibt es bisher keinen Deckungsvorschlag. Wer sich den

Haushaltstitel „Bau und Unterhaltung von Straßen“ anschaut, muß feststellen, daß die Mittel in den vergangenen Jahren erheblich reduziert worden sind. Wir stehen auch in der Pflicht - das hat die Diskussion im Wirtschaftsausschuß bewiesen -, Radwege zu bauen, insbesondere auch zur Schulwegsicherung. Wer sich die lange Liste der Anträge ansieht, die in Schleswig-Holstein für notwendige Maßnahmen gerade auch im Radwegebau vorliegt, wird das nachvollziehen können. Auch der Bau von Ortsumgehungen - ich erinnere in diesem Zusammenhang an Krempe und Eutin - muß finanziert und durchgeführt werden. Nicht zuletzt benötigen wir Haushaltsmittel für substanzerhaltende Maßnahmen an den vorhandenen Straßen im Lande.

Noch einmal: Wir sind für Mitfahrerparkplätze dort, wo sie sinnvoll eingerichtet werden können. Wir werden aber zu gegebener Zeit alle Maßnahmen abzuwägen haben und zwischen wünschenswerten, notwendigen oder zwingend erforderlichen Maßnahmen entscheiden müssen.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu unserer Zielvorstellung muß ich Ihnen folgendes sagen: Wir von den Grünen haben vor, eines Tages dahin zu kommen, den Bahnverkehr zu vervierfachen.

Die Zahlen liegen übrigens nicht in der Größenordnung, die Sie genannt haben. Vielmehr sieht der aktuelle Stand in Schleswig-Holstein wie folgt aus: 9 % aller **Transportleistungen im Personenverkehr** werden von der Bahn geleistet. Dazu

kommen noch die Busse. Das sind die Aussagen, die auch im Landesverkehrsplan drinstehen. Wenn Sie ihn gelesen hätten, wüßten Sie das.

Was Sie meinen, ist die Anzahl der Fahrten. Das aber ist eine ganz andere Geschichte, weil die Masse der Autofahrten im Bereich von unter drei Kilometern stattfindet, also in Bereichen, in denen man genauso gut das Fahrrad benutzen oder zu Fuß gehen kann. Diese Fahrten werden nur deswegen mit dem Auto gemacht, weil die Städte mittlerweile fußgänger- und fahrradunfreundlich und nur noch autofreundlich gebaut werden und weil man Kinder nicht mehr allein spazieren gehen läßt. Deshalb kommt es dazu, daß die kürzesten Fahrten mit dem Auto gemacht werden. Wenn wir auf die Fahrleistungen abstellen, dann entfällt auf Bahn und Bus ein wesentlich höherer Anteil.

Zu den Mitfahrerparkplätzen will ich folgendes sagen: Ich glaube - dafür spricht einiges -, daß das nur in seltenen Fällen Sinn macht. In den meisten Fällen ist eine Investition in den ÖPNV wesentlich günstiger; sie führt zu wesentlich höheren Umsteige- und Verkehrsvermeidungseffekten, wenn man auf die Kosten abstellt, als wenn Mitfahrerparkplätze gebaut werden. Ich habe aber nichts dagegen, daß Mitfahrerparkplätze gebaut werden.

Ich halte den Antrag, der hier gestellt wird, schlicht für Unsinn.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:
Sie haben ihm doch zugestimmt!)

- Man muß Dinge auch mal gemeinsam tragen und Sachen gemeinsam besprechen.

(Unruhe bei der CDU)

Trotzdem sage ich, daß der Antrag Unsinn ist, und zwar schlicht deswegen, Frau Schmitz-Hübsch - hören Sie zu -: Der Bund ist für den Fernverkehr und nicht für den

Nah- und Pendlerverkehr zuständig. Mitfahrerparkplätze gehören eindeutig zum Pendlerverkehr. Wenn Sie diesen Antrag an den Bund stellen, dann könnte der Bund auf die Idee kommen, von den Kommunen zu verlangen, etwas dafür zu bezahlen, daß die Pendler die Autobahnen benutzen. Das ist das einzige, was Sie damit erreichen würden. Sie würden nicht erreichen, daß der Bund anfängt, den Nahverkehr zu bezahlen; denn das liegt überhaupt nicht in der Logik unseres **Verkehrs- und Finanzierungssystems**. Von daher ist der Antrag schlicht unsinnig. Auf meinen Wunsch hin ist in dem Antrag eine Änderung berücksichtigt worden, nämlich die Änderung, daß man über die Bereitstellung von Grundstücken sprechen kann. Das ist in diesem Zusammenhang das einzige, was überhaupt Sinn macht; denn die Frage der Finanzierung ist geklärt. Da gibt der Antrag nichts Neues her.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da wir uns offensichtlich - im wesentlichen jedenfalls - über die Bedeutung von Mitfahrerparkplätzen einig sind, schließe ich mich - bis auf die Äußerungen von Herrn Hentschel - den Äußerungen meiner Vorredner und Vorrednerinnen an;

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Danke!)

denn eines hat mich denn doch überrascht: Daß jemand einen Antrag unterschreibt und ihn dann hier im Plenum für unsinnig erklärt, habe ich in diesem Hohen Hause noch nicht

erlebt, obgleich man hier ja ziemlich viel erleben kann.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, eigene Anträge als unsinnig zu bezeichnen, finde ich denn doch schon etwas überraschend.

Eines ist mir nicht klargeworden. Sie haben darauf hingewiesen, daß Sie, obgleich Sie sich im Wirtschaftsausschuß gegen den Antrag ausgesprochen haben, ihn dann doch noch unterschrieben haben, weil Sie eine ganz wesentliche Änderung eingebracht haben. Diese Änderung lautet: „z. B. durch die Bereitstellung von Grundstücken“. Ich frage Sie alle - ich habe mich das auch gefragt -: Wie sonst sollten **Mitfahrerparkplätze** gebaut werden, wenn man keine **Grundstücke** bereitstellt?

Es ist zwar richtig und logisch, daß Grundstücke zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber warum diese Änderung Sie von den Grünen dazu bewogen hat, den Antrag zu unterzeichnen, habe ich bis heute nicht verstanden. Wir werden das sicherlich in der Mittagspause klären können.

Wir stimmen dem Antrag selbstverständlich zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Antrag der CDU wurde in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 11. September diskutiert; es war eine

konstruktive Debatte, die mit einem Votum abgeschlossen wurde, dem SPD und CDU zustimmten.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es denn auch, daß es jetzt zu einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und den Bündnisgrünen gekommen ist. Dabei sehe ich einmal über das hinweg, was Herr Hentschel zu seinem eigenen Antrag gesagt hat. Ich sehe es positiv.

(Heiterkeit)

Ich finde, daß die Einrichtung von Mitfahrerparkplätzen Sinn macht. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Auch wenn wir es wollten, könnten wir ja den Pkw-Verkehr nicht abschaffen.

Wir sollten also alles tun, um von dem **Verkehr ein Pkw je Person** abzukommen. Dabei kommt es auf die Schaffung von Rahmenbedingungen an, und dazu gehört auch die Einrichtung von Mitfahrerparkplätzen; dazu gehört auch die Schaffung von weiteren Anreizen zum gemeinsamen Fahren von Menschen. Ich begrüße auch das, was Frau Schmitz-Hübsch gesagt hat, daß man es sich überlegen sollte, wie man Menschen dazu motivieren könnte, zusammen in einem Wagen zu fahren. Ich weiß, daß man in den Niederlanden weiter ist. Dort hat man zum Beispiel besondere Fahrbahnen für Pkw mit mehr als einer Person als Insassen eingerichtet.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Es gibt also anderswo Überlegungen dazu, und vielleicht sollten wir uns auf dem Gebiet ein bißchen schlau machen, um so weiterzukommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:
Nein, über den gemeinsamen Änderungsantrag!)

- Entschuldigung, ich lasse über den gemeinsamen Antrag Drucksache 14/264 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig so angenommen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, jetzt noch über die Tagesordnungspunkte 15 und 33 ohne Aussprache abzustimmen.

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 15 auf:

Qualität der Badegewässer in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/228

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Es ist beantragt worden, die Landesregierung aufzufordern, einen Bericht zu erstellen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der Abgeordneten Lothar Hay und Jürgen Weber ist der Antrag so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Verkehrskonzept Westküste

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/63

Bericht und Beschlußempfehlung des
Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/213

Ich erteile der Berichterstatterin des
Wirtschaftsausschusses, der Frau
Abgeordneten Schmitz-Hübsch, das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Der Wirtschaftsausschuß
hat den Antrag der CDU in seiner Sitzung
am 7. August 1996 beraten. Der Ausschuß
empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gegen die Stimmen der CDU, den Antrag
abzulehnen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke der Frau Berichterstatterin.
Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht
vor.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 14/63
abstimmen; das ist der Antrag der Fraktion
der CDU. Wer dem zustimmen will, den bitte
ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -
Enthaltungen? - Der Antrag ist gegen die
Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt
worden.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten,
kündige ich an, daß wir in der Sitzung um
15.00 Uhr mit der Behandlung der
Tagesordnungspunkte 22 und 26, Erhalt und
Förderung der friesischen Sprache und
Friesisch-Professur, fortfahren werden.

Die ursprünglich für die Mittagspause
geplante Sitzung des Finanzausschusses fällt
aus.

Meine Damen und Herren, ich wünsche
Ihnen eine gute Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12.55 bis 15.01 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist
wiedereröffnet. Ich rufe die
Tagesordnungspunkte 22 und 26 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erhalt und Förderung der friesischen
Sprache und Kultur**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/243

**b) Friesisch-Professur an der
Bildungswissenschaftlichen
Hochschule Flensburg - Universität**

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P.
und der Abgeordneten Anke
Spoorendonk und Peter Gerckens [SSW]
Drucksache 14/248

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist offenbar nicht der Fall. Ich eröffne
die Aussprache. Das Wort hat Frau
Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen!
Ich bedaure es, daß hier nur eine Minderheit
der Abgeordneten das Minderheitenthema
verfolgt, jedenfalls auf der rechten Seite des
Hohen Hauses. Ich hoffe, daß sich das im
Laufe der Debatte ändert.

Meine Herren und Damen, die Sprache ist für
die nationalen Minderheiten und
Volksgruppen nicht nur ein

Identifikationsmerkmal, sondern auch das Identifikationsmerkmal schlechthin. Sie wird deshalb erforscht, wird gelernt, wird gelehrt, von den Minderheiten selbst, von Sprach- und Literaturwissenschaftlern an unseren Universitäten und Hochschulen. Zugleich gehört die Akzeptanz und die Anerkennung von Minderheiten und ihrer Sprache zur Identität von Regionen, in Schleswig-Holstein insbesondere des nördlichen Landesteils.

Unser Land kann insgesamt auf ein breites Spektrum an Sprachen verweisen: Hoch- und Niederdeutsch, Dänisch, Sønderjysk, Romanes und last but not least Friesisch. Möglichkeiten des **Sprachschutzes** und des Spracherwerbs zu eröffnen, das Mosaik der vielfältigen schleswig-holsteinischen Sprachlandschaft zu erhalten - das sind Ziele unserer Minderheitenpolitik, die nach wie vor ein Ausdruck unserer Liberalität, unserer Toleranz und unserer europäischen Überzeugung sind.

Unsere offensive Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein gilt nicht nur bundesweit als Modellfall, sie gilt auch auf der internationalen Ebene als ein Angebot zur Information, das reichlich wahrgenommen wird, und sie gilt als ein Angebot - je nach Möglichkeit - zur Nachahmung.

Es darf deshalb nicht verwundern, daß die Diskussion über die Flensburger Friesisch-Professur so hohe öffentliche Wellen schlägt. Viele sehen den friesischen Frieden bedroht; auf unseren Schreibtischen türmen sich Stapel von Solidaritätsbekundungen, Brandbriefen, Mahnbriefen - möchte ich fast sagen -, aus Rußland, den Niederlanden, von den Sorben, den Saterfriesen und so weiter. Dabei geht es um mehr als die häufig zitierten **sieben Studenten** - welche eine kurzsichtige Betrachtungsweise!

Das rein quantitative Moment kann bei einer Minderheitensprache sozusagen per Definition nicht das Kriterium sein. Das

möchte ich allen Betrachtungen vorausschicken und darüber möglichst Konsens zwischen uns herstellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Die kleine Zahl entscheidet weder über die Qualität noch über die landespolitische, gar die verfassungsrechtliche Bedeutung, die dieser Studiengang in unseren Augen hat. Deshalb gilt: **Friesisch** gehört nach Schleswig-Holstein als **Gegenstand wissenschaftlicher Forschung** und Lehre; daran sollte niemand rütteln.

(Beifall)

Der richtige Ort ist nicht nur Kiel mit der CAU, sondern gerade auch der nördliche Landesteil mit der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Flensburg.

Wir erwarten eine angemessene Vertretung der friesischen Sprache, das heißt, Forschung und Lehre müssen sicherstellen, daß die friesische Sprache langfristig in Kindergärten gelernt, gelehrt, gesprochen, in Schulen gelernt, gelehrt, gesprochen und in Hochschulen studiert und geprüft wird.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Dafür ist eine - ich betone: eine starke - **Professur in Flensburg** unverzichtbar. Eine ausschließlich an Lehraufträgen orientierte wissenschaftliche Arbeit würde diesen Anspruch nicht erfüllen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich befürchte, daß die Glaubwürdigkeit unserer Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in einer wichtigen Position in Frage gestellt wird; irgendwann

müssen wir womöglich feststellen: Staatsziel Minderheitenschutz verfehlt.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der friesischen Forschung und Entwicklung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Der Blick wird ja in der aktuellen Diskussion immer nur auf Flensburg gerichtet, doch auch an der CAU ist durch die Ausschreibung der Professur für Nordseegermanistik eine Veränderung eingetreten. An der CAU gibt es eine Optimierung der Kräfte, eine Zusammenfassung - die ich fachlich gar nicht in Frage stellen will -, damit aber eine faktische Reduzierung der friesischen Forschung. Neben dem Friesischen wird die Stelle künftig auch Niederdeutsch und Niederländisch zusätzlich umfassen. Das ist gut zu begründen und sinnvoll, und ich betone noch einmal, daß ich das gar nicht in Frage stelle. Eine faktische Reduzierung des Friesischen ist allerdings die Folge.

Der Verweis auf die CAU als zweite Universität im Lande, an der Friesisch gelehrt und erforscht wird, trifft die Situation allerdings nur sehr bedingt, wenn man damit Maßnahmen in Flensburg sozusagen rechtfertigen will, und bestätigt eher die Notwendigkeit umfassender Forschung und Lehre in Flensburg.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben diesen beiden Aspekten von wissenschaftlicher Arbeit im Lande möchte ich auch auf die europäische Ebene hinweisen. Ich erinnere an die zur Ratifizierung in Bonn vorliegende **Europäische Charta** der Regional- und Minderheitensprachen, für die Schleswig-Holstein unter dem Beifall und der Zustimmung aller hier im Hohen Hause Versammelten auch das Friesische angemeldet hat. Wenn wir zustimmen - das haben zumindest wir getan -, wenn die

Bundesrepublik insgesamt zustimmt, daß europäische Minderheitensprachen durch diese Charta ausdrücklich geschützt und gefördert werden sollen, dann können wir nicht auf der regionalen Ebene diesen Schutz zurückfahren und damit letztlich aushöhlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich wundere mich, daß Sie da keinen Beifall spenden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Bravo!)

Wenn Politik die Kunst des ganz Konkreten und Möglichen ist, müssen wir unsere minderheitenpolitische Linie konsequent weiterziehen. Wie kann das aussehen?

Die Auseinandersetzung um die Friesisch-Professur, die Diskussion über die Aufgaben des Instituts in Bredstedt, die Diskussion über die Befolgung des Artikels 5 unserer Landesverfassung, das alles gehört in eine Debatte - sie hat ihren Anfang schon genommen - über die Neuordnung der wissenschaftlichen Friesischarbeit. Ziehen wir eine ernste und kritische Bilanz, und überlegen wir zusammen mit den Friesen, wie wir dieses Feld neu ordnen können, um die Minderheitensprache langfristig zu sichern!

(Beifall)

Dazu werden Fragen zu stellen sein; ich möchte ein paar Fragen, die dabei beantwortet werden müssen, nennen.

Erstens. Wie kann die Friesisch-Forschung optimiert werden? Wäre es zum Beispiel sinnvoll, diesen Bereich an einem Ort zu konzentrieren? Muß nicht das Wirken in die Landschaft hinein - das ist eine sehr ernsthafte Bitte auch an die Friesen selbst - durch die wissenschaftlichen Vertreter verstärkt werden?

Zweitens. Wie steigern wir bei einer so geringen Studentenzahl die Attraktivität des Faches?

Drittens. Welche Möglichkeiten - das ist für mich vielleicht die wichtigste Frage - der Kooperation mit der niederdeutschen Forschung und Lehre gibt es? Gibt es Wege, daß beispielsweise die **Hochschule in Flensburg** ihr Profil als Grenzlanduniversität um das Profil erweitert, **Minderheitenuniversität** zu sein?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Sehr richtig!)

Das würde das Friesische ungefähr mit umfassen. Das würde bedeuten, daß dort auch das Niederdeutsche einen angemessenen Platz bekommt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD
und Beifall des Abgeordneten Dr.
Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das würde bedeuten, daß man mit der dänischen Minderheit und mit dem Dänischen als Fach in Zukunft ganz anders umgeht und daß man auch die Frage der Ansiedlung eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen am selben Standort zum Anlaß nimmt, stärker zusammenzuarbeiten, um damit das Profil der Universität sowie des Universitäts- und Wissenschaftsstandorts Flensburg auszubauen und ihm damit ein besonderes Profil zu geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, SSW und des
Abgeordneten Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.])

Diese Chance scheint man noch nicht erkannt zu haben.

Diese Fragen - man könnte noch weitere anfügen, die sicherlich auch in den nächsten Wochen und Monaten gestellt werden - machen eines deutlich: Wir stehen vor einer

Zäsur - dies ist natürlich auch durch die Einsparungsnotwendigkeiten bedingt - in der wissenschaftlichen Arbeit des friesischen Volks. Das System, wie es in den letzten Jahren gewachsen und entstanden ist - vielfach aus nachvollziehbaren Gründen -, steht insgesamt auf dem Prüfstand. Darüber müssen wir uns meiner Meinung nach im klaren sein. Es kann nicht nur um die Fixierung auf eine bestimmte Stelle gehen, sondern es muß auch darum gehen, die gesamte Landschaft neu zu ordnen, diese Fragen zu beantworten und zu einer Kooperation, zu einer Steigerung der Effizienz und zu einer Profilbildung zu kommen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird diesen Prozeß nicht nur begleiten, sondern diese Diskussion auch offensiv führen. Wir werden unseren Kurs der Minderheiten- und Volksgruppenpolitik konsequent fortsetzen. Darauf können sich die Friesen, die Minderheiten insgesamt, verlassen.

Selbst wenn sich die Strukturen ändern, muß die Qualität - darauf lege ich Wert - erhalten bleiben. Flensburg braucht eine starke friesische Forschung und Lehre. Ich appelliere deshalb im Sinne des Ihnen vorliegenden Antrags an die Bildungswissenschaftliche Universität, sich diesen Gesprächen nicht zu verweigern, sondern sie im Gegenteil neu zu beginnen, und dies möglichst nicht ständig unter öffentlicher Begleitung. Ich wünsche mir von der Landesregierung entsprechende Vorschläge und von den Friesen einen möglichst hohen Willen zur Kooperation.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Lef Fuarseter, lef Wüfhaur, lef Karming, ik frügi mi, dat ik deling jens üp Söl'ring tö juu

snaki ken. Binai tiindüüsend Mensken snaki
ön üüs Lön ön di faarskeligst Aarten dös
Spraak en diarfuur maat ik juu ali pröp, höm
uk filerhen fuur dös Spraak iintöseeten.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, für diejenigen, die
das Friesische nicht verstanden haben,
wiederhole ich das Gesagte bei Bedarf gern
auf hochdeutsch.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Wir haben
es verstanden!)

- Sie haben es verstanden? Hervorragend!
Diesen Eindruck habe ich nicht immer.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir beschäftigen uns heute im Schleswig-
Holsteinischen Landtag mit dem Friesischen,
da die 1987 noch unter einer CDU-geführten
Landesregierung eingerichtete Professur für
Niederdeutsch und Friesisch an der BU
Flensburg und damit auch die
wissenschaftliche Leitung des
Nordfriesischen Instituts in ihrem Bestand
gefährdet ist. Dies obwohl alle in diesem
Hohen Haus vertretenen Parteien die
Notwendigkeit der Förderung des
Friesischen als ein elementares und
einmaliges Kulturgut anerkannt haben und es
in der Verfassung die bindende
Staatszielbestimmung zum Schutz und zur
Förderung der friesischen Volksgruppe gibt.

Ich kann mich noch gut an die Betroffenheit
im Friesengremium erinnern, als dort von
einem Vertreter des Nordfriesischen Instituts
das Verfahren zur Neubesetzung des
Lehrstuhls an der BU Flensburg dargestellt
wurde. In diesem Zusammenhang war der
Beschuß des Senats der
Bildungswissenschaftlichen Hochschule vom
24. April 1995 interessant - das ist noch gar
nicht so lange her -, den ich zitieren möchte:

„Nachdem der Senat auf seiner Sitzung
am 20. März bereits die besondere
Situation des Faches Friesisch erörtert
hat, faßt der Senat auf seiner Sitzung
am 24. April 1995 nach ausführlicher
Diskussion den Beschluß, die im
Jahre 1996 freiwerdende C 4-Professur
wiederum dem Seminar für friesische
Sprache und Literatur und ihrer
Didaktik zuzuweisen. Der Senat läßt
sich bei dieser Entscheidung auch
durch die Überlegungen leiten, daß die
Friesisch-Professur für Nordfriesland,
die Stadt Flensburg und die gesamte
nördliche Region eine besondere
soziokulturelle Bedeutung hat. Der
Senat erinnert zudem an die von der
Landesregierung im Jahre 1990
verabschiedete neue Verfassung, die in
Artikel 5 Absatz 2 eine Schutz- und
Förderungsklausel für die Sprache und
Kultur der friesischen Volksgruppe
enthält. Deshalb geht der Senat davon
aus, daß sich das Land in einem für die
praktische Umsetzung der Verfassung
so wesentlichen Punkt wie der
Ausbildung von Friesisch-Lehrerinnen
und -Lehrern wohl kaum für eine
Umwidmung der bestehenden
Friesisch-Professur an der BU
Flensburg einsetzen wird, um auf
diesem Weg hinter den Stand von 1990
zurückzufallen.“

Um genau diesen Punkt geht es heute.

Vor diesem Hintergrund überraschte dann
der am 26. Juni 1996 erneut gefaßte
Beschuß der BU Flensburg um so mehr. In
diesem Beschuß führte der Rektor der BU
aus, daß sich die Umstände mittlerweile
entscheidend geändert hätten. So sei das
Minderheitenzentrum als ein selbständiges
Institut ohne Verbindung zur Hochschule
eingerrichtet worden. Die Hochschule
unterliege zudem dem Zwang, über ihr
Forschungs- und Lehrangebot verstärkt
nachzudenken. Ein Instrument sei der
Innovationspool. Danach sollten bestimmte

Professuren in einen solchen Pool eingebracht werden, die dann für innovative Fachgebiete eingesetzt werden sollten. Die Auffüllung eines solchen Pools sei ein Zwang, dem sich die Hochschule nicht entziehen könne. Eine Kategorie für die Bewertung möglicher Stellen für den Innovationspool sei die **Kapazität**. Das Fach Friesisch werde zur Zeit von **sieben Studierenden** belegt. Eine solche Auslastung sei angesichts der allgemeinen Mangelsituation in der Hochschule nicht zu vertreten. Darüber hinaus gebe es Überlegungen im Ministerium - Frau Ministerin, vielleicht können Sie nachher dazu auch noch etwas sagen -, daß Friesisch in absehbarer Zeit nicht mehr Schulfach sein solle, sondern nur noch als Beifach für das Fach Deutsch studiert werden solle.

Diese Aussagen, woher sie auch immer kommen mögen, stellen einen Generalangriff gegen die friesische Sprache, die Friesen und die Minderheitenpolitik in ihrer Gänze dar. Staatszielbestimmungen dürfen nicht nur Lippenbekenntnisse sein, sondern müssen auch in praktische Politik umgesetzt werden und sich in praktischer Politik wiederfinden.

(Beifall bei der CDU)

Heute geht es darum, die Dinge wieder ins rechte Lot zu rücken und den Ergebnissen der Diskussionsprozesse aus den Jahren 1986 und 1987, die zum Teil auch in der Rede von Frau Erdsiek-Rave ausgedrückt wurden, wieder Rechnung zu tragen, indem die Bedeutung des Friesischen für die Friesen selbst, aber auch für unser Land deutlich und einvernehmlich festgestellt und die wissenschaftliche Begleitung dieses Kulturguts durch eine ordentliche Hochschulprofessur abgesichert wird.

Heute müssen wir uns die Frage stellen, wer eigentlich für die nunmehr eingetretene Situation die Verantwortung trägt. Die Hochschule hat mehrfach ihre Position nachvollziehbar deutlich gemacht und ausgeführt, daß angesichts der Sparauflagen

des Landes und den auf der Hochschulen des Landes lastenden Zwänge eine volle Professur nicht mehr möglich sei, so daß dem objektiven Betrachter im Grunde genommen sehr klar wird, daß die Landesregierung mit ihrem Handeln gegenüber den Hochschulen im Lande für die entstandene Situation nunmehr die Verantwortung trägt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben heute zwei Anträge, die Lösungsvorschläge für den angesprochenen Sachverhalt zur Diskussion stellen. Dem Antrag - Drucksache 14/248 - von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. können wir im ersten Absatz, in dem es um die grundsätzlichen Aussagen geht, zustimmen. Der zweite Absatz, der eine Bitte an die BU für den Erhalt einer **Professur für die friesische Sprache** beinhaltet, ist genausowenig wie der dritte Absatz mit seinem Appell und seinen vagen Formulierungen geeignet, die ordentliche Friesisch-Professur nachhaltig zu sichern. Die Formulierung „Der Landtag erwartet, daß eine angemessene wissenschaftliche Vertretung der friesischen Sprache erreicht wird“ läßt wieder alle Möglichkeiten jenseits einer ordentlichen Professur offen.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie dort formuliert haben, bleibt auch weit hinter dem zurück, was Sie ausführten. Wir dagegen fordern die Landesregierung in unserem Antrag auf, ein strukturelles Konzept für die Hochschulen vorzulegen und die Anforderungen zu definieren, welche Leistungen die Hochschulen zu erbringen haben.

Die Förderung des Friesischen ist eine besondere Aufgabe des Landes, die sich aus der Landesverfassung ergibt. Die Landesregierung muß von daher in diesem Strukturkonzept die Frage beantworten, wie sie diese besondere Verpflichtung des Landes umzusetzen gedenkt.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sehr richtig!)

Im Rahmen dieses **Strukturkonzeptes** - dies ist unsere klare Forderung - soll eine qualifizierte Professur für Friesisch abgesichert werden. Da dieser Lehrstuhl über den regulären Bildungsauftrag der Hochschule hinausgeht, ist er auch über die Landesregierung sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie im Interesse der Sache, den Lippenbekenntnissen Taten folgen zu lassen und unserem Antrag zuzustimmen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sehr gut!)

Ich beantrage Überweisung an den Bildungsausschuß und hoffe, daß wir dort ein Ergebnis erzielen, daß diese Hohe Haus dann einvernehmlich zu dieser Professur und hinter der friesischen Sache steht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Huchieret Herr Präsident! Leew lasmooten faan üüs lundai! Föl hee ham anert uun üüs lun, an ham kön wel sai: Ei ales wiar tu'n guuden för mens an natüür.

A ferkiar hee so tunimen, dat lidj üüb struat ei muar tupkem kön för en letj stak snaak, an a jongen kön daaling üüb struat uk ei muar mä lööpern spele of liinhope. Buumräen loongs a wai wurd wechrewen für en briad tjaarstruat, an üüs steeden wurd aleewen muar preeget faan grat kuup- an

beenkhüsing, an verwaltungsgebüüden. An uk üüb't lun hee ham det leewent anert, uk diar gungt at daaling am efektiwiteet, an det ment: För a natüür, wat iar de leewent faan't lidj bestemet hee, haa wi ei muar alterföls steeds efterleet. A tidj leept ei muar efter a klook faan a natüür, an det fu wi auerall tu marken.

Kurt an gud: Üüs loonskap an üüs leewent haa jo uun kurt tidj so gau anert, dat wi diar flooksis goorei waar am wurden san, wat det för fulgen för a mensken hee. An dön fulgen san föllgsis negatiif - daaling skel wi üs muar an muar diarmä befaade, hü wi det, wat at üs wäärt as, hual kön, wer at nü am natüür of am kultüür gungt.

Ich vermute, daß Sie das nicht alles verstanden haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Besser als sonst! - Weitere Zurufe: Doch!)

Für mich war das Nichtverstehen ein wichtiger Einstieg zum Lernen des Nordfriesischen, was ich als Abgeordnete aus Nordfriesland auch sehr gern gemacht habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

Ich will Ihnen das gern übersetzen. Im Unterschied zu Herrn Maurus habe ich das Fraasch gesprochen, das auf dem Festland gesprochen wird. Das kommt wir wohl auch zu, da ich vom Festland komme, während Herr Maurus von Sylt kommt und deswegen Sörling gesprochen hat. Ich übersetze Ihnen das also:

„Vieles hat sich in unserem Land geändert, und wir können wohl sagen, nicht alles zum besten von Mensch und Natur. Der Verkehr hat so zugenommen, daß die Leute nicht mehr auf der Straße zusammenkommen

können zu einem kleinen Schwätzchen, und die Kinder können heute auch nicht mehr auf der Straße Hinkelpotte oder Seilhüpfen spielen. Baumalleen mußten breiten Asphaltstraßen weichen, und in unseren Städten dominieren immer mehr riesige Kauf- und Bankhäuser und große Verwaltungsgebäude.

Und auch auf dem Land hat sich das Leben geändert. Auch dort geht es heute in erster Linie um Effektivität, und das heißt, für die Natur, die früher das Leben der Menschen bestimmt hat, haben wir nicht allzu viel Platz gelassen. Die Zeit läuft nicht mehr nach der Uhr der Natur, und das bekommen wir überall zu spüren.

Kurz und gut: Unsere Landschaft und unser Leben haben sich in kurzer Zeit so schnell verändert, daß wir oft gar nicht gewahr werden, welche Folgen das für die Menschen hat. Und die Folgen sind häufig negativ. Heute müssen wir uns mehr und mehr damit befassen, wie wir das, was uns etwas wert ist, bewahren können, ob es nun um die Natur oder um die Kultur geht.“

(Beifall der Abgeordneten
Monika Heinold [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Zu den kulturellen Gütern, die im Strudel der Mediengesellschaft unterzugehen drohen, gehört die friesische Sprache. Sie ist eine eigene Sprache mit mehreren Dialekten - Herr Maurus und ich haben Ihnen dazu einen lebendigen Beweis geliefert -; in unserem nördlichen Bereich gibt es noch fünf Dialekte, wobei diese zum Teil nur in sehr kleinen Bereichen überhaupt noch gesprochen werden, weil sie die Besonderheiten unserer Insellandschaften widerspiegeln. Die friesische Sprache trägt mit dazu bei, in unserer Landschaft und in unserem Land die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit gegenüber anderen Landstrichen, anderen Gegenden deutlich zu machen.

Zwar fliegt die Menschheit auf den Mond, zwar ist es uns inzwischen möglich, selbst ursprüngliches Schöpfungsgut zu verändern; wir können - und wir tun es auch - in Keimbahnen eingreifen, und wir können in Minutenschnelle rund um den ganzen Globus Mitteilungen und Informationen austauschen. Entfernungen schmelzen zu nichts zusammen, und so scheint es auch völlig willkürlich zu sein, was in diesem rasanten Wandel und in dieser sich beschleunigenden Auflösung von Gütern und Werten überhaupt Bestand haben soll.

Aber bei aller Willkür zeigt sich im Einzelfall immer auch die innere Logik von Entwicklungsprozessen. Und daß Kleinsprachen durch mangelnde Präsenz in den Medien und im Bildungssektor in die Defensive geraten, ist sozusagen logisch angesichts der Tatsache, daß Medien und Bildung einen ungemein hohen Stellenwert im Alltag der heutigen Menschen einnehmen.

In einer solchen Zeit ist es von großer Bedeutung, daß sich Menschen zusammenschließen und sich entscheiden, entgegen dem Trend der Zeit eine Sprache, die kurz vor dem Aussterben ist, als ihr ureigenstes Kulturgut zu denken und an ihre Kinder weiterzuvermitteln. Genau das ist in den letzten Jahren geschehen. Eltern haben sich zusammengeschlossen und gründen Kindergarteninitiativen, um ihren Kindern die friesische Sprache, die sie von ihren Eltern gelernt haben, weitergeben zu können. Es gibt inzwischen eine Initiative, diese Arbeit auch in die Grundschulen hineinzutragen, und an dieser Initiative sind wir vom Nordfriesischen Kreistag nicht unbeteiligt gewesen. Lehrerinnen und Lehrer sind zunehmend interessiert daran, dies auch zu tun. Wir glauben, daß hier ein ganz kostbares Gut davor behütet werden muß, unwiederbringlich verlorenzugehen.

Zudem ist das Friesische angemeldet für die **Europäische Charta** der Minderheiten- und Regionalsprachen. Wir haben gute Chancen, einen Beitrag dafür zu leisten, daß Europa

aus den Regionen gebaut wird. Das ist auch unbedingt notwendig, wenn wir erreichen wollen, daß die Menschen sich mit diesem Europa identifizieren. Allein die Währungsunion wird es nicht leisten.

In unserer **Landesverfassung** sind die Bewahrung des Friesischen und der Schutz der friesischen Volksgruppe als einer kulturellen Minderheit in diesem Lande festgeschrieben. Es sind verschiedene Anstrengungen unternommen worden, das Friesische zu schützen und zu pflegen. Wir glauben, daß dies nicht der richtige Zeitpunkt ist, eine **Professur** zu streichen, die gerade an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg mit dazu beitragen kann, den regionalen Wert und Charakter dieser Hochschule sehr deutlich zu machen. Wir haben das gegenüber der Hochschule auch zum Ausdruck gebracht.

Wir glauben, daß es notwendig und wichtig ist, mit der Hochschule in einen intensiven Gedankenaustausch darüber einzutreten, wie Sparziele und notwendige Strukturveränderungen in der Hochschullandschaft einerseits und der Erhalt einer solchen Rarität andererseits zusammengehen können. Ich schließe mich da den Fragen von Frau Erdsiek-Rave vollinhaltlich an.

Der Briefe sind nach unserer Meinung genug gewechselt; es ist jetzt an der Zeit, einen runden Tisch zum Thema Friesisch-Professur zu gründen. Es ist aber auch unabdingbar, sich über die Kriterien für die Hochschulentwicklungsplanung zu einigen. An dieser Stelle sei dazu nur soviel gesagt: Dieser Fall zeigt, daß man die **Studierendenzahlen** nicht zum einzigen Kriterium machen kann. Wir haben hier einen Studiengang, der sich um eine Minderheitenfrage kümmert. Insofern ist es logischerweise kein Massenfach. Notwendige Forschungsarbeit muß erbracht werden. Wir sollten unseren Hochschulen ermöglichen, in ihrem Bestand auch solche Fächer zu

erhalten, die einen wichtigen Beitrag zur Kultur unseres Landes leisten.

Zugleich geht es darum, Artikel 5 der Landesverfassung nicht zur Farce werden zu lassen. Daher bitte ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, leew lasmooten faan üüs lundai, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Tunk för't tuharkin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die F.D.P.-Fraktion setzt sich mit dem vorliegenden gemeinsamen Entschließungsantrag dafür ein, die Flensburger Friesisch-Professur zu erhalten. Eine solche interfraktionelle Initiative aus dem Landtag dient nicht zuletzt der Glaubwürdigkeit der Landespolitik.

Vor sechs Jahren, meine Damen und Herren, hat der Landtag in den **Artikel 5 der Landesverfassung** den Satz aufgenommen - ich zitiere ihn noch einmal -: „Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“ Das Landesparlament kann also jetzt nicht wegschauen, wenn die Verfassung durch die praktische Entwicklung im Hochschulbereich zum leeren Wortgeklingel gemacht wird. Es ist meines Erachtens auch kein Eingriff in die Hochschulautonomie, wenn sich der Landtag mit einem Appell zum Erhalt der Friesisch-Professur noch einmal an die Flensburger Hochschule wendet.

Natürlich steht diese Hochschule wie die meisten anderen Hochschulen des Landes auch unter einem enormen Druck von seiten der Landesregierung. Drohende Mittelkürzungen gefährden ganze Institute,

Studiengänge und Fachbereiche. Mit dieser Bildungsabbaupolitik des Landes haben wir uns in der letzten Plenartagung aufgrund eines F.D.P.-Antrages befaßt, und wir werden uns nachher in einem weiteren Tagesordnungspunkt wieder damit beschäftigen, so wie dies auch in den nächsten Monaten ein wichtiges Thema den Haushaltsberatungen sein wird. Wenn diese Landesregierung die Fähigkeit zeigte, die richtigen landespolitischen Schwerpunkte zu setzen, dann wären solche Rasenmäher-Sparauflagen überhaupt nicht nötig.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Heute geht es um den Erhalt der einzigen **Friesisch-Professur** in Schleswig-Holstein. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die bisher an der Universität Kiel bestehende Friesisch-Professur umgewidmet worden ist und nunmehr den weitergefaßten Bereich Nordseegermanistik abdecken soll - einmal ganz abgesehen davon, daß auch diese Professur - das ist in der öffentlichen Diskussion bisher weithin übersehen worden - auf der Streichliste der Kieler Uni steht, die wiederum eine Folge der **Sparauflagen des Landes** ist, wie Sie alle wissen. Das war Thema der letzten Plenartagung.

Flensburg wird also möglicherweise der letzte Ankerplatz für ein vom Aussterben, vom Verschwinden aus der Hochschulszene in Schleswig-Holstein bedrohtes Fach. Und wo wäre eine solche Professur besser untergebracht als gerade in der Grenzregion, dort, wo ja die nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein beheimatet sind? Liegt es nicht gerade im Interesse der Flensburger Hochschule, sich stärker vom alten Status der PH, der Lehrerbildungseinrichtung, zu lösen und nicht nur auf dem Papier, de jure, sondern auch de facto eine **Bildungswissenschaftliche Universität** mit einem speziellen Schwerpunkt zu werden? Ich denke, mit der Streichung dieses Lehrstuhls und nicht zuletzt auch mit der Art und Weise, wie das durchgezogen worden

ist, hat sich die Flensburger Hochschule viele Sympathien verscherzt und sich selber erheblich geschadet.

Nun hört man oft den Einwand, für ein Fach mit zur Zeit sieben Studenten lohne sich der Einsatz nicht. Dazu ist zu sagen: Wissenschaftliche Hochschulen haben Aufgaben nicht nur in der Lehre, sondern auch in der Forschung. Ihre Personalausstattung ganz auf die jeweiligen **Studentenzahlen** auszurichten, hätte verheerende Folgen für die Fächerbreite, aber auch für die beruflichen Aussichten der Studierenden. Wenn sie nämlich künftig nur noch die völlig überlaufenen Massenfächer als Studienangebote vor sich fänden, dann würden diese Massenfächer noch mehr Absolventen als bisher produzieren, mit noch schwierigeren Berufsaussichten, als dies heute schon der Fall ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für diejenigen, die die Streichung der Friesisch-Professur mit geringen Studentenzahlen begründen, möchte ich eine weitere Argumentation hinzufügen. Ein Vergleichsbeispiel! Laut Rektoratsbericht der Universität Kiel waren dort im letzten Wintersemester in der Technischen Fakultät 704 Studierende eingeschrieben. Dem Haushaltsplan des Landes für das Haushaltsjahr 1996 können Sie entnehmen, daß an der Technischen Fakultät zur Zeit über 131 Wissenschaftlerstellen angesiedelt sind. Wenn mein Taschenrechner richtig funktioniert, so kommen 5,4 Studierende auf einen Wissenschaftler. Im Landeshaushalt sind für die Technische Fakultät rund 22 Millionen DM veranschlagt, also 31 250 DM pro Studierendem. Im Vergleich dazu muß man die Flensburger Friesisch-Professur geradezu als preiswert bezeichnen. Denn es handelt sich de facto um einen akademischen Einzelkämpfer.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Ich führe dieses Rechenbeispiel nur an, um zu demonstrieren, daß diese kurzsichtige Rechnung mit Durchschnittszahlen völlig in die Irre führt und daß man bei hochschulpolitischen Strukturentscheidungen ganz andere und viele Dinge mit einbeziehen muß und dies nicht alleiniges Kriterium sein kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Flensburger Friesisch-Professur verdient auch deshalb besondere Unterstützung, weil sie vor Jahren mit zusätzlichen Landesmitteln und in Verbindung mit einer vertraglichen Vereinbarung zwischen der Flensburger Hochschule und dem **Nordfriesischen Institut** in Bredstedt eingerichtet worden ist. Ich sage dazu: *pacta sunt servanda*. Verträge müssen eingehalten werden.

Ein weiterer Hinweis! Vor drei Jahren hat sich der Landtag in einer sehr aufwendigen Debatte für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur **Europäischen Charta** der Regional- und **Minderheitensprachen** eingesetzt. Wer damals ein dreifaches Hurra gerufen hat, der kann sich heute nicht einfach in die Büsche schlagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Obwohl Herr Kollege Maurus hier einen so nachhaltigen Appell für eine ordentliche Professorenstelle abgegeben hat, muß ich sagen: Ich finde es schade, daß sich die CDU-Fraktion nicht an einer gemeinsamen Entschließung beteiligen konnte.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Denn das, was Sie, Herr Kollege Maurus, als Maximalposition formuliert haben, geht ja aus Ihrem Antrag inhaltlich überhaupt nicht hervor.

Herr Präsident, wenn ich das noch als Schlußsatz sagen darf: Der Wortlaut des

interfraktionellen Antrages enthält durchaus Spielräume für eine Sicherstellung des Lehr- und Studienangebotes in Friesisch und für die allgemeine Vertretung des Faches in Forschung und Lehre. Er fordert nicht zwingend und ausdrücklich einen Lehrstuhl, also eine reguläre Professorenplanstelle, sondern ermöglicht auch andere Lösungen, zum Beispiel eine mit entsprechenden Lehraufträgen verbundene und dann allerdings auch vernünftig ausgestattete Honorarprofessur. Ein solcher Kompromiß würde erhebliche Abstriche vom bisherigen Standard bedeuten, aber er ließe zumindest den Kernbereich der bisherigen Aufgabenstellung der Flensburger Friesisch-Professur bestehen.

Wir erwarten von allen Beteiligten, daß sie an einer sachgerechten Lösung mitwirken.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist an und für sich erfreulich, daß so viele Menschen und Organisationen ihren Unmut äußern, nachdem der Senat der BU Flensburg nunmehr den Lehrstuhl für Friesisch gestrichen hat. Die Reaktionen haben gezeigt, daß diese Entscheidung nicht nur Wirkung auf unser Land hat. Der Generalsekretär des European Bureau of lesser used Languages macht uns zum Beispiel auf psychologisch sehr negative Wirkungen aufmerksam, die die Streichung der **Friesisch-Professur** auf die Sprachminderheiten Europas hätte. Er erinnert an die bevorstehende Ratifizierung der **Europäischen Charta** der Regional- und **Minderheitensprachen** durch die Bundesrepublik Deutschland. Ziel der Charta ist die verstärkte Förderung dieser Sprachen,

zu denen auch Friesisch zählt. Mit dem Verlust der Friesisch-Professur würde dem Geist der Charta noch vor ihrem Inkrafttreten widersprochen werden.

Die Argumente, die in der Hauptsache für die Abschaffung der Friesisch-Professur an der BU angeführt worden sind, halten einer kritischen Durchleuchtung nicht stand. Dem Argument, es seien nur sieben Studierende vorhanden, kann keine Bedeutung beigemessen werden. Diese Zahl ist verfälschend. Mein Vorredner hat schon deutlich dargestellt, wie sich dies verhält. Wenn wir über die **Anzahl der Studierenden** des Faches Friesisch sprechen, dann hoffentlich nicht nur über diejenigen, die Friesisch als Hauptfach belegt haben. Damit werden diejenigen Studenten übergangen, die Friesisch als Nebenfach belegen.

Zu der Anzahl der Studierenden ist zu sagen, daß niemand erwartet hat, Friesisch werde überproportional belegt werden. Es geht hier um ein Angebot, das aufrechterhalten werden muß, wenn wir die friesische Sprache aufrechterhalten wollen. Es geht darum, den Lehrernachwuchs zu sichern. Auf ihn können wir nicht verzichten, wenn wir ein Interesse daran haben, daß die friesische Sprache an die nächste Generation weitergegeben wird.

Wegen der Aufteilung der Friesisch-Professur zwischen BU und Nordfriisk Instituut geht es aber auch um Öffentlichkeitsarbeit und um die Zusammenarbeit mit den friesischen Vereinen. Die Annahme der BU Flensburg, sie könne durch Einsparung der Friesisch-Professur irgendwelche Gelder einsparen, ist unzutreffend. Da es sich um zweckgebundene Mittel handelt, wird die Landesregierung diese im Falle einer abgeschafften Professur streichen müssen, und das hat dann dem Sparvorhaben auch nicht weitergeholfen.

Wir haben es uns nicht leichtgemacht, als wir die Entscheidung treffen mußten, ob wir bei

einem gemeinsamen Antrag mitwirken. Unsere Bedenken betrafen vor allem die Frage, ob ein solcher Antrag noch etwas bringt. Schließlich fordern wir mit unserem Antrag zu Gesprächen, zu weiterer Verhandlungsbereitschaft auf. Wir hoffen, daß alle Seiten bereit sind, Gespräche zu führen. Wir möchten gern, daß sich alle um einen Tisch versammeln und daß auch die Friesen an den Gesprächen beteiligt werden.

Wir traten letztlich für diesen Antrag ein, weil dieser Antrag, der nun von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW getragen wird, als **parteiübergreifender Antrag** gedacht war. Wir fingen an, unseren Glauben in dieser Sache zu verlieren, als sich die CDU aus unserem gemeinsamen Antrag ausgeklinkt hat. Wir konnten diesen Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, nicht verstehen. Aus der Sicht des SSW sollten wir in dieser Situation zusammenstehen. Der Landtag sollte hier gemeinsam mit der Landesregierung Geschlossenheit zeigen. Sie stehen nicht zu dieser Geschlossenheit. Das bedauern wir.

(Beifall bei der SPD)

Uns macht der vage Antrag der CDU-Fraktion deshalb große Sorgen, weil wir in dem Glauben lebten, daß zur **Minderheitenpolitik** im Landtag Einigkeit herrscht. Gerade in puncto Minderheitenpolitik zeigte der Landtag in der jüngsten Vergangenheit die erstrebenswerte Geschlossenheit. Bei der Erörterung des Minderheitenberichtes im Januar hat Frau Röper für die CDU betont, daß die Interessen der Minderheiten und Volksgruppen ohne Rücksicht auf die politische Zugehörigkeit vertreten würden. Frau Röper sagte wörtlich - ich zitiere mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

„Die Arbeit der friesischen Volksgruppe hat sich im Berichtszeitraum vielfältig entwickelt. Vor allem die intensiven Bemühungen,

die friesische Sprache weiterzubreiten, verdienen Anerkennung und Unterstützung.“

(Ursula Röper [CDU]: Das ist auch richtig!)

Sie verdienen Unterstützung - da gebe ich Ihnen völlig recht. Die Unterstützung kann aber nicht darin bestehen, daß der Antrag zur Debatte der Hochschulpolitik mißbraucht wird. Wir brauchen Flensburg für die Lehrerbildung.

Ich möchte ausdrücklich an die CDU-Fraktion appellieren: Bitte stimmen Sie diesem gemeinsamen Antrag zu. Lassen Sie mit Ihrem Stimmverhalten nicht zu, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, der Landtag würde sich nicht geschlossen hinter die Friesen stellen!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Friesisch für Schulen nur an der BU in Flensburg, nicht in Kiel. Bitte bedenken Sie dies, und tragen Sie gemeinsam mit uns dazu bei, von hier aus ein Signal nach draußen zu schicken! Wir brauchen ein positives Signal für den Schutz der Minderheiten in Deutschland und in Europa.

Wir meinen, daß das intensive Gespräch gesucht werden muß. Wir hoffen, daß hier Überzeugungsarbeit geleistet werden kann. Als Mitglied im Friesen-Gremium möchte ich nicht als derjenige dastehen, der mit dem Wulf tanzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wolf!)

Sollte es aber nicht möglich sein, die Leitung der BU von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lehrstuhls zu überzeugen, dann erwarten wir Taten statt vieler Worte. Dann erwartet der SSW - das unterstreiche ich ganz deutlich -, daß die Landesregierung ein Zeichen setzt. Dann

erwartet der SSW eine Entscheidung zugunsten des Minderheitenschutzes und zu Lasten der Hochschulautonomie.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Soviel die Hochschulautonomie auch bedeutet, Herr Kubicki, und so wichtig sie uns allen ist: Hier ist Ihre Grenze überschritten.

Ich hoffe, daß alle Beteiligten den Willen aufbringen können und werden, diesen gemeinsamen Antrag als einen neuen Anfang für einen unbelasteten Dialog zu betrachten. Das Land Schleswig-Holstein ist stolz auf die Vielfalt seiner Kulturen. Diese Vielfalt ist es, um die uns andere beneiden. Diese Vielfalt dürfen wir uns nicht nehmen lassen.

Bitte unterstützen Sie uns alle zum Wohle der Friesen - und nicht zuletzt, damit sie, nämlich die Friesen, auch künftig darauf pochen können: „Üüs rucht as sü kläär as e san!“ - Unser Recht ist so klar wie die Sonne.

Nun zum Antrag der CDU, Herr Hennig: Vom Inhalt her könnten wir ihm zustimmen. Aber eine Überweisung in den Ausschuß dient dieser Sache nicht. Insofern fordere ich Sie auf, dem gemeinsamen Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich das Wort zunächst dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl ich Sprecher für die Friesen bin, verzichte ich darauf, friesisch zu sprechen, weil ich die Sprache nicht wirklich beherrsche und auch nicht so tun möchte.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die Entscheidung der Flensburger Hochschule, die **Friesisch-Professur** abzuschaffen, hat uns vor eine schwierige Situation gestellt und wirft eine Reihe von Fragen auf: die nach dem Verhältnis der Hochschule zur Minderheit, die nach der Einstellung der Institution zu den eindeutigen Beschlüssen dieses Hauses, die nach dem Umgang mit der Landesverfassung, die nach der Platzierung der Hochschuluniversität im Gefüge des Grenzlandes und schließlich die nach den Möglichkeiten, die das neue Europäische Minderheitenzentrum auch der Universität bieten könnte.

Nun mag man vielleicht in der Sache die Gründe der Hochschule verstehen, wenn auch nicht teilen. Es ist die Art des Umganges miteinander, die ärgerlich und sehr schwer verständlich ist. Hier gibt es in der Tat Klärungsbedarf. Hier kann auch nicht auf diese einfache Art und Weise, wie Herr Maurus das getan hat, der Schwarze Peter an die Regierung weitergeschoben werden nach dem Motto, sie sei selber schuld. Wenn die Hochschule Sorgen hat, was man verstehen kann, dann hätte sie anders vorgehen können, sollen und müssen.

Eines kann allerdings gesagt werden: Leidtragende dieses Vorganges sind erfreulicherweise nicht so sehr die Friesen. Ganz eindeutig haben sich alle Parteien des Hauses hinter die **friesische Volksgruppe** und ihr Anliegen gestellt. Alle haben heute ihre Bedeutung hervorgehoben; alle haben betont, daß ihnen die Erhaltung der friesischen Eigenart und der friesischen Sprache am Herzen liegt. Die Friesen können heute also mit nach Hause nehmen, daß sich dieses Haus mit ihnen solidarisch erklärt. Das ist eine wichtige Aussage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Weil das so ist und weil wir keinen Zweifel daran lassen möchten, daß das Haus auch über die parteipolitischen Grenzen hinweg das Anliegen des Minderheitenschutzes sehr ernst nimmt, würde die SPD zustimmen, wenn Sie den Antrag der CDU-Fraktion auf Erhalt und Förderung des Friesischen heute zur Abstimmung stellen und ihn nicht in den Ausschuß überweisen wollen.

Allerdings hätte es uns gefreut, und wir hätten es als Zeichen wirklicher Einmütigkeit begrüßt, wenn die CDU nicht nur von Anfang an vollständig hier anwesend gewesen wäre, sondern wenn sie auch dem **gemeinsamen Antrag** von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. zugestimmt hätte. Beide Anträge unterscheiden sich schließlich nicht so sehr, daß es hier nicht zu einer einheitlichen Meinung hätte kommen können.

Eine deutliche Forderung nach einer Friesisch-Professur in Flensburg haben Sie, Herr Maurus, hier ausdrücklich nicht gestellt. Sie bleiben damit hinter dem gemeinsamen Antrag zurück, auch wenn Sie es vorgeben. Deswegen meine herzliche Bitte an die CDU: Verlassen Sie nicht das Boot der Gemeinsamkeiten! Falls sich aber hinter der Weigerung der CDU doch neuer Streit, was ich in dieser Frage verhindern möchte, verbergen sollte, muß es unser Anliegen sein, zumindest die Minderheit aus einem solchen Streit herauszuhalten, damit auch in Zukunft der heute beschworene friesische Friede gelten möge.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat als nächste die Frau Abgeordnete Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der SSW hat heute eine unnötige Schärfe in diese Debatte hineingebracht. Ich möchte für uns eines klarstellen: Selbstverständlich gibt es eine Hochschulautonomie. Sie ist zu respektieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die nicht immer sachliche Form der Auseinandersetzung über die Flensburger Friesisch-Professur hat verdeckt, daß die **Flensburger Universität** ebenso wie die Fraktionen dieses Hauses zum Verfassungsauftrag „Förderung des Friesischen“ steht. Bekanntlich trägt unser Antrag, Drucksache 14/243, Herr Gerckens, die Bezeichnung „Erhalt und Förderung der friesischen Sprache und Kultur“.

Warum haben wir trotzdem nicht den bequemen Weg gewählt, ein von den Regierungsfractionen, SPD und Grünen, sowie F.D.P. und SSW vorgelegtes Papier einfach mit zu unterschreiben?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]:
F.D.P. bitte nicht vergessen!)

- Die habe ich genannt, Frau Erdsiek-Rave! Die habe ich vor dem SSW genannt.

Hier unsere Gründe! Wir haben uns gefragt: Was ist eigentlich davon zu halten, daß sich diejenigen, die als Regierungsmehrheit für die schlimme Situation an unseren Hochschulen verantwortlich sind - das ignorieren Sie, Herr Gerckens -, sich gleichzeitig hinstellen und die Hochschulen beschimpfen, weil sie aus der Lage, in der sie sich befinden, unvermeidliche Konsequenzen ziehen?

Erinnern wir uns doch einmal an die letzten Wochen und Monate, erinnern wir uns daran, wie sich die Situation an der Christian-Albrechts-Universität darstellt! Dort droht der **finanzielle Kahlschlag** ganze

Studiengänge lahmzulegen und wegzuputzen. So ist doch die Situation!

(Beifall bei der CDU -
Vizepräsident Dr. Eberhard
Dall'Asta übernimmt den
Vorsitz)

Durch die wiederholten Erklärungen der Universität Flensburg ist völlig klargeworden, daß auch sie zur Förderung der friesischen Sprache steht und sie sich durch die **Hochschulpolitik der Landesregierung** zu den getroffenen Entscheidungen gezwungen sieht. Das ist doch die Situation.

Die Professur steht und fällt mit der Entscheidung der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Nein!)

Wer anders formuliert, verkleistert die tatsächliche Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Rektor und Prorektor haben in ihrem Schreiben vom 9. September 1996 mit Nachdruck den Vorwurf zurückgewiesen, die Hochschule verstoße gegen die Staatszielbestimmung der Verfassung zum Schutz des Friesischen. Zusammenfassend heißt es dort:

„Die Hochschule ist der Auffassung, daß friesische Sprache und Kultur an dieser Hochschule gelehrt werden müssen. Vor allem müssen Lehrkräfte ausgebildet werden, die den Unterricht an den Schulen übernehmen.“

Diese klare Position der Hochschule wird im Antrag Drucksache 14/248 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW einfach ignoriert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Nein!)

Wir meinen deshalb: Wer der friesischen Sprache dienen will und wer redlich mit der Universität Flensburg umgehen will, sollte unserem Antrag zustimmen. Dann ist die Landesregierung am Zuge.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächstes hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf Friesisch! - Anke Spoorendonk [SSW]: Ich mache es auf Dänisch! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht wieder „Nervensäge“ sagen! - Anke Spoorendonk [SSW]: Nur einmal pro Landtagstagung!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Frau Volquartz, ich weiß nicht, wer hier eine Schärfe in die Diskussion hineinbringt. Ich finde nicht, daß wir das getan haben. Wir haben nur die grundsätzliche Frage gestellt: Wo hört Hochschulautonomie auf, wo fängt das übergeordnete Ziel des Minderheitenschutzes an? Diese grundsätzliche Frage muß man sich stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte hier auf etwas anderes eingehen, nämlich auf das Zustandekommen des **gemeinsamen Antrags**. Frau Volquartz - auch das müssen Sie sich gefallen lassen -, Sie wissen ja noch, wie die Vorgespräche liefen. Ich wenigstens dachte, daß alles in trockenen Tüchern sei. Ich war mehr als überrascht, daß die CDU nicht mitmachen

wollte. Ich war mehr als überrascht darüber, daß Sie dann versuchten, diesen qualitativ guten Ansatz mit einem neuen Gespräch quantitativ zu überbrücken.

Was haben Sie gemacht? - Sie hatten eine Pressekonferenz einberufen, die Sie wieder abgesagt haben. Sie haben vorgeschlagen, im Bildungsausschuß eine Anhörung durchzuführen. Sie haben einen Antrag zur Förderung der friesischen Sprache eingebracht. Sie haben - das war Ihr ursprünglicher Antrag - dann etwas über Strukturpolitik und Hochschulpolitik gesagt. Das wollten Sie ja. Das war Ihr wirkliches Anliegen. Ihr Anliegen war nicht, darüber zu diskutieren, wie es mit der Friesisch-Professur weitergehen soll.

(Ursula Röper [CDU]: Das steht
im Zusammenhang!)

Noch etwas, was hier schon dreimal gesagt worden ist! Gesagt wurde, daß die Friesisch-Professur 1987 ganz anders zustande gekommen ist. Das muß man sich doch vor Augen führen!

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bitte darum, die Sachen auseinanderzuhalten, nicht alles in einen Topf zu werfen und alles zugleich zu diskutieren. Lassen Sie uns bei der Sache bleiben, und lassen Sie uns dann sagen: Jetzt muß ein neuer Anfang gemacht werden; alle Beteiligten müssen sich an einen Tisch setzen, und man muß sehen, daß die Friesisch-Professur zur Zufriedenheit aller und nicht zuletzt zur Zufriedenheit der friesischen Bevölkerungsgruppe an der BU in Flensburg erhalten und inhaltlich gestärkt wird.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Arens nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung.

Heinz-Werner Arens [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Minderheitenpolitik** eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen. Parteipolitische Auseinandersetzungen schaden ihr nur. Ich denke, dies sollte uns bewußt sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Deshalb will ich mich in meinen Ausführungen ausdrücklich auf die beiden vorliegenden Anträge beziehen und nicht auf jeden einzelnen Redebeitrag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Sehr schön!)

Dies sollten wir auf jeden Fall als Chance verstehen.

Ich habe vorhin von den Friesen, die hier im Haus sind, 5700 Unterschriften überreicht bekommen, und zwar mit ausdrücklicher Unterstützung der Position des Landtages. So sollten wir dies auch verstehen. Dies ist eine Unterstützung unserer Position. Dies ist unsere Chance.

Die Diskussion und die Entscheidung über die **Friesisch-Professur in Flensburg** ist nicht nur die Entscheidung über eine Professur, sondern über einen Eckpfeiler der Minderheitenpolitik in unserem Land.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Deswegen ist es richtig, daß wir uns hier damit befassen. Minderheitenschutz ist eine Frage des Respektes gegenüber der Kultur der Minderheiten und keine Frage der haushälterischen Aufrechnung.

Minderheitenschutz hat in unserem Land einen sehr hohen Stellenwert und erfährt über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus Anerkennung, was nicht zuletzt durch die Standortentscheidung für das EZM in Flensburg dokumentiert worden ist.

Das ist das Verdienst aller politischen Kräfte in diesem Land. Seien wir uns dessen bewußt! Unsere Geschlossenheit und der **fraktionsübergreifende Konsens** sind ein Stück gelungener Vergangenheitsbewältigung, sind ein Stück politischer Kultur und Bewahrung der kulturellen Reichtümer in unserem Land und deswegen ein wertvolles politisches Gut, das wir nicht zur Verfügung geben sollten.

Es hat den Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgezeichnet, daß die Vereinbarung des Minderheitenschutzes in fraktionsübergreifendem Konsens in die Landesverfassung aufgenommen werden konnte und viele Maßnahmen und Initiativen ergriffen wurden, die man hier gar nicht einzeln aufzählen kann.

Minderheiten haben per definitionem keine Mehrheiten. Um so mehr sind sie auf den gesellschaftlichen Konsens angewiesen. Sie haben einen Anspruch auf Privilegierung, weil auch nur ein vorübergehendes Aussetzen, ein Abriß ihre Existenz gefährdet. Deswegen sind „nur“ - wie argumentiert wird - 10 000 Friesischsprechende oder „nur“ sieben Studierende kein Argument, sondern ein Ausdruck der existentiellen Bedrohung und eine Aufforderung an uns alle, einer solchen Argumentation wirksam entgegenzutreten.

Die jüngste Entscheidung des Senats bedeutet, daß zuerst bei den Minderheiten gespart werden soll. Damit wird mehrfach über Entscheidungen dieser Volksvertretung hinweggegangen. Dies muß man begreifen.

Bei allem Respekt vor der Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen hat sich auch die Hochschule den Verfassungszielen zu stellen. Dies sind zwei Dinge, die man miteinander verbinden muß.

Appelle, die Friesisch-Professur zu erhalten, gibt es von vielen Seiten. Das ist von Frau Erdsiek-Rave ausgeführt worden. Wir haben sie aus dem In- und Ausland erhalten. Das haben wir auch ernst zu nehmen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist gefordert, sich geschlossen und entschlossen für einen konsequenten Minderheitenschutz und - so meine ich - auch für die Erhaltung der Friesisch-Professur in Flensburg einzusetzen.

Noch wichtiger ist mir, daß meine entschiedene Stellungnahme zwei Sorgen hat, nämlich daß auf der einen Seite durch den Wegfall der Friesisch-Professur auch die Kulturpflege des Friesischen in Gefahr gerät und daß es auf der anderen Seite zu einem Bruch des demokratischen Konsenses kommen könnte.

Ich sage ausdrücklich unter Bezugnahme auf die beiden vorliegenden Anträge: Der demokratische Konsens ist noch da. Er sollte gepflegt werden. Er sollte der Landesregierung den Rücken stärken

(Beifall bei der SPD)

- nur darum ging es -, dafür Sorge zu tragen, daß die Fortführung der Pflege des Friesischen garantiert wird.

Das bedeutet, ein Angebot in der Lehrerausbildung in Flensburg zu haben, das dies gewährleistet. Dafür haben wir uns einzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Friesengremium durch den Geschäftsführer des Instituts in Bredstedt zur Kenntnis bekommen, welches Verfahren die Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg in bezug auf diese Professur praktiziert hat. Auf dieser Sitzung des Friesengremiums ist auch deutlich geworden, daß seitens einer Gruppe bereits die Schaffung eines Lehrbeauftragten als Ziel der Diskussion mit ins Auge gefaßt wurde, und Peter Gerckens und ich waren es, die sehr deutlich machten - Herr Klug im nachhinein dann auch noch -

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

daß die Professur für das Friesische erhalten bleiben soll.

(Heinz-Werner Arens [SPD]:
Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen! Es ist besser, wenn Sie sich wieder hinsetzen!)

- Das ist kein Unsinn; genauso ist es gefallen, Herr Präsident!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Herr Präsident!)

Aber ich bin ja hier ans Rednerpult gegangen, um eine Brücke zu bauen und noch einmal deutlich zu machen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Unerhört, Herr Arens! -
Heiterkeit)

worum es uns geht. Dies geht aus unserem Antrag ja auch unzweifelhaft hervor. Wir setzen uns für diese Friesisch-Professur ein und möchten, daß den Friesen dieses Kulturgut gesichert wird, daß die Professur gesichert wird und daß das Stück Arbeit, das Ende der achtziger Jahre hier erreicht worden ist, letztlich auch in Zukunft erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Wir regen an, die beiden Anträge zusammenzufassen, und schlagen vor, im zweiten Absatz Ihres Antrags den ersten Satz zu streichen, in dem Sie der Hochschule die Schuld zuweisen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Daß Ihnen das jetzt einfällt!)

Wenn wir so verfahren können, dann bekommen wir eine einvernehmliche Regelung hier im Hause zustande.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Nix!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat der Herr Kollege Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Debatte sehr aufmerksam gefolgt und bin zu der Erkenntnis gekommen, daß nach dem Redebeitrag der Präsidentin eigentlich alles gesagt war.

(Ursula Röper [CDU]: Des Präsidenten!)

- Der „Präsidentin a.D.“, wollte ich sagen! - Ich meine, daß damit alles gesagt war und daß wir uns jetzt nicht in Fronten begeben sollten, die gar nicht da sind.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es!)

Ich möchte für meine Fraktion feststellen, daß wir uns jedem Versuch widersetzen werden, in die **Autonomie** einer Hochschule einzugreifen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber gleichwohl will ich auch betonen, daß meine Fraktion es bedauert, daß der Senat der Hochschule Flensburg geglaubt hat, sich so entscheiden zu müssen, wie er sich entschieden hat. Das bedauern wir wirklich.

Wir wollen ein Angebot dafür schaffen, daß diese Entscheidung rückgängig gemacht werden kann, und bitten den Senat, dies noch einmal zu bedenken. Das ist die Gemengelage.

Vor allen Dingen bitten wir den Senat, daran zu denken, unter welchen Bedingungen diese Professorenstelle zunächst eingerichtet wurde. Wenn es denn Probleme mit den Sparzielvorgaben in Flensburg gibt, kann man mit uns - und ich denke, auch mit der Regierung - darüber reden. Worüber man mit uns nicht reden kann, ist der Wegfall dieser Professorenstelle.

Das allein wollen wir feststellen, und dem entspricht der Antrag, den wir gemeinsam formuliert haben. Meine Bitte an die CDU geht dahin, sich diesem Antrag anzuschließen, um deutlich zu machen, daß wir in der Sache selbst überhaupt keinen Dissens haben.

Frau Kollegin Volquartz, dieser erste Satz drückt doch nur das Bedauern aus, das ich eben gerade noch einmal versucht habe zu formulieren. Ich weiß gar nicht, was die CDU daran hindert, sich diesem Bedauern anzuschließen. Es ist kein Vorwurf; es ist eine schlichte Feststellung.

Meine Fraktion hat auch gar keine Probleme damit, dem Antrag der CDU zuzustimmen. Aber daß wir heute keine gemeinsame Entschließung zustande bringen, nachdem wir doch alle erklärt haben, in der Sache eigentlich dieselbe Auffassung zu teilen, ist nicht nur betrüblich, sondern es ist ein Armutszeugnis für dieses Parlament. Deshalb ist es meine herzliche Bitte an die Freundinnen und Freunde von der CDU, noch einmal in sich zu gehen und sich die Frage zu stellen, ob sie sich der Entschließung, die wir formuliert haben, nicht doch anschließen können.

(Beifall bei der F.D.P. -
Meinhard Füllner [CDU]: Herr
Maurus hat doch einen
Vorschlag gemacht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der gemeinsame Antrag der hier genannten Fraktionen ist in einem längeren Prozeß der Abstimmung untereinander zustande gekommen, an dem Sie, Frau Volquartz, Ihre Fraktion, ausdrücklich beteiligt waren. Das heißt, das, was heute hier auf dem Tisch liegt, ist Ihnen nicht neu.

Ihre Bereitschaft, nun doch auf uns alle zuzugehen, in allen Ehren, aber nachdem dieser Prozeß so abgelaufen ist und wir uns über jedes Wort - und sehr genau insbesondere über diese beiden Vokabeln von „bedauert“ und „bittet“ - abgestimmt haben, können Sie von uns jetzt nicht erwarten, daß wir diesen Satz, nur um Ihnen diese Brücke zu bauen, streichen. Das müssen Sie schon verstehen. Dieser Satz ist eben das Ergebnis dieses Gesprächs.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich jetzt nicht noch einmal mit Ihren Argumenten auseinandersetzen, auch nicht mit Ihren Argumenten, Herr Maurus. Bei allem Verständnis für den Druck, den Spardruck, unter dem die Bildungswissenschaftliche Universität steht und stand, hat sie den Weg gewählt, sich ein hochsymbolisches Projekt auszuwählen, nämlich das Friesische, in dem klaren Bewußtsein, daß dies die entsprechende öffentliche Wirkung haben würde. Ich finde, Sie begeben sich auf genau diesen Weg, wenn Sie diesen Druck von dort wegnehmen und ihn auf die Landesregierung richten mit dem Ziel, einer Universität in dem Bemühen, sozusagen eine politische Auseinandersetzung zu provozieren, auch noch Hilfestellung zu leisten.

Wir möchten davon wegkommen und unseren Blick wirklich auf diese minderheitspolitische Frage richten.

(Unruhe)

- Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch eine Minute lang zuhören könnten; es haben sich ja noch mehrere Redner gemeldet, und vielleicht gibt es auch noch einen Weg der Verständigung oder des Nachdenkens bei Ihnen. Ich möchte Ihnen nämlich wirklich ernsthaft in Ihr minderheitenpolitisches Gewissen reden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das brauchen Sie nicht!)

Es wäre seit fünf Jahren das erstmal,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wir appellieren an Ihr hochschulpolitisches Gewissen!)

daß es uns nicht gelingen würde, einen minderheitenpolitischen Antrag hier einstimmig zu beschließen. Es würde der Minderheitenpolitik in diesem Lande nachhaltig schaden, wenn uns dies heute nicht gelänge.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Deswegen sage ich: Die Hochschuldiskussion, die Strukturdiskussion ist die eine Diskussion; die werden wir führen, die werden wir anhand des Haushalts führen, die werden wir im nächsten Jahr führen, wenn es um die Strukturen geht. Aber heute geht es schlicht darum, das zu erhalten, wofür ja alle Sprecher des Hauses plädiert haben, und deswegen noch einmal meine Bitte: Springen Sie doch über Ihren Schatten, und erhalten Sie hier die Gemeinsamkeit!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und
SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz für meine Fraktion begründen, weswegen ich Schwierigkeiten mit dem Antrag der CDU habe. Es ist ja vielleicht doch wichtig, das hier noch einmal zu sagen. Das hat mit diesem Berührungspunkt von Hochschulautonomie und Verantwortung des Landes zu tun.

Das kommt, wie ich finde, in dem Mehr-Fraktionen-Antrag deutlich zum Ausdruck, und deswegen finde ich es auch gerechtfertigt, an dieser Stelle auf die Entscheidung der Hochschule zu reflektieren und dem die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtages gegenüberzustellen. Dafür bitte ich ganz inständig um Ihre Unterstützung. Es wäre für das Friesische in unserer Region wirklich der

beste Weg, wenn uns dies gelingen könnte, Herr Maurus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Landtag und Landesregierung haben in den vergangenen Jahren im fraktionsübergreifenden Konsens große Anstrengungen unternommen, um die Voraussetzungen für eine langfristige und umfassende Förderung der friesischen Sprache und Kultur zu verbessern. Sie haben - Landesregierung und Landtag - dieses Anliegen mit Erfolg und in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Organisationen der Friesen Schritt für Schritt vorangebracht. Ich möchte den Organisationen und den Vereinen der Friesen sehr herzlich dafür danken, daß sie sich mit ihrem unermüdlichen Einsatz und in unzähligen Stunden ehrenamtlicher Arbeit dafür eingesetzt haben. Ohne ihr Engagement wären wir nicht so weit, wie wir in Schleswig-Holstein sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Minderheitenpolitik findet positive Resonanz weit über die Landesgrenzen Schleswig-Holsteins hinaus. Das wichtigste Identitätsmerkmal der Friesen ist ihre eigene Sprache. In Nordfriesland einschließlich Helgoland sprechen etwa 10 000 Menschen Friesisch. Insgesamt können 20 000 Menschen Friesisch verstehen. Wenn wir noch häufiger Debatten auf friesisch haben, dann werden aus den 20 000 sicherlich bald mehr. Ich habe festgestellt, daß ich, obwohl

ich weder zu den Söl'ringern noch zu den Festlandsfriesen gehöre, durchaus einiges habe verstehen können. Es macht Spaß, dieser schönen Sprache zuzuhören.

Dem Schutz der friesischen Sprache hat die schleswig-holsteinische Landesregierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wir haben eine Reihe von Initiativen eingeleitet. Ich möchte einige beispielhaft nennen.

Wir haben uns - dies ist schon angesprochen worden - mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung für einen Schutz des Friesischen nach Teil III der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen eingesetzt.

Zu der im CDU-Antrag erwähnten sprachlichen Früherziehung und der Förderung in der Schule haben wir nicht nur Konzepte entwickelt, sondern wir haben sie bereits erfolgreich erprobt. In nahezu allen öffentlichen Schulen im nordfriesischen Sprachgebiet und an einzelnen Schulen der dänischen Minderheit wird in den Grundschulen, und zwar mit Schwerpunkt in den Klassenstufen drei und vier, und in einigen weiterführenden Schulen in der Orientierungsstufe unterrichtet. Das Land stellt dafür zusätzliche Planstellen zur Verfügung. Im laufenden Schuljahr werden dafür insgesamt 146 Lehrerstunden an 28 Schulen aufgewendet; 1162 Schülerinnen und Schüler erhalten friesischen Sprachunterricht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die Lehrkräfte bilden sich regelmäßig in einem Arbeitskreis Friesisch fort, der beim Institut für Theorie und Praxis der Schule angesiedelt ist.

Vor wenigen Wochen, am 31. Juli, ist ein **Modellversuch** der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung an zwei Standorten des nordfriesischen Sprachgebiets, und zwar in Süderende auf

Föhr und in Risum-Lindholm, zu Ende gegangen. Der Modellversuch wurde je zur Hälfte vom Bund und vom Land Schleswig-Holstein finanziert.

In dem Versuch wurde erprobt, ob sich die friesische Sprache und Kultur dadurch nachhaltig sichern und in Teilen wiederbeleben läßt, daß Kinder bereits im Kindergartenalter und anschließend in den Klassenstufen eins bis vier an die Sprache und Kultur herangeführt werden. Ohne den Abschlußergebnissen vorgreifen zu wollen, können wir heute schon sagen: Der positive sprachliche Effekt ist nachprüfbar. Das Ergebnis der Sprachförderung ist ausgesprochen gut. Aufbauend auf ausgewählten und vertrauten Alltagssituationen der Schülerinnen und Schüler werden im Friesischunterricht Lebensgewohnheiten, geschichtliche Kenntnisse, aktuelle Fakten der Gegenwart und Kenntnisse aus Geschichte und Kultur vermittelt. Auf spielerische Art lernen die Kinder die Sprache, die sie teilweise schon von Nachbarn oder von Großeltern kennen. Auch nach Beendigung des Modellversuchs wird an sieben Schulstandorten Friesischunterricht in den Klassenstufen eins bis vier durchgängig angeboten.

Die Friesischförderung in den beiden Kindertagesstätten wird künftig durch die Träger der Einrichtungen selbst organisiert. Nach intensiven Beratungen vor Ort hat zum Beispiel die Kirchengemeinde St. Lorentii die Entscheidung getroffen: Wir Föhringer nehmen die Sache auch finanziell selbst in die Hand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie! - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Beispielhaft in dieser Förderung ist auch die Initiative des Friesenvereins Söl'ring Forüning auf Sylt. Das Modell des von ihm organisierten und finanzierten friesischen Kindergartens läßt sich grundsätzlich auch auf andere Orte übertragen. Zur Zeit prüfen wir gemeinsam mit der Sozialministerin, inwieweit mehrsprachige Gruppen in Kindertagesstätten besonders gefördert werden können.

Das **IPTS** wird seinen Arbeitskreis „Friesisch“ auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten öffnen,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

so daß wir auch hier vorankommen.

Wir haben festgestellt, daß der Sprachunterricht für die Kinder im übrigen auch verstärkt Erwachsene lockt. Die Erwachsenen wollen verstehen, was ihre Kinder bei Schulveranstaltungen auf friesisch sprechen. Im vergangenen Jahr besuchten 146 Erwachsene Sprachkurse der Volkshochschulen und Ortskulturringen; offensichtlich, Frau Fröhlich, waren Sie auch dabei. Zusätzlich veranstalteten die Friesenvereine noch Sprachkurse.

Überall in Städten und Gemeinden gibt es Aktivitäten, die die schulische Sprachförderung unterstützen. Kinderchöre tragen friesisches Liedgut vor. Es gibt die friesische Herbsthochschule. Es gibt Volks- und Trachtengruppen, friesisches Kinder- und Puppentheater, und es gibt Friesischseiten in den Zeitungen.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß Friesisch zum Glück immer noch eine lebendige Sprache und Kultur ist, die im Lebensalltag einen festen Platz hat. Die

Verantwortung für die Förderung dieser Kultur und Sprache hat die Landesregierung zu keinem Zeitpunkt aus den Augen verloren. Das gilt auch für die Verantwortung, qualifizierte Studienmöglichkeiten für Friesisch zu gewährleisten.

Seit 1976 gilt es eine C3-Professur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Diese Professur bleibt unverändert bestehen. Mit ihr wird im Schwerpunkt die wissenschaftliche Ausbildung in Friesisch und verwandten Sprachen abgedeckt. 1989 wurde in Flensburg eine weitere Professur für Friesisch besetzt, nachdem zuvor nur Lehraufträge im Umfang von bis zu vier Stunden an der damaligen Pädagogischen Hochschule Flensburg angeboten wurden. Das Fach Friesisch wird in Flensburg erst seit 1989 als Schulfach angeboten. Wir werden diese Studienmöglichkeiten an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg erhalten. Die Landesregierung wird eine Reduktion auf das ursprüngliche Niveau nicht akzeptieren. Dies wurde auch der Hochschule bereits deutlich gemacht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das Ganze liegt an den fehlenden Millionen!)

Es würde sich dabei um eine Änderung des Studiengangs handeln, dem die Landesregierung nicht zustimmen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Aufrechterhaltung des Friesischangebots bei gleichbleibender Qualität, der Erhalt einer Professur für die friesische Sprache sind unsere gemeinsamen Ziele. Dies werden wir gemeinsam mit den Friesen und der Hochschule weiter diskutieren, und wir werden nach einem Kompromiß suchen. Herr Dr. Klug hat ja auch angedeutet, daß wir hier

Kompromißspielräume haben; diese wollen wir ausloten.

Ich habe die Bildungswissenschaftliche Hochschule in Flensburg aufgefordert, im kommenden Semester das Angebot für Friesisch im Umfang des Status quo zu sichern. Bis zu einer endgültigen Entscheidung soll also kein Vakuum entstehen.

Ich bin zuversichtlich, daß wir in den anstehenden Gesprächen - der nächste Gesprächstermin mit der Bildungswissenschaftlichen Hochschule ist am 9. Oktober - mit allen Beteiligten doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Ich nehme noch einmal auf: Das gemeinsame Ziel ist der Erhalt der Friesisch-Professur. Wichtig ist - das ist mehrfach deutlich geworden; Sie sehen, daß wir es uns nicht einfach gemacht haben, auch jetzt in der Diskussion am Rande nicht -, daß wir ein möglichst einstimmiges Votum abgeben. Wir schlagen vor, über den Antrag in der Drucksache 14/248 abschnittsweise abzustimmen, und hoffen, daß wir so zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

(Zuruf des Abgeordneten
Meinhard Füllner [CDU])

Wir stimmen dem Antrag insgesamt zu.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD] und
Irene Fröhlich [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit
Ihrem Antrag?)

Ich gehe davon aus, daß Sie dann auch unserem Antrag zustimmen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

- Das ist der Versuch, hier noch zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ich appelliere damit an die linke Seite des Hauses. Das Ziel, das wir erreichen wollen, ist doch das gleiche.

(Holger Astrup [SPD]: So wie
Sie geredet haben, eben nicht! -
Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat mancher hier gesagt, wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren. Ich möchte dazu unseren Präsidenten zitieren, der gesagt hat, es soll von diesem Landtag ein möglichst breites Signal in bezug auf die Förderung des Friesischen, unser Engagement für das Friesische und die dringende Bitte an die Hochschule - als Unterstützung für die Regierung, in einen gemeinsamen Prozeß einzutreten - ausgehen. Wenn dies das Gemeinsame ist, dann muß es nach unserer Meinung als Sozialdemokraten möglich sein, daß wir die Differenzierung, die Sie in bezug auf den Mehrfraktionenantrag einbringen, genauso respektieren, wie Sie bei uns respektieren würden, wenn es von einem, der diese gemeinsame Resolution unterzeichnet hat, auch bei Ihrem Antrag einen abschnittweisen Abstimmungswunsch geben würde. Es ist wichtig, daß wir am Ende in der Schlußabstimmung beiden Anträgen die

gemeinsame Zustimmung dieses Hauses geben können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dies ist meine Bitte. Wir sollten jetzt bei den Gästen, die in der Erwartung in diesen Landtag gekommen sind, daß ihr Anliegen ernsthaft behandelt wird, nicht am Ende den Eindruck entstehen lassen, als ob uns - wie man sagen kann - Nickeligkeiten hier und da und manches nicht so glückliche Wort in der Debatte, das sich im Text nicht findet, für uns bestimmend sind.

Ich bitte darum, daß Sie akzeptieren, daß wir Sozialdemokraten völliges Verständnis dafür haben, wenn der Präsident als engagierter Abgeordneter an mancher Stelle auch sehr massiv deutlich macht, daß er sich in seiner Vertretung für das Anliegen des Friesischen nicht richtig berichtet fand. So hat es manches in der Debatte gegeben, worüber die Geschichte hinweggehen wird. Wenn wir am Ende eine gemeinsame Beschlußfassung haben, wird das registriert werden können. Ich hoffe, daß wir das zusammenbekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dem Interesse der Sache wäre es dienlich, wenn wir zu einem Konsens fänden. Wenn wir völlig auseinanderliefen, würde es der Sache überhaupt nicht dienen. Andererseits muß man auch sagen, Herr Maurus, Ihre Art aus, dem Friesengremium zu zitieren, kann bei den meisten keine Zustimmung finden.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist der Punkt!)

Ich meine, daß es nicht die richtige Art war, das hier so vorzubringen. Es wäre nicht nötig gewesen, und es wird auch unterschiedlich gesehen.

Wir vom SSW sind dafür, daß wir über getrennte Abstimmungen - und das ist hier so vorgeschlagen worden - und in einer abschließenden Abstimmung zusammenfinden. Dem Verfahren könnten wir uns anschließen. Das wäre eine gute Lösung.

Was uns noch ein wenig bedrückt, ist die Bemerkung, die seitens der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion im Hinblick auf die Ausschußüberweisung gefallen ist. Daß das Thema nur dort behandelt werden soll, ist uns nicht genug.

(Ursula Röper [CDU]: Wir sind jetzt doch schon weiter!)

- Das ist richtig! Aber für uns ist das nicht genug. Wir sehen schon in dieser Situation, daß ein weiterer Handlungsbedarf besteht. Das haben wir auch deutlich gemacht. Ich hoffe, daß wir bei der Abstimmung einen Konsens finden und dort zusammenfinden. Es dient diesem Hause, und es dient auch dem Friesischen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, werden wir jetzt über beide Anträge jeweils abschnittsweise abstimmen und abschließend eine Gesamtabstimmung durchführen. Ist das von den Fraktionen so gewollt? - Das ist der Fall.

(Unruhe)

Gibt es noch Beratungsbedarf? - Nein.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/243, abstimmen. Ich lasse zunächst über den ersten Absatz, beginnend mit „Die friesische Volksgruppe...“, abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Absatz ist einstimmig angenommen.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz, beginnend mit „Der Erhalt...“, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Absatz ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich lasse über den dritten Abschnitt, beginnend mit „Sprachliche Früherziehung...“, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Absatz ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den gesamten Antrag in der so geänderten Form abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ursula Röper [CDU]: Nicht in der geänderten Form! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich lasse über den Gesamtantrag in der geänderten Form abstimmen, denn der dritte Absatz, Frau Kollegin Röper, ist abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt also zur Abstimmung über den Gesamtantrag in der nun vorliegenden Form, das heißt über die Absätze 1 und 2, mit Ausnahme des Absatzes 3. So war es gewollt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig so angenommen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] - Zurufe von der CDU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein ungewöhnliches Verfahren, aber es ist von Ihnen so gewollt.

Wir werden jetzt ebenfalls absatzweise über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW, Drucksache 14/248, abstimmen. Ich lasse zunächst über den ersten Absatz abstimmen, beginnend mit „Die Förderung des Friesischen...“. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so angenommen.

Ich lasse über den zweiten Absatz, beginnend mit „Der Schleswig-Holsteinische Landtag...“, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Abschnitt ist gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Dann lasse ich über den dritten Absatz, beginnend mit „Der Landtag...“, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Er ist einstimmig angenommen.

Ich lasse über den Antrag in nicht geänderter Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung des Abgeordneten de Jager ist er angenommen.

(Beifall)

Was lange währt, wird endlich gut!

(Unruhe)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die den Saal verlassen möchten, dies leise zu tun. Meine Damen und Herren, die Lautstärke ist wirklich nicht zumutbar. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 - -.

(Meinhard Füllner [CDU]: Punkt 23, Hochschulen!)

- Bei mir war angekommen, daß wir jetzt den Tagesordnungspunkt 17 behandeln wollten. - Gut, wenn sich die Fraktionen so verständigt haben, wird das so gemacht.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 23 auf:

Strukturkonzept für die Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/244

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die fortdauernde Konzeptionslosigkeit dieser Landesregierung im Bereich der Hochschulpolitik zwingt meine Fraktion heute erneut dazu, Ihnen einen Antrag vorzulegen, mit dem die Regierung aufgefordert wird, vor Eintritt in die Beratungen zum Haushalt 1997 ein strukturelles Konzept für die Hochschulen unseres Landes vorzulegen. Bis zum heutigen Tag hat diese Landesregierung nämlich nicht zu erkennen gegeben, von welchen wissenschafts-, bildungs- und forschungspolitischen Leitlinien die Hochschulplanung dieses Landes in den kommenden Jahren geprägt sein soll.

Vorgelegt wurden lediglich Sparvorgaben, die sich dann noch über ein Wochenende um Millionenbeträge veränderten, gleichzeitig aber ohne jegliche strukturelle Vorgabe sind. Wer so handelt, der schafft ein unerträgliches Klima der Planung und Sicherheit an unseren Hochschulen.

Völlig zu Recht haben die Hochschulen unseres Landes darauf aufmerksam gemacht, daß die geforderte **Sparquote** keineswegs durch lineare Kürzungen in allen Bereichen verwirklicht werden kann. Vielmehr wären vertikale Schnitte unter Aufgabe von Studiengängen, Instituten und Leistungspotentialen in Lehre und Forschung unabdingbar, die selbst die Schließung größerer Institute einschließen müßten.

Die Autonomie der Hochschulen zu respektieren und zu stärken, ist auch das Ziel meiner Fraktion. Wer aber eine Finanzpolitik betreibt, die an den Hochschulen zur Schließung ganzer Institute, zur Aufgabe ganzer Studiengänge und zu einem erheblichen Abbau von Studienplätzen führen wird, der verändert die Struktur unserer Hochschulen. Wer aber die **Struktur** unserer Hochschulen in einem solchen Umfang verändern will, kann die Verantwortung hierfür nicht einfach unter Mißbrauch des Stichwortes Hochschulautonomie auf die Rektorate abwälzen. Es ist vielmehr die Aufgabe der Landesregierung, die **Landeshochschulplanung** fortzuentwickeln, und es ist Ihre Aufgabe, Frau Böhrk, strukturelle Rahmendaten zu setzen. Anstatt dieser Aufgabe gerecht zu werden, versuchen Sie, den Hochschulen den Schwarzen Peter zuzuschieben. Eine solche Politik ist unverantwortlich.

Noch am 13. Oktober 1995 hatte Ihre Amtsvorgängerin, Frau Tidick, in einem Schreiben an die Rektorate der Hochschulen formuliert - ich zitiere -: „Unverändert gilt die Aussage des Landeshochschulplanes, daß die Hochschulen personell und materiell weiter ausgebaut werden müssen.“

Wenn nun innerhalb eines Kalenderjahres die Prioritäten so verändert werden, daß an die Stelle des weiteren Ausbaus die Ankündigung des massiven Abbaus tritt, wird das in diesem Schreiben ebenfalls angesprochene Ziel - ich zitiere wiederum -, „insgesamt eine größere Planungssicherheit für alle Beteiligten zu erreichen“, in sein Gegenteil verkehrt.

Völlig zu Recht macht der Senat der Christian-Albrechts-Universität in einem einstimmig gefaßten Beschluß darauf aufmerksam, daß die geplanten Vorgaben für die Kürzungen des Universitätshaushaltes in den Jahren 1997 bis 1999 nicht zu realisieren sind. Das gilt im übrigen nicht nur für die CAU, sondern auch für die übrigen Hochschulen unseres Landes.

Die Setzung dieser Vorgaben ist offensichtlich erfolgt, bevor detaillierte Planungen angestellt wurden, in denen die Realisierbarkeit der Ansätze überprüft wurde.

(Beifall der Abgeordneten
Angelika Volquartz [CDU])

Die Umsetzung dieser Planungen würde nicht nur eine Vernichtung von Lehrkapazität in einem unzumutbaren Ausmaß nach sich ziehen, sondern auch die Möglichkeiten der Qualifizierung junger Absolventen nachhaltig beschädigen. Die vorgesehene massive Reduzierung der Zuschüsse bei gleichzeitiger Ankündigung der Erhöhung der Studierendenzahlen ist an sich schon grotesk. Wenn ich aber dann noch berücksichtige, daß diese Landesregierung ausweislich des Koalitionsvertrages die Sicherung der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung als Schwerpunktaufgabe bezeichnet hat und wenn ich dann die Wirklichkeit ihrer Politik sehe, dann bin ich geneigt, August Bebel zu zitieren, der einmal formuliert hat: „Seht euren Führern auf die Hände und nicht auf den Mund.“

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu aberwitzig, wenn der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Mehrheitsfraktion, Herr Dr. Rossmann, in einer Pressemitteilung vom 4. September 1996 erklärt:

(Holger Astrup [SPD]: Um 16 Uhr!)

„Schleswig-Holstein steht im Bundesvergleich mit seiner Hochschulpolitik gut da.“

(Holger Astrup [SPD]: Da hat er recht! - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das stimmt!)

Das Gegenteil ist richtig. - Hören Sie sich die Zahlen gern einmal an.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt das Land Schleswig-Holstein mit seinen Aufwendungen für die Hochschulen in Relation zum Gesamthaushalt deutlich hinter allen anderen Flächenländern.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wissen Sie, wie sich die Relationen entwickelt haben?)

Die Ausgaben Schleswig-Holsteins betragen für die Hochschulen gerade 2,8 % des Gesamthaushaltes. Bei der Personalausstattung liegt Schleswig-Holstein im Bundesgebiet mit weitem Abstand an letzter Stelle. Bezogen auf 10 000 Einwohner beträgt die Zahl der Personalstellen in Schleswig-Holstein 15,4. Zum Vergleich: In Niedersachsen sind es 30,5 und in Nordrhein-Westfalen 30,5, in Hessen 36,4 und im Saarland 33,1. Das sind die Fakten! Im Vergleich zu anderen Bundesländern wird bei den Ausgaben im Bereich der Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein weit unterdurchschnittlich investiert. Das müssen wir ändern, meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Bereich verantwortliche Politik betreiben wollen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nennen Sie einmal die Zahlen von 1987 und dann die Zuwachsraten!)

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist es nicht zu verantworten, daß die Landesregierung offenbar beabsichtigt, dem Landtag einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der für den Bereich der Hochschulpolitik ausschließlich unter finanzpolitischen Gesichtspunkten erstellt wurde,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

bei dem wissenschafts-, bildungs- und forschungspolitische Gesichtspunkte überhaupt keine Rolle gespielt haben. Eine solche Politik ist unverantwortlich.

Natürlich werden die Mitglieder der SPD-Fraktion dieses Hauses zum Teil gegen ihre eigene innere Überzeugung unserem Antrag heute ihre Zustimmung verweigern.

(Holger Astrup [SPD]: Wieso das denn?)

Wenn aber die bildungspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Frau Fröhlich, in einer Pressemitteilung vom 3. September für die Hochschulen sinnvolle Strukturveränderungen im Rahmen einer Gesamtplanung anmahnt, dann, meine Damen und Herren von den Bündnisgrünen, müssen Sie unserem heutigen Antrag zustimmen, wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, jede bildungspolitische Glaubwürdigkeit mit Rücksicht auf Ihren Koalitionspartner verspielen zu wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag mit der Drucksachenummer 14/244 vor, in dem es darum geht, die Landesregierung aufzufordern, ein neues Strukturkonzept, das die alte Landeshochschulplanung ablösen soll, bereits zu den aktuellen Haushaltsberatungen vorzulegen. Mit der Drucksache 14/174 hatten wir bereits einen fast gleichlautenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion beraten.

(Holger Astrup [SPD]: Wann war das?)

Ich möchte in aller Kürze darauf hinweisen, daß wir alle die Argumente des Kollegen Geißler, die wir sicherlich noch häufiger austauschen werden, bereits in der 8. Sitzung dieses Landtages am 15. August ausgetauscht haben. Ich verweise insoweit auf die Seiten 440 ff. des Plenarprotokolls, auf denen Sie das nachlesen können.

Ich möchte allerdings doch die Gelegenheit ergreifen, drei ergänzende Bemerkungen zu machen. Die eine Bemerkung bezieht sich auf die Aussage - die Ministerin wird dazu vielleicht noch ein paar Zahlen ergänzen -, daß Schleswig-Holstein in der bundesweiten Hochschullandschaft so extrem schlecht dastehe. Wenn ich mir die Aufwuchszahlen im Investitionsbereich und im Personalaufbaubereich anschau und eine Kurve ansetze, die 1988 beginnt und 1996 endet, und sie dann in den Bundesvergleich stelle, dann sehen wir relativ gut aus.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich denke, das ist für unser Land ordentlich. Die Kurve, wie sie abwärts geht und wie sich der Hochschulbereich im gesamtpolitischen Bereich darstellt, wenn Sie die auch einmal in den Bundesvergleich stellen und mit den anderen Ländern vergleichen, werden wir die Diskussion viel realistischer vor uns haben.

(Holger Astrup [SPD]: Wie war das denn 1987, Herr Kollege?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt nicht zu den Haushaltsberatungen sprechen, weil darüber zu diesem Zeitpunkt hier gar nicht zu reden ist. Ich möchte nur zwei Punkte deutlich sagen.

Erstens. Auffassung der SPD-Fraktion und auch meine Auffassung ist es, daß im Rahmen der Haushaltsberatungen und Haushaltsentscheidungen für 1997 keine irreversiblen Strukturentscheidungen für die Hochschulen gefällt werden dürfen. Es muß ein Haushalt her, der keine irreversiblen **Struktureinschnitte** leistet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweitens. Wenn Sie sich einmal anschauen, wie die Umsetzung in den Hochschulen diskutiert wird, und zwar nicht für die mittelfristige Planung, sondern für den Haushalt 1997, dann stelle ich fest - ich bin mir darin auch sicher -, daß uns das auch gelingen wird. Das heißt, daß wir im Rahmen der **Hochschulplanung**, die wir dann 1997 machen wollen - das haben wir vor einem Monat schon beschlossen; das müssen wir hier heute nicht wieder alles erzählen und auflegen -, natürlich Aufgabenkritik durchführen müssen. Dann wird es in der Tat zu strukturellen Veränderungen kommen. In welcher Größenordnung sie dann liegen werden, wird in diesem Haus zu diskutieren sein, dann nämlich, wenn auch vernünftiges Material vorliegt. Die Hochschulen sind jetzt dabei. Einige Hochschulen sind da schneller, einige langsamer; einige sind weiter, einige sind weniger weit wie zum Beispiel die CAU. Aber auch bei der CAU wird kräftig

nachgeholt. Dann wird man in einen kommunikativen Prozeß eintreten, wenn auch die Hochschulen ihre Positionen entwickelt haben. Diese Aufgabe ist der Regierung abzuverlangen, diese Aufgabe ist dem Parlament abzuverlangen, und diese Aufgabe ist schließlich dem Bildungsausschuß abzuverlangen. Das wird passieren. Den Popanz der strukturellen irreversiblen Entscheidungen müssen wir im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht weiter aufbauen. Der wäre mit uns nicht zu machen. - Wenn Sie es weiter im Detail haben wollen, lesen Sie die Debatte vom 15. August nach!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal frage ich mich - ehrlich gesagt -, ob man mit dem Verlust der Regierungsverantwortung zugleich sein Gedächtnis abgibt. Aber ich will das nicht vertiefen.

Wenn ich mir die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein angucke, muß ich feststellen, daß sich seit 1987 viel getan hat, daß Kurven deswegen selbstverständlich unterschiedlich zu betrachten sind und auch Zahlen unterschiedlich zu betrachten sind, so daß mich das überhaupt nicht überzeugen kann, was Sie eben gesagt haben, Herr Geißler.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Im übrigen weise ich wie mein Vorredner darauf hin, daß wir das Thema bereits am 15. August debattiert haben. Damals haben

Sie gefordert, noch vor den Haushaltsberatungen eine Hochschulstrukturdebatte vom Zaun zu brechen. Das habe ich bereits damals für nicht sinnvoll erachtet, und das halte ich auch heute für nicht sinnvoll; denn die Bekanntgabe des Haushaltsplanes steht unmittelbar bevor. Wir haben gehört, daß es am 10. Oktober soweit sein soll.

Wir meinen, daß eine sinnvolle **Strukturplanung** für die Hochschulen im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte, eigentlich erst nach Abschluß dieser Debatte stattfinden kann. Wir setzen uns dafür ein, daß es 1997 bei vertretbaren Sparmaßnahmen bleibt, die nicht zu Ad-hoc-Strukturveränderungen führen. Es bleibt dabei, daß die Hochschulen 1997 Gelegenheit erhalten, sich ausführlich an der Überarbeitung des Landeshochschulplanes zu beteiligen - wie wir das schon vor einem Monat gesagt haben. Wir können das natürlich jeden Monat wiederholen. Ich möchte allerdings davor warnen. Wenn man viele Kniebeugen macht, dann kann das dem Muskeltraining gut bekommen, wenn man aber ständig Anträge in diesem Hause wiederholt, kann das dem Zusammenhalt in diesem Hause unter Umständen schaden.

(Zuruf der Abgeordneten
Angelika Volquartz [CDU])

Selbstverständlich ist es dann aber Aufgabe der Politik, unter den gegebenen **Finanzbedingungen** zu entscheiden.

Es muß vermieden werden, daß sich schlicht das Recht des Stärkeren durchsetzt. Eine kleine Kostprobe haben wir vorhin bekommen, als wir uns über die Friesisch-Professur unterhalten haben. Die Streichliste zum Beispiel, die das Rektorat der Universität Kiel im Sommer vorgelegt hat, zeigt nämlich eines sehr deutlich: Es werden Einrichtungen und Institute zur Einsparung vorgeschlagen, die innerhalb der Fakultäten in einer Minderheitenposition sind. Das heißt,

sie haben innerhalb der Uni keine starke Stellung, sind oftmals eher randständig.

Wenn wir unsere wissenschaftspolitische Gestaltungspflicht ernst nehmen, sollten und können wir nicht den Hochschulen überlassen, welche Strukturveränderungen vollzogen werden. Wir sollten die Hochschulen nicht zu strukturellen Änderungen zwingen, die sie aufgrund ihrer eigenen Interessenlage möglicherweise nicht überblicken können. Strukturelle Veränderungen bedürfen nun einmal einer wissenschaftspolitischen Entscheidung. Aus dieser Pflicht dürfen und wollen wir selbst uns nicht entlassen.

Zum Innovationspool, der jetzt so stark kritisiert wird, will ich aus grüner Sicht nur soviel sagen: Der dahintersteckende Ansatz, behäbige Institutionen dazu zu bringen, kreativ zu werden, ist und bleibt sinnvoll. Wir müssen einen gewissen Zwang ausüben, damit nicht nur erlangte Besitzstände fortgeschrieben werden. Das sollte aber administrativ nicht mit Sparmaßnahmen vermischt werden. Ich kann verstehen, daß es den logischen Menschenverstand beleidigt, wenn eine Stelle in den Innovationspool abgegeben wird, um dann gestrichen zu werden. Wir müssen verhindern, daß hier ein Mechanismus eingebaut wird, der die Innovationsfreude zweifellos bremst. Daher an dieser Stelle meine Aufforderung an das Bildungsministerium, hier sauber zu trennen, damit transparent wird, was netto für Innovationen überhaupt zur Verfügung steht.

(Ursula Röper [CDU]: Netto und brutto sind schwere Begriffe!)

An die Adresse der Finanzpolitik will ich an dieser Stelle sagen, daß sich die Hochschulen für die schnelle Mark kaum eignen, es sei denn, man versilbert Versuchsgüter der Agrarfakultät oder verabschiedet sich in manchen Bereichen aus der Forschung. Das kann und darf sich Schleswig-Holstein nicht leisten, und Professuren zu haben, die über

keinerlei Mittelbau und wissenschaftliche Angestellte verfügen, kann ebenfalls nicht sinnvoll sein. Ich gehe davon aus, daß das auch niemand will.

Die demographische Entwicklung wird zudem dazu führen, daß wir spätestens ab dem Jahr 2005 mit dem Anwachsen der Studierendenzahlen zu rechnen haben. Wir sind also verpflichtet, hier **Bildungsvorsorge** zu betreiben. Sowohl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch die hiesige SPD lehnen Studiengebühren eindeutig ab. Wenn wir nicht in ein Dilemma geraten wollen, müssen wir uns jetzt Gedanken über die zukünftige **Hochschulfinanzierung** machen. Aus Bonn ist diesbezüglich kein intelligenter Vorschlag zu erwarten, also müssen wir diese Frage auf Länderebene gründlich bearbeiten.

Wir erhoffen uns natürlich, daß wir durch die konsequente Umsetzung der Hochschulautonomie die Binneneffizienz sowie die wirtschaftliche Arbeitsweise erhöhen können. Dies allein wird aber wohl nicht reichen. Es muß verstärkt über **Zusammenarbeit** der unterschiedlichen Hochschulen nachgedacht werden, um Räume, Ausstattung und Personal effizienter zu nutzen.

Der bevorstehende Generationswechsel in der Professorenschaft verpflichtet uns zudem dazu, die Förderung des Nachwuchses, insbesondere des weiblichen Nachwuchses, zu stärken. Nun ist es endlich zur Einigung über das Hochschulsonderprogramm III gekommen, so daß wir in dieser Frage vorankommen können.

Ein Letztes zur aktuellen hochschulpolitischen Debatte im Lande! Wir begrüßen, daß sich die Betroffenen intensiv zu Wort gemeldet haben und es noch tun. Die Aktualisierung der Hochschulplanung in diesem Lande darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Es hat aber auch keinen Sinn, politische Kurzschlüsse zu produzieren. Wir und die beteiligten Vertreterinnen und Vertreter und Verbände

aus den Hochschulen brauchen einen angemessenen Vorlauf, um den Landeshochschulplan fortzuschreiben. Ich hoffe, daß es uns dann gemeinsam gelingt, einen Weg zu finden, die Sparziele mit sinnvollen Reformen zu kombinieren. Wir jedenfalls stehen für eine konstruktive Kooperation mit den Betroffenen bereit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie üblich werden die Regierungsvertreterinnen und -vertreter bei solchen Debatten natürlich auf dem Standpunkt beharren, es sei völlig überflüssig, daß man im Landesparlament über Themen

(Holger Astrup [SPD]:
Wiederholt!)

wie die Einsparung, wiederholt über Einsparungen an den Hochschulen diskutiert. Kollege Astrup, das kennen wir. Die Tatsache jedoch, daß es offensichtlich nicht ganz unwirksam ist, hierüber zu debattieren, kann man an der Entwicklung nach unserer letzten Hochschuldebatte ablesen. Sie wissen, daß wir im August über den Antrag der F.D.P.-Fraktion debattiert haben. Erstaunlicherweise hat es ein paar Tage später von seiten der Landesregierung die Entscheidung gegeben, die der Universität Kiel angedrohten Einsparungen von 6,3 Millionen DM auf 3,3 Millionen DM zu halbieren. Ich will nicht behaupten, daß es allein unser Antrag und die Debatte dazu gewesen sind,

(Holger Astrup [SPD]: Das ist sehr vernünftig, Herr Kollege!)

die hierzu beigetragen haben; es sind vor allem natürlich die wichtigen, die Öffentlichkeit informierenden Beiträge aus den Hochschulen selbst gewesen, die klargemacht haben, welcher Kahlschlag im Hochschulbereich in Schleswig-Holstein drohte, wenn es bei diesen Vorgaben des Landes bliebe. Auf jeden Fall ist deutlich geworden, wie wichtig die politische Meinungsbildung im Parlament ist, denn sie trägt natürlich dazu bei, den öffentlichen Druck auf die Regierung zu erhöhen. Da gibt es sogar Abgeordnete aus den Reihen der Regierungsfractionen, die zu solchen Feststellungen mit dem Kopf nicken. Das ist erfreulich.

Wir haben schon vor einem Monat über dieses Thema gesprochen - nicht ganz ohne Auswirkungen.

(Holger Astrup [SPD]: Sie können sich auch erinnern - das beruhigt mich!)

SPD und Grüne haben damals beschlossen, den von uns erwarteten Bericht über Folgen der drohenden Sparauflagen in die Zeit nach Beschlußfassung über den Landeshaushalt 1997 zu verschieben. Der AStA der Universität Kiel hat diesen von der Regierungsmehrheit durchgesetzten Parlamentsbeschluß dahin gehend auf den Punkt gebracht, daß er feststellte, die Regierungsparteien seien nicht bereit, in parlamentarischer Offenheit über die Folgen ihres Tuns zu beraten. Das ist in der Tat als Schlußstrich, als Fazit aus der letzten Debatte über den SPD-Änderungsantrag festzustellen. Ich rechne nicht damit, daß die Regierung ihre Meinung heute nur deshalb ändern wird, weil die CDU-Landtagsfraktion einen - so muß man wohl sagen - Wiederholungsantrag vorlegt.

(Holger Astrup [SPD]: Realistische Einschätzung!)

Ich erwarte also von seiten der Landesregierung zumindest heute nichts Neues.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die rot-grüne Bildungsabbaukoalition und ihre Hochschulabbruchministerin gehen ihren Weg - wenn vielleicht auch mit kürzeren Schritten - weiter. Der 2prozentige Innovationspool ist immer noch nicht vom Tisch. Allein an der Uni Kiel bewirkt er im Verlauf von fünf Jahren den Wegfall von 250 Stellen. Das ist ungefähr ein Zehntel aller Stellen, die für die bisherigen Ausgaben nicht mehr zur Verfügung stehen.

Als Frau Abgeordnete Fröhlich von der Bedeutung und der Wichtigkeit von Innovation gesprochen hat, hat sie die Tatsache verschwiegen, daß dieser Innovationspool in Wirklichkeit ein verkappter Spartopf ist, da daraus die sogenannten kw-Stellen erwirtschaftet werden sollen, die einmal vor langen Jahren im Landeshaushalt ausgewiesen worden sind, weil man damals dachte, die **Studentenzahlen** gingen zurück. Jeder von uns weiß, daß das Gegenteil eingetreten ist. Vielmehr steht in den nächsten zehn Jahren noch eine weitere Steigerung der Studentenzahlen, vor allem der Studienanfänger, ins Haus.

Außer den Einsparungen in Höhe von mehreren Millionen sind nun für den Haushalt 1997 3,3 Millionen DM angekündigt worden. Das bedeutet, daß nicht 80 Stellen, sondern gut 140 Stellen wegfallen werden. Die entscheidende Frage für die Strukturentwicklung an den Hochschulen ist, wie es in den folgenden Jahren weitergeht. Wenn die Regierung bei ihrem Plan bleibt, den Hochschuletat einzufrieren, heißt das in den Folgejahren pro Jahr jeweils 60 Stellen, die de facto wegfliegen, weil man tarifvertraglich und besoldungsrechtlich

bedingte Ausgabensteigerungen nicht anders bedienen kann als formal auf dem Papier vorhandene Stellen unbesetzt zu lassen. Das weiß jeder, der von der Sache etwas versteht. Deshalb wird eine weitere Politik, wie sie die Landesregierung vor hat und angekündigt hat, dazu führen, daß gewaltige Schneisen in diese Hochschulen, die Universität Kiel und andere, geschlagen werden, so daß zahlreiche Institute, Studienfächer und Fachbereiche wegfallen würden.

Angesichts dieser von der Landesregierung bisher nicht aufgegebenen politischen Pläne erneuere ich meine Kritik aus der letzten Hochschuldebatte: Diese Landesregierung geht mit der Abrißbirne an die Hochschulen des Landes heran. Rot-Grün betreibt damit Raubbau an den Zukunftschancen der jungen Schleswig-Holsteiner. Ungeachtet der Prognosen, daß in den nächsten zehn Jahren ein massiver Anstieg der Studienanfängerzahlen vorausgesagt ist, werden Studienangebote und wissenschaftliche Einrichtungen in diesem Land plattgemacht. Dabei würden allein schon das Einsammeln der zahlreichen überflüssigen Beauftragten, Referate und Kommissionen und ein Abbau unnötiger Funktionsstellen ausreichen, um den Kahlschlag an den Hochschulen zu verhindern.

Wer sich ein kunterbunt zusammengewürfeltes Ministerium leistet, das nichts Besseres zu tun hat, als seine Existenz nach einhundert Tagen mit Sekt zu feiern, straft sich selber Lügen, wenn er behauptet, er käme nicht um den Abbau von Bildungsangeboten und Forschungsmöglichkeiten an unseren Hochschulen herum.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, daß die CDU diesen Tagesordnungspunkt gern zusammen mit dem zuvor beratenen Tagesordnungspunkt beraten hätte. Das ist leider nicht so gekommen. Deshalb wird das jetzt natürlich ein wenig an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht könnte man der CDU den Rat geben, sich einmal darüber zu informieren, wie man Botschaften geschickt herüberbringen kann. Es muß nicht unbedingt Kinesiologie oder NLP sein. Wie gesagt, wir haben das Thema bereits im Rahmen der letzten Landtagssitzung beraten. Darauf wurde schon hingewiesen. Deshalb will ich zu dem Inhalt des vorliegenden Antrags nichts weiter sagen.

Der SSW konnte in der August-Sitzung dem Berichts Antrag der F.D.P. zur Entwicklung der Hochschulen zustimmen. Wir sind bis heute der Meinung, daß ein Bericht als Grundlage für die Haushaltsberatungen sehr sinnvoll wäre. Daher können wir auch ohne weiteres dem CDU-Antrag zustimmen. Die weitere hochschulpolitische Argumentation des SSW bitte ich bei Interesse oder Bedarf im Plenarprotokoll vom 15. August 1996 nachzulesen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Strukturkonzept, das diesen Namen verdient, läßt sich nicht im Schnellschußverfahren machen, wenn es nicht Pfusch werden soll. Wir wollen keinen Pfusch machen, sondern wir wollen eine

Fortentwicklung des Hochschulplans vornehmen,

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie müssen doch ein Strukturkonzept in der Tasche haben!)

um die Hochschulen auch in Anbetracht von sich dramatisch verändernden und dauerhaft schwierigen Finanzrahmenbedingungen fit zu machen.

Wir haben - das ist schon mehrfach gesagt worden - bereits am 15. August darüber gesprochen. Ich habe darüber informiert, in welchen Schritten die Landesregierung vorgehen wird. Der Landtag hat beschlossen, in welchen Schritten er Informationen von der Landesregierung erwartet, die für die Beurteilung des Haushalts 1997 relevant sind.

Ich sage noch einmal sehr deutlich: Übereilte strukturelle Entscheidungen, also Schnellschüsse, zur Vorbereitung des Haushalts 1997 wären gefährlich, und sie sind auch nicht erforderlich; denn die Einsparvorgaben für 1997 werden sich in einer finanziellen Größenordnung bewegen, die grundsätzlich im Rahmen der bestehenden Fächer- und Betriebsstrukturen der Hochschulen erwirtschaftet werden können. Der Haushalt 1997 wird also den Hochschulen keine Sparentscheidungen abverlangen, die irreversibel die künftige Strukturentwicklung der Hochschulen festlegen. Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulen und den betroffenen Gruppen innerhalb und außerhalb der Hochschulen einen Diskussionsprozeß führen, aus dem heraus Zielperspektiven und **Strukturentscheidungen** für das schleswig-holsteinische Hochschulsystem resultieren. Die Perspektiven werden dann die Grundlagen für den Rahmen der Fortschreibung des Landeshochschulplans geben, wie dies vom Landtag erbeten wurde.

Ich beobachte mit einem gewissen Unverständnis die bei einigen Hochschulangehörigen verbreitete Reaktion auf die mittelfristigen Finanzdeckdaten, die größte Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre heraufbeschwören und als Ausweg die Einsparmaßnahmen schlicht in Planstellen umrechnen. Ich halte das zum einen für überzogen und zum anderen für einfalllos. Auch die Hochschulen können als wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft die Ergebnisse und Konsequenzen der Steuerschätzung vom Mai und der absehbar schwieriger werdenden volkswirtschaftlichen Daten für die eigene Zukunft nicht außer acht lassen.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Herr Uwe Erichsen, hat in einem Interview in bezug auf die Hochschulen gesagt:

„Jeder fragt sich: Wie kann ich davon profitieren, daß ich dieser Institution angehöre? Studenten sitzen im Hörsaal und erwarten, daß ihnen etwas geboten wird. Bei den Professoren ist die Vorstellung verbreitet, nur dann etwas bewirken zu können, wenn ihnen etwas zur Verfügung gestellt wird. Die Bereitschaft, sich herausgefordert zu fühlen, ist nicht so groß, wie sie sein sollte.“

Wir müssen aufpassen, daß Erichsen mit seinen Befürchtungen nicht recht behält.

Die Menschen im Lande und auch die Regierung erwarten von den Hochschulen, daß diese Institutionen ihrem Gesamtauftrag und ihrem Eigenanspruch gemäß als Vordenker für die Bewältigung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Probleme agieren sowie auch einen Ideen- und Lösungsbeitrag leisten, wenn es um die Gestaltung der eigenen Zukunft unter stark veränderten Rahmenbedingungen geht. Diese Rahmenbedingungen sind nicht allein - das

habe ich das letzte Mal schon deutlich gemacht - dadurch geprägt, daß künftig weniger Geld für die Hochschulen verfügbar sein wird.

Es ist zu berücksichtigen, daß die studentische Nachfrage in einigen Bereichen, besonders in den Ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereichen, in den letzten Jahren rückläufig gewesen ist und sich noch kein Umkehrtrend zeigt. Strukturen, Inhalte und Ziele vieler Studiengänge bedürfen einer konsequenten Reform, damit sie auf die Anforderungen des Berufsfeldes ausgerichtet sind und so den Absolventinnen und Absolventen eine Arbeitsmarktchance bieten. Technische Entwicklungen und beispielsweise auch die Entwicklungen von Multimedia eröffnen und erfordern neue Wege in der Ausbildung und in der Forschung. Auch die Betriebs- und Verwaltungsstrukturen unserer Hochschulen, die teilweise seit mehreren Jahrzehnten unverändert geblieben sind, müssen unter heutigen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen neu organisiert werden.

Die ernsthaften Auseinandersetzungen mit diesen Rahmenbedingungen in dem vor uns liegenden gemeinsamen Planungsprozeß von Land und Hochschulen werden nach meiner Auffassung nicht nur die Hochschulen fit machen für den schärfer werdenden Wettbewerb - denn auch was die Drittmittel anbetrifft, werden wir in einen stärker werdenden Wettbewerb hineinkommen -, sondern werden im **Hochschulbereich** auch **Einsparpotentiale** aufzeigen, die nicht mit dem Abbau von wissenschaftlichem Personal und Studienplätzen verknüpft sind.

Ich will nun gern noch etwas zur Ausgangslage sagen, damit wir hier keinen Popanz aufbauen. Das Land hat in den vergangenen acht Jahren, weil wir einen erheblichen Nachholbedarf hatten, die Finanzmittel für die Hochschulen von 428 Millionen DM im Jahre 1988 auf 640 Millionen DM im Jahre 1996 gesteigert, also um 46,1 %.

(Beifall des Abgeordneten Dr.
Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Daß dieser Aufwärtstrend in Anbetracht der absehbaren finanziellen Rahmenbedingungen nicht so wird bleiben können und daß wir uns darauf einrichten müssen, damit wir nicht von der Entwicklung plattgewalzt werden, ohne daß wir strukturell darauf vorbereitet sind, ist unstrittig oder sollte jedenfalls unstrittig sein.

Wir haben im gleichen Zeitraum der letzten acht Jahre die Zahl der **Planstellen im Hochschulbereich** von 3 112 auf 3 850 gesteigert; das sind 23,7%. Die **Zahl der Studierenden** hat sich im selben Zeitraum um 24 % erhöht. Das ist in etwa ein Gleichklang hinsichtlich der Planstellen und Studierendenzuwachs.

Und jetzt passen Sie gut auf, weil Sie ja immer den Vergleich mit anderen Hochschulen heranziehen. Die Zahl der Studierenden je Stelle des wissenschaftlichen Personals lag 1992 - das sind die letzten offiziellen erreichbaren Statistiken aller Bundesländer - an den Universitäten Schleswig-Holsteins 9,0, während der Bundesdurchschnitt bei 16,8 lag. Wir müssen also schon genau gucken, daß wir unsere Stärken auch in der schwierigen Zeit nicht kaputtreden; wir haben eine gute Ausgangsbasis und gute Voraussetzungen für unsere Hochschulen.

(Beifall bei der SPD - Glocke der
Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ja, ich komme zum Schluß.

Ein letztes! Die Ausgaben für die Studierenden belaufen sich in Schleswig-Holstein für alle Hochschulen auf 16 473 DM im Vergleich zu den alten Bundesländern mit 13 192 DM. Und auch bei den Universitäten ohne Klinika sind es pro Student rund 13 000 DM, während es im Bundesdurchschnitt 11 000 DM sind. Das heißt, wir haben eine gute Ausgangsbasis, mit der wir die bevorstehenden Herausforderungen bestehen können.

Wir haben seit 1993 auch noch weiter draufgesattelt, also zu einer Zeit, in der andere Hochschulen schon starke Einsparprogramme beginnen mußten.

Ganz kurz noch, wie es weitergeht, Frau Präsidentin! Es ist vereinbart, daß die Rektorate uns bis Anfang Oktober Stellungnahmen zu den **Umsetzungsmöglichkeiten** und Auswirkungen der mittelfristigen Finanzdaten geben. Dies wird nach meiner Einschätzung noch keine Entscheidung über die künftigen Strukturen sein, sondern es ist praktisch nur eine Szenarienbeschreibung. Die Stellungnahmen werden dann die Grundlage für weitere vertiefende Gespräche sein. Ich werde im November zu einer Sitzung der Kommission Hochschule und Forschung einladen, auf der das Ministerium und die Hochschulen ihre Vorstellungen über die künftigen Entwicklungen unter den geänderten finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen darstellen. Wir werden darauf aufbauend eine Gesamtschau für das schleswig-holsteinische Hochschulsystem eröffnen. Ich denke, wir haben nur dann eine Chance, für unsere Hochschulen eine gute Zukunftsperspektive zu entwickeln, wenn wir in dem Planungsprozeß mit den Hochschulen zusammenarbeiten und wenn wir viel Sorgfalt in die Planung investieren. Das haben wir vor, damit unsere Hochschulen zukunftsfähig bleiben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich darf den Antragsteller fragen, ob ich recht in der Annahme gehe, daß hier in der Sache abgestimmt werden soll.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ja!)

Dann bitte ich um das Handzeichen, wer für diesen Antrag ist. - Die Gegenstimmen? -

(Zuruf von der CDU: Das erstere war die Mehrheit! - Holger Astrup [SPD]: Das könnte Ihnen so passen!)

Stimmhaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Damit kommen wir heute zum letzten Tagesordnungspunkt. Es ist dies Tagesordnungspunkt 17:

Entschließung zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/230

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/255

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile zunächst das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eher zurückhaltende Schätzungen wissenschaftlicher Untersuchungen gehen davon aus, daß 10 % der Bevölkerung ausschließlich oder überwiegend gleichgeschlechtlich orientiert sind. Das bedeutet, daß rund 227 000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner über 16 Jahre Männer und Frauen desselben Geschlechts lieben. Obwohl in den letzten Jahren - auch darüber gibt es Untersuchungen und Berichte - in der Gesellschaft das Verständnis für die Situation von **Lesben** und **Schwulen** und deren Akzeptanz deutlich zugenommen hat, werden sie rechtlich nach wie vor benachteiligt wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe. Durch die seit Jahrzehnten überfällige Abschaffung des berüchtigten § 175 des Strafgesetzbuches und die Einführung gleicher Schutzaltersgrenzen für Hetero- und Homosexualität ist erst recht deutlich geworden, daß Lesben und Schwule in zahlreichen anderen Bereichen des Rechts ihr Leben lang benachteiligt werden.

Einige Beispiele möchte ich dafür nennen, um das zu belegen. Homosexuelle bleiben ihr ganzes Leben lang in der Steuerklasse I, selbst wenn sie mit einer Partnerin oder einem Partner in gleicher Weise zusammenleben wie verheiratete Heterosexuelle. **Gleichgeschlechtliche Partnerschaften** bleiben von sämtlichen Vorteilen, die Verheirateten eingeräumt werden, ausgeschlossen. Mögliche **Nachteile** müssen sie jedoch hinnehmen. So wird zum Beispiel bereits heute bei der Berechnung von Sozialhilfeansprüchen das Einkommen der Partnerin/des Partners einer homosexuellen Lebensgemeinschaft angerechnet. Erkrankt oder stirbt einer der Partnerinnen oder Partner, erhält der oder die andere keine Auskünfte von Ärzten, Krankenhäusern, Versicherungen und Behörden, weil sie jeweils nicht als Angehörige gelten. Das nimmt unter Umständen dramatische Formen an. Ich glaube, ich kann Ihrer Phantasie überlassen, sich das auszudenken.

Er oder sie muß aus dem gleichen Grund weiter damit rechnen, die gemeinsame Wohnung räumen zu müssen, wenn im Krankheits- oder Todesfall der Partner/die Partnerin wegfällt. Stirbt der Partner/die Partnerin, kann der andere/die andere die Erbschaft nur zu den steuerlich ungünstigsten Bedingungen antreten. Ausländische Partnerinnen/Partner einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft mit einer oder einem Deutschen erhalten dadurch kein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Auch dazu gibt es inzwischen dramatische Einzelfälle, die auch hier bekanntgeworden sein sollten.

Das **Europäische Parlament** fordert in seiner **EntschlieÙung zur Gleichberechtigung** von Lesben und Schwulen die Beseitigung jeglicher rechtlicher Ungleichheit aufgrund der sexuellen Veranlagung und wertet die Nichtzulassung von homosexuellen Paaren zur Eheschließung ausdrücklich als eine solche Ungleichbehandlung. In den Niederlanden hat sich eine überwältigende Mehrheit des Parlaments für die Zulassung von Ehen gleichgeschlechtlicher Partner und Partnerinnen ausgesprochen, mit vollen Rechten, einschließlich des Adoptionsrechts. In Dänemark, Norwegen, Schweden und Island wurde bereits das Rechtsinstitut einer registrierten Partnerschaft geschaffen, die homosexuellen Paaren mit der einzigen Ausnahme des Adoptionsrechts die gleichen Rechte wie Ehepaaren einräumt. Dabei bleibt mir unverständlich, warum das Adoptionsrecht ausgeschlossen bleibt.

Das **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** vom Oktober 1993 hat nicht - wie in der Öffentlichkeit häufig mißverstanden - die Zulassung von Partnerinnen/Partnern gleichen Geschlechts zur Ehe generell ausgeschlossen, es hat lediglich als nicht zwingend angesehen, daß man die Benachteiligungen homosexueller Lebensgemeinschaften allein auf diesem Weg abschaffen könnte.

Es hat ausdrücklich gefordert, diese Benachteiligung aufzuheben. Das Gericht konnte zwar für den Zeitpunkt des Urteils „keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen grundlegenden Wandel des Eheverständnisses in dem Sinne erkennen, daß der Geschlechtsverschiedenheit der Ehepartner keine prägende Bedeutung mehr zukäme“, es hat diese Beschränkung auf Partner verschiedenen Geschlechts aber nicht als zwingend angesehen, sofern sich dieses Verständnis von Ehe in der öffentlichen Meinung wandelt.

Dieser **Bedeutungswandel** hat inzwischen stattgefunden. Das zeigen Zahlen von Meinungsforschungsinstituten sehr deutlich, wie zum Beispiel von EMNID und Forsa, die in diesem Sommer eine Umfrage gemacht haben, in der sich übereinstimmend 49 % der Bundesbürger für eine Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften ausgesprochen haben. 46 % waren dagegen. Es ist also eine ziemlich starke gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung zu verzeichnen. Aber 1993, also noch vor drei Jahren, haben nur 31 % der Befragten die Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften befürwortet.

Das heißt, wenn die Politik an dieser Stelle anfängt, sich mit diesem Tatbestand, mit dieser Lebensform und auch mit den Problemen auseinanderzusetzen, dann kann ein gesellschaftlicher Meinungswandel bewirkt werden. Genau auf diesen zielt unser Antrag und zielen auch die Maßnahmen, auf die wir uns im Koalitionsvertrag geeinigt haben, ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung von **Lesben und Schwulen mit Heterosexuellen**. Dies schließt die Zulassung von Partnerinnen und Partner gleichen Geschlechts zur Ehe mit ein. Wir hoffen, daß die Bundestagswahl 1998 im Bundestag eine Mehrheit dafür schafft. Bis dahin aber muß, der Vorgabe des

Bundesverfassungsgerichts folgend, die Benachteiligung von Lesben und Schwulen durch ihre Nichtzulassung zur Ehe aufgehoben werden.

Die Koalitionspartner haben eine aktive Antidiskriminierungspolitik vereinbart, die von einem beim Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau angesiedelten **Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen** koordiniert werden wird. Wir begrüßen es, daß sich die Landesregierung allem Anschein nach im Haushaltsplanentwurf 1997 erstmals anschickt, Projekte zur Förderung von lesbischer und schwuler Emanzipation zu fördern. Vorgesehen sind unseres Wissens 300 000 DM. Eine solche Förderung hat es bisher in geringem Umfang im Rahmen der Aidsprävention gegeben. Für uns ist es aber besonders wichtig, daß man das Phänomen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen nicht automatisch mit dem Stempel Aids und Aidsprävention versieht, sondern daß man ihm ein eigenständiges Recht und auch eine eigenständige Legitimation zuerkennt. Für 1997 hoffen wir also auf eine Verbesserung der Situation in Schleswig-Holstein.

Jetzt komme ich kurz noch zu zwei mir vorliegenden zusätzlichen Papieren. Zunächst zum **F.D.P.-Antrag**. Die F.D.P. hat auf Bundesebene - ihr Vorsitzender, Herr Gerhardt, hat dazu Stellung genommen - einen Antrag eingebracht, der zwar den gleichgeschlechtlichen Paaren die Eintragung beim Standesamt ermöglichen, ihnen aber nur zum Teil die Rechte von Ehepaaren zugestehen will. Herr Gerhardt hat ausdrücklich gesagt, daß es ihm nicht darum geht, „die homosexuellen Lebensgemeinschaften mit der Ehe gleichsetzen zu wollen“.

Ich will jetzt nicht weiterzitiere, weil das zu weit führt und weil ich nicht mehr so viel Zeit habe. Das ist aber der Grund, weswegen wir dem ersten Absatz des F.D.P.-Antrages nicht zustimmen wollen. Wir glauben, an dieser

Stelle kommen wir mit einer so vorläufigen und auch nicht ausreichenden Gleichstellung überhaupt nicht weiter. Wir gehen geradezu in eine Falle hinein und bauen uns selbst eine unnötige Sackgasse. Deswegen möchten wir dem F.D.P.-Antrag lediglich in den zwei weiteren Absätzen folgen.

Mir liegt auch eine Pressemitteilung der **Jungen Union** vor. Darin begrüßt sie die Diskussion zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Es freut uns natürlich, daß sich auch die Junge Union unseren Vorstellungen zumindest in Teilen anschließen kann. Wir hoffen deshalb auch, daß der Zustimmung der **Christdemokraten** in diesem Hause zu unserem Antrag keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß heute mit einem ordentlichen Tagesordnungspunkt in diesem Hohen Hause alle Fraktionen die Chance haben, ihre Position zur **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen** darzustellen. Damit verläßt diese Thematik das Terrain der Zwischenrufe, die an Peinlichkeit zum Teil nicht zu überbieten waren

(Beifall bei SPD und SSW)

und bei denen ich einmal mehr bedauert habe, wie gut ich hören kann.

Heute wird sich die Opposition fragen lassen müssen, ob sie bei ihren doch recht unqualifizierten Bemerkungen zu diesem Thema in der Presse bleiben will. Dazu ein Beispiel. Dietrich Austermann hat auf dem

Kreisparteitag der **CDU** in Itzehoe - soweit ich weiß, ist dieser Herr MdB; ich kenne ihn nicht persönlich - gesagt: „Wir wollen keine Selbsterfahrungsgruppe für schwule Ökobauern.“ Es kommt mir nicht über die Lippen. - Wahrscheinlich Beifall oder Gegröle; denn dafür ist so etwas ja angelegt. Deshalb fanden wir dieses Zitat wohl auch als Zitat des Tages in der „Landeszeitung“ am 6. Juni 1996 wieder. So viel Borniertheit in einem Satz läßt mich einfach nur erschauern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hoffentlich erspart die CDU uns diesen Mann in diesem Hause. Denn - das sage ich genauso ehrlich - mir reicht, was der bisherige Landesvorsitzende, unser Kollege Herr Hennig, in Pressemitteilungen erklärt, die immer lauten: Aber jetzt doch nicht, das paßt doch nicht, nun haben wir kein Geld.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Ich frage: Wann dann, Herr Füllner? Konservative neigen doch stets dazu, Reformen für nicht möglich zu halten und zu sagen, es sei der falsche Zeitpunkt. Wir als Frauen - das sage ich Ihnen - haben damit nachdrückliche Erfahrungen gesammelt.

Natürlich steht die **F.D.P.** in Person ihres Fraktionsvorsitzenden dem auch nicht nach. Aber ich habe keine Lust, das noch einmal zu zitieren. Immerhin haben wir dort erlebt, daß die Anmeldung des Tagesordnungspunktes Wirkung gezeigt hat. Die F.D.P. hat einen eigenständigen Antrag gestellt, zeigt also die liberale Flagge. Ich bin gespannt auf den Wortbeitrag meiner Kollegin Aschmoneit-Lücke. Ich sage jetzt schon - ich komme später noch einmal darauf zurück -, daß wir dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehen - mit einer Ausnahme, die ich dann in einer Bemerkung zum Abstimmungsverhalten noch begründen möchte.

Zur Sache, meine Damen und Herren! Mir fehlt es an der Zeit, und mir fehlt es auch an Sachkompetenz - das will ich ehrlich bekennen -, die historischen Ursachen für die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen darzustellen. Fakt ist aber, daß in unserer **abendländischen Kultur** - im Gegensatz übrigens zu der ja vielgepriesenen griechischen Kultur - der Einfluß der Kirche und des Christentums ganz maßgeblich zur Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Sexualität beigetragen hat. Homosexualität galt und gilt teilweise auch heute noch nach christlich-abendländischer Vorstellung als unsittlich und strafwürdig. Das hatte und hat Auswirkungen bis in unsere jüngste Vergangenheit.

Noch 1957 urteilte zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht pro Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen unter erwachsenen Männern. In der Begründung heißt es, daß die Homosexualität nach Auffassung beider großen **Konfessionen**, aus deren Lehren große Teile der Bevölkerung ihre Maßstäbe für ihr sittliches Verhalten ableiteten, eindeutig gegen das Sittengesetz verstoße.

Seitdem hat sich - Gott sei Dank, sage ich dazu - einiges getan. Vor 25 Jahren, am Christopher-Street-Day, gingen in New York erstmals Schwule und Lesben auf die Straße, um für ihre Gleichberechtigung offen zu kämpfen.

1993 forderte die Präsidentin der Nordelbischen Lutherischen Kirche, Elisabeth Lindner - eine mutige Frau, sage ich ausdrücklich -,

(Beifall bei der SPD)

daß auch Lebensgemeinschaften von Homosexuellen und Lesben von der Kirche gesegnet werden können. Die Prügeln erfolgten auf dem Fuß, meine Damen und Herren.

1994 wurde der § 175 gestrichen. Frau Fröhlich hat darauf hingewiesen. Und auch der **Europäische Gerichtshof** stellte fest, daß die Bestrafung einverständlicher - das ist ganz wichtig - homosexueller Handlungen zwischen Erwachsenen gegen das durch die europäische Menschenrechtskonvention garantierte Recht auf Achtung des Privatlebens verstoße. Auch das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber es mußte gesagt werden.

Und die Kirche heute? Die **Nordelbische Kirche** hat auf ihrer Synode im Mai 1996 zum Thema Homosexualität folgendes ausgesagt, und ich finde, das ist bemerkenswert - ich zitiere -:

„Die jahrhundertelange Verdammung weiblicher und männlicher Homosexualität durch Theologie und Praxis der Kirche hat zur Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung homosexueller Frauen und Männer entscheidend beigetragen. Die Synode erkennt diese Schuld an.“

Weiter heißt es:

„Es ist entscheidend anzuerkennen, daß homosexuelle Orientierung zur Individualität und Identität zahlreicher Menschen unablässig hinzugehört. Dazu muß eine entsprechende Lebensgestaltung möglich sein.“

Ein Blick zur **katholischen Kirche** lehrt etwas anderes. Dort wurde noch 1993 im Katechismus festgeschrieben, homosexuelle Veranlagung sei wohl nicht selbstgewählt, verstoße aber gegen natürliche Gesetze, da sie kein Leben weitergebe. - Ich denke, in Schleswig-Holstein können wir die Kirche mit dieser Auffassung allein lassen.

Wie steht es heute in unserer **Gesellschaft**? Gibt es darüber Daten und Fakten? Eine empirische Untersuchung der deutschen

Aidshilfe mit dem Namen „Wie leben schwule Männer heute?“ hat zur gesellschaftlichen Akzeptanz folgendes ergeben: Bei 48 % der Befragten wurde deutlich, daß das soziale Umfeld die Homosexualität mehrheitlich akzeptiert. Bei 29 % war es so, daß sich das soziale Umfeld deutlich spaltet. Bei immerhin noch 25 % war es so, daß Verwandte und Bekannte die Homosexualität mehrheitlich ablehnten. Was für ein Leid steckt hinter diesen Aussagen, meine Damen und Herren!

Dabei ist sogar für Schleswig-Holstein noch zu beachten, daß bei dieser Umfrage, die eine Bundes-Umfrage war, drei Viertel der Befragten in sogenannten großstädtischen Ballungszentren leben und daß deshalb der sogenannte Provinzeffekt, der sich wohl so bemißt „je kleiner der Ort, desto geringer die Akzeptanz“, ausgeschaltet war. Ich befürchte, Schleswig-Holstein ist in dieser Beziehung eher eine Provinz.

Der **internationale Vergleich** zeigt auf, daß es liberale Länder gibt. Ich denke da beispielsweise an Skandinavien. Island ist besonders liberal - das will ich hier doch einmal sagen. Zu den negativen Ländern gehören beispielsweise die Länder mit islamischer Lehre - so der Sudan, der im Moment dabei ist, die Todesstrafe für dieses Delikt neu einzuführen. Das ist wirklich unglaublich, wenn man bedenkt, daß wir an der Schwelle zum 20. Jahrhundert stehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Zum 21. Jahrhundert!)

- Zum 21. Jahrhundert, auch gut. Bei dem 20. Jahrhundert wäre es schon schlimm genug.

Wenden wir uns **Schleswig-Holstein** zu: In Schleswig-Holstein wird seit 1991 die Arbeit der homosexuellen Aktionsgruppe in Kiel - kurz HAKI genannt - finanziell gefördert - 1996 mit 90 000 DM. Die HAKI leistet landesweite Arbeit im Bereich Fortbildung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie

betreibt eine landesweite Informationsstelle und gibt eine Zeitung heraus. Auch die lesbische Arbeit wird aus verschiedenen Häusern gefördert.

Meine Damen und Herren! Ich überschlage etwas, weil ich mit der Zeit nicht hinkomme. Nach Meinung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es an der Zeit, der gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Menschen - Lesben und Schwuler - auch in Schleswig-Holstein aktiver entgegenzuwirken. Dazu dient die **Einrichtung des Referates**. Denn ohne Personal- und Sachkosten für ihre Belange - das wissen Sie doch ganz genau - bleibt es doch weitgehend bei Sonntagsreden.

Die SPD-Fraktion sieht in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich eine gute Grundlage für die Arbeit des Referates und stimmt diesem Antrag zu.

Zur Forderung der **F.D.P.** in Nummer 1 des Antrages, die sich an den Bundesrat bezüglich eingetragener Partnerschaften richtet, stellen sich mir einige Fragen: Erstens. Warum hat die F.D.P. das nicht bereits im Rahmen ihrer Beteiligung an der Bundesregierung auf den Weg gebracht? Zweitens. Warum fordert die schleswig-holsteinische F.D.P. nicht ihren frischgekürten Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig auf, dasselbe in Bonn zu tun?

(Beifall des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Das sind so unsere Spiele miteinander; Frau Aschmoneit-Lücke, Sie kennen das ja. - Das ist aber nur eine Sache, die bundesweit zu regeln wäre. Es gibt viele andere Dinge mehr, die zugunsten der Lesben und Schwulen geändert werden müßten.

Bevor die SPD ad hoc auf dieses Pferd springt und sich auf eine Sache versteift,

möchte ich Sie bitten, Frau Präsidentin, über diesen Antrag getrennt abstimmen zu lassen, weil wir die Nummer 1 gerne in den zuständigen Fachausschuß überwiesen haben möchten. Den Nummer 2 und 3 werden wir gern zustimmen.

Lassen Sie mich als Schlußbemerkung folgendes feststellen: Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sind wir als aufgeklärte und frei von Dogmen denkende Menschen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts den Lesben und Schwulen in der Welt - auch in Schleswig-Holstein - schuldig. Ich finde, wir sind es gerade jetzt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich zu Ihrer Bemerkung, Frau Fröhlich, daß die **Junge Union** am Dienstag eine Presseerklärung zu diesem Thema herausgegeben habe und diese Diskussion begrüße, noch hinzufügen: Auch unsere Junge Union hat sich auf ihrem Junge-Union-Landesparteitag vor der Sommerpause mit einem ziemlich ausgedehnten und sehr detaillierten Papier zu dieser Thematik befaßt. Wenn Sie darin Gemeinsamkeiten zu Ihren Positionen oder zu den von Ihnen, Frau Franzen, feststellen, dann finde ich das überhaupt nicht verwunderlich. Ganz eklatante Unterschiede liegen jedoch im Forderungskatalog, worauf ich nachher noch eingehen möchte.

Meine Damen und Herren! In diesen beiden Anträgen, aber auch in vielen Drucksachen anderer Landesparlamente und auch des Bundestages - gerade in den letzten zwei Jahren - spiegelt sich ein

gesellschaftspolitisches alltägliches Problem wider, das von vielen nicht erkannt und nicht ernstgenommen wird. Durch Vorurteile und Unsicherheit werden Aufklärung, Toleranz und ein Verstehen immer wieder unmöglich gemacht. Als ich heute morgen die Lübecker Zeitung aufschlug, was ich ganz selten tue, stolperte ich zufällig über eine Anzeige der Sparkasse. Ich habe sie nicht mitgebracht, weil es nicht möglich wäre, sie von hier aus zu zeigen. Es handelte sich dabei um eine Anzeige der Sparkasse Lübeck, in der ein Thema in den Mittelpunkt gestellt wurde, das mit Geld zu tun hat. Daneben wurde aber die Frage gestellt, ob die abgebildeten Personen wohl hetero- oder homosexuell veranlagt seien. Ich gebe ganz ehrlich zu: Man schlägt die Zeitung auf, schaut den Artikel an, und es gibt eine Blockade.

Die **Situation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen**, Partnerschaften und Beziehungen ist im Alltagsleben, in der Arbeitswelt, bei der Wohnungssuche und in vielen einzelnen Detailrechtsfragen oftmals durch nicht zu begründende Diskriminierung bis hin zu Gewaltanwendung belastet. Homosexualität ist weder abartig noch pervers. Niemand kann sich seine sexuelle Identität aussuchen. Neigungen und Veranlagungen sind gegeben, die nicht von vornherein ein erfülltes Leben ausschließen dürfen, weil sie von der Norm Heterosexualität abweichen.

Ich zitiere aus einer Bundestagsdrucksache vom März 1988 und mache mir diese Formulierung zusammen mit meiner Fraktion zu eigen:

„Auch für Menschen mit homosexuellen Neigungen gilt, daß es ihre höchstpersönliche und freie Entscheidung ist, wie sie Partnerschaft und ihr eigenes Leben gestalten, welches persönliche Verständnis sie ihren selbst gewählten partnerschaftlichen Beziehungen beimessen und wie sie dieses

Verständnis sprachlich ausdrücken wollen. Der Respekt des Staates vor der Höchstpersönlichkeit solcher Entscheidungen ist ein Wesensmerkmal unserer freiheitlichen Gesellschaft. Aus ihm kann sich ein Maß an Toleranz entwickeln, das gerade jene vor Benachteiligungen und Herabwürdigungen schützt, die ihr Leben anders als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gestalten möchten.“

Sie haben beide eben schon eine Menge an statistischem Material erwähnt.

Somit hat die CDU-Landtagsfraktion auch mit den Forderungen in den Anträgen, die eine generelle Antidiskriminierungspolitik durch präventive Maßnahmen und realitätsbezogene Aufklärung - wie es vor allem im F.D.P.-Antrag und in Teilen der **Empfehlung des Europäischen Parlamentes** formuliert ist - keinerlei Probleme.

Problematisch und damit in keiner Weise zustimmungsfähig, ist für uns allerdings die Forderung in beiden Anträgen nach der völligen rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen mit der Ehe - weder die Forderung der F.D.P. nach einer rechtmäßig eingetragenen Partnerschaft noch die in dem Antrag der Grünen enthaltene Formulierung, daß keinerlei Nachteile aus der Nichtzulassung gleichgeschlechtlicher Eheschließung erwachsen. Beide Anträge stellen im Kern den besonderen Schutz der Ehe als Norm - nicht den allgemeinen, sondern den besonderen Schutz -, verankert in Artikel 6 Grundgesetz, in Frage.

Dies alles ist 1993 noch einmal durch das **Bundesverfassungsgericht** in seiner Begründung der Verfassungsbeschwere festgeschrieben worden.

Homosexualität ist im **Grundgesetz** in den Artikeln 1 Abs. 1, 2 Abs.1 und 3 Abs. 1

bereits ausreichend vor Ungleichbehandlung und Diskriminierung geschützt. Ich bringe das auf eine einfache Formel: Antidiskriminierung ja, verfassungsrechtliche Gleichstellung nein, weil in entscheidenden Aspekten Gleiches und Ungleiches nicht gleichstellbar ist.

Nicht zustimmungsfähig ist für uns derzeit die Einrichtung eines eigenen Referats. Wir haben das zur Kenntnis genommen. In Zeiten derart knapper Kassen, in denen überall schmerzlich eingegriffen werden muß, können 200 000 DM Personalkosten für die **Einrichtung des Referats** und weitere 300 000 DM Projektkosten - das entnehme ich aus den vagen Ankündigungen - derzeit aus unserer Sicht so nicht finanziert werden. Wir werden sehr aufmerksam prüfen, wie diese 300 000 DM für die Projekte im nächsten Haushalt angesetzt werden sollen, für welche Zwecke, mit welchen Komplementärmitteln, und behalten uns für diesen Zweck die Haushaltsberatungen vor.

Generell erst einmal Ablehnung aus den von mir erwähnten Gründen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Sache sind wir - selbst nach Ihrem Beitrag, Frau Kollegin Hunecke - gar nicht so weit voneinander entfernt. Das habe ich insbesondere aus den Ausführungen der Kollegin Franzen geschlossen.

In Anbetracht dieser grundsätzlichen Übereinstimmung sollte es gelingen, fraktionsübergreifend etwas zu bewegen. Frau Kollegin Franzen, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie die Anregung gegeben

haben, den ersten Abschnitt unseres Antrages dem Ausschuß zu überweisen. Wir werden dem natürlich zustimmen. Ich freue mich, daß wir dann über die Frage, wie man das rechtlich regeln kann, noch sprechen werden. Ich denke, Sie haben beantragt, das in den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Gut, damit bin ich einverstanden.

Jeder Mensch hat ein Recht auf **sexuelle Selbstbestimmung**. Diese Tatsache muß endlich Einzug halten in die Köpfe weiter Kreise unserer Bevölkerung. Ich will heute gern ein gemeinsames Signal nach außen senden, weil ich die - so muß ich einmal sagen - dummen Vorbehalte gegenüber homosexuellen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unerträglich finde.

(Beifall im ganzen Haus)

Aus diesem Grund lege ich auch nur dar, warum die F.D.P.-Fraktion dem Antrag der Grünen in der vorliegenden Form nicht zustimmen wird. Frau Fröhlich, ich kann und möchte Ihnen nicht ersparen, Sie mit Ihren Aussagen zur **Einrichtung eines Referates für gleichgeschlechtliche Lebensweisen** zu konfrontieren. Im Rahmen einer Diskussionsrunde im Offenen Kanal Kiel am 7. Juni, an der ich wegen unseres Bundesparteitages leider nicht teilnehmen konnte, antworteten Sie auf die Frage, welche Aufgaben das neu einzurichtende Referat übernehmen sollte:

„Nun freuen wir uns erst einmal, daß es ein solches Referat endlich gibt, und die Aufgaben überlegen wir uns dann im Laufe der Zeit.“

Das ist jedenfalls nicht unsere Art, Probleme anzupacken.

Es ist doch nicht damit getan, irgendein Referat einzurichten und dann nach mehr oder weniger sinnvollen Betätigungsfeldern Ausschau zu halten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie dennoch heute in Ihrem Antrag das Beauftragtenwesen noch einmal begrüßen wollen, erinnere ich Sie an folgendes. Im Rahmen der Haushaltsberatungen des letzten Jahres beantragten wir, die F.D.P.-Fraktion, 55 000 DM mehr Mittel für die freien Aidshilfen, die solide gegenfinanziert waren. Damals lehnte die Mehrheitsfraktion unseren Antrag ab. 55 000 DM, das ist gerade einmal ein Zehntel des Betrages, der heute für die Einrichtung eines in meinen Augen überflüssigen Referates zur Verfügung gestellt wird. Wir haben übrigens erfreut zur Kenntnis genommen, Frau Ministerin, daß die Landesregierung ganz offensichtlich Konsequenzen aus unserem Antrag gezogen hat. Ich begrüße ausdrücklich, daß die Mittel für die Aidspolitik aufgestockt werden sollen.

Ich bin auch der Auffassung, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag das **Grundgesetz** nicht neu beschließen muß. Wenn Sie fordern, daß alle Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins gleichbehandelt werden sollen, empfehle ich Ihnen einen Blick auf Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes. Natürlich haben Sie recht, daß Menschen nicht dauerhaft diskriminiert werden dürfen, nur, weil sie ein Menschenrecht in Anspruch nehmen. Aber diesen Umstand ändern wir doch nicht, indem wir den Landtag heute Teile unserer Verfassung neu beschließen lassen.

Bereits in der Schule, aber auch anderswo, muß doch schon Kindern und Jugendlichen das Wissen vermittelt werden, daß **Homosexualität** etwas absolut und vollkommen - das sage ich hier ganz bewußt - Normales ist. Nur so läßt sich auf

Dauer eine neue Bewußtseinslage, die hier von allen angemahnt worden ist, schaffen.

Wir stimmen völlig überein, daß es endlich einen rechtlichen und sozialen Schutz für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften geben muß. Es kann nicht sein, daß nach dem geltenden Steuerrecht eine solche Gemeinschaft gar nicht existiert, aber etwa im Rahmen der Prüfung des Sozialhilfeanspruches auf die Unterhaltspflicht des Partners, der Partnerin verwiesen wird. Da sind wir völlig einig. Es kann auch nicht sein, daß die Partnerin oder der Partner gegenüber Ärzten kein Auskunftsrecht geltend machen kann. Das haben Sie zu Recht gesagt. Auch wir wollen das ändern.

Ich glaube, daß wir es realistisch am besten erreichen, wenn wir ein **Rechtsinstitut** schaffen, ein Rechtsinstitut „Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare“. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß solche neuen Rechte und Pflichten selbstverständlich für alle auf Dauer angelegten nichtehelichen Lebensgemeinschaften, also auch für die zwischen Mann und Frau, gelten müssen.

(Beifall des Abgeordneten
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich halte die Schaffung eines solchen Rechtsinstituts auf Bundesebene, das gleiche Rechte und Pflichten begründen soll wie die Ehe, insbesondere im Bereich von Angehörigenrechten, Hinterbliebenenregelungen und im Sozialrecht, für den richtigen Weg. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, noch einmal zu überlegen, ob nicht auch Sie unserem Antrag zustimmen können.

(Beifall der Abgeordneten
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und
Kläre Vorreiter [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Heute sprechen wir von **Lesben** und **Schwulen**, ohne damit die Diskriminierung Homosexueller befürchten zu müssen. Die veränderte Akzeptanz in der Bevölkerung hat aber keine konkreten Handlungen nach sich gezogen. Die heutige Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist in der Hauptsache auf die Untätigkeit in der Politik zurückzuführen. Die Trägheit des Bundesgesetzgebers führt dazu, daß hetero- und homosexuelle Lebensgemeinschaften noch lange nicht gleichberechtigt behandelt werden.

In erster Linie sind jetzt **Gesetzesänderungen** gefragt. Gleichgeschlechtliche Paare, die jahrelang in eheähnlichen Lebensgemeinschaften zusammengelebt haben, müssen endlich die gleichen Rechte erhalten wie Ehegatten. Die Frage ist, wie wir auf dem Weg zu vernünftigen Lösungen vorgehen wollen.

Uns liegen der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. vor. Der aus unserer Sicht ganz wesentliche Unterschied zwischen diesen **Anträgen** liegt in der vorgeschlagenen Vorgehensweise. Der Antrag der Bündnisgrünen sieht vor, daß Gesetze, Verordnungen und Erlasse daraufhin überprüft werden sollen, ob Lesben und Schwule durch sie benachteiligt werden. Gegebenenfalls sollen daraufhin alle bestehenden rechtlichen Regelungen geändert werden. Das würde in der Praxis bedeuten, daß man jedes Gesetz daraufhin durchzupflügen hätte, ob es diskriminierende Vorschriften enthält. Das halten wir für ziemlich kompliziert und zeitaufwendig. Zur Durchführung einer solchen Lösung müßten Lesben und Schwule also sehr viel Geduld aufwenden.

Was mir am Inhalt des Antrags der Bündnisgrünen gefällt, ist die Einrichtung eines **Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen**. Ich weiß, daß man nicht alles mit Referaten, mit Beauftragten lösen kann. Das ist mir sehr wohl bewußt. Es ist aber an der Zeit, ein Signal zu setzen. Darum werde ich dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich werde aber auch - darauf komme ich gleich - dem Änderungsantrag der F.D.P. zustimmen.

Wie Sie wissen, wenden wir vom SSW unseren Blick immer gern in Richtung Norden. Es ist immer interessant zu untersuchen, wie die Probleme dort angegangen werden. In **Dänemark** gibt es seit einigen Jahren ein sogenanntes **Partnerschaftsgesetz**. In diesem Gesetz ist geregelt, daß schwule und lesbische Paare ihre Partnerschaft registrieren lassen können. Die Schließung einer Partnerschaft nach dänischem Vorbild ist der standesamtlichen Eheschließung ähnlich. Doch das - wie gesagt - nur am Rande!

Worauf es uns in diesem Zusammenhang ankommt, ist, daß das dänische Gesetz Regelungen enthält, mit denen Anpassungen an vorhandene Gesetze erreicht worden sind. Mit anderen Worten: Registrierte Partner werden wie Ehegatten behandelt.

Kein anderes Ziel wird von den Bündnisgrünen verfolgt; das ist klar. Der Änderungsantrag der F.D.P. enthält die Aufforderung zur Schaffung eines solchen **Rechtsinstituts** einer „eingetragenen Partnerschaft“ für gleichgeschlechtliche Paare. Diesen Änderungsantrag halten wir für sinnvoll. Damit würden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden.

Darum werden wir - wie ich vorhin schon sagte - diesem Änderungsantrag gern zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag gebe ich der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Aschmoneit-Lücke, ich bin natürlich davon ausgegangen, daß Sie unseren Antrag gelesen haben, und ich bin auch davon ausgegangen, daß der Koalitionsvertrag - weil er hier ja dauernd zitiert wird - gelesen worden ist; darin ist deutlich beschrieben, was mit dem **Referat für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen** erreicht werden soll.

Ich möchte nur noch einmal Ihr Augenmerk auf unseren ursprünglichen Antrag richten. Dieser Antrag wiederholt im Grunde genommen das, was auch in Ihrem Antrag geschrieben worden ist, Frau Aschmoneit-Lücke, nämlich eine aktive Antidiskriminierungspolitik zu betreiben. Nur drücken wir das ein bißchen anders aus und spezifizieren es auch, indem wir eben auch ganz deutlich sagen, was das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen tun soll und auf welche Weise Antidiskriminierungspolitik tatsächlich betrieben werden soll.

Ich bin - wie gesagt - davon ausgegangen, daß das als bekannt vorauszusetzen sei, und habe in meiner Rede lediglich Erläuterungen und Beispiele dafür gebracht, wie Antidiskriminierung heutzutage wirklich aussieht.

An dieser Stelle muß ich dann natürlich auch eine Kritik an der **Pressemitteilung der Jungen Union** üben. Das wird zu einer Sonntagsrede, wenn wir Antidiskriminierung so verstehen wollen. Antidiskriminierung steckt in gesetzlichen Vorschriften, die immanent die gleichgeschlechtlichen Lebensweisen benachteiligen, wenn Sie sie nicht ausdrücklich mit aufnehmen und ausdrücklich in die Gleichbehandlungsgrundsätze des Grundgesetzes einbeziehen.

Deswegen erhalte ich unseren Antrag nach wie vor aufrecht und halte ihn nach wie vor auch für richtig und sinnvoll. Ich werbe natürlich auch dafür, genauso wie Sie es mit Ihrem Antrag tun.

Aufgrund des Interviews Ihres Bundesvorsitzenden, Frau Aschmoneit-Lücke, meine ich, daß es nicht richtig ist, an dieser Stelle dem **F.D.P.-Vorschlag** zu folgen, weil er genau das Gegenteil von dem impliziert, was wir wollen, nämlich eine volle rechtliche Gleichstellung. Das steht auch überhaupt nicht im Gegensatz zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Das hat nämlich genau aufgetragen, Frau Hunecke, diese Benachteiligungen zu beseitigen; es hat zwar nicht gesagt, die Ehe sei damit schon das allein richtige Instrument dafür, weil das Bundesverfassungsgericht nämlich zu der damaligen Zeit immer noch angenommen hat, daß ein prägendes Element der Ehe die Ungleichgeschlechtlichkeit ist. Aber solche Rechtsauffassungen sind im Wandel begriffen. Das ist auch aus den Äußerungen des Bundesverfassungsgerichts deutlich geworden.

Insofern ist es - wie ich denke - ganz wichtig, daß wir diesen Antrag, wie ihn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragen haben, hier auch verabschieden, damit das Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweise“ eine fundierte Grundlage erhält. Die Zuordnung gleichgeschlechtlicher Lebensweise zu einem partnerschaftsähnlichen Institut ist ja nicht

dadurch vorgenommen, Frau Aschmoneit-Lücke, daß wir es hier expressis verbis benennen, sondern indem wir auf die Entschließung des Europäischen Parlaments Bezug nehmen.

Ich bitte, dies noch einmal etwas differenzierter anzuschauen. Das kam mir in Ihrer Rede doch ein bißchen zu kurz und erschien mir ein bißchen zu oberflächlich.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerin Birk das Wort.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor: Die Strandpromenade an der Kieler Förde, junge Leute, die da ein bißchen herumschmusen und -knutschen, und jetzt stellen Sie sich einmal vor, jedes zehnte dieser zahlreichen Paare wäre gleichgeschlechtlich. Ich denke, dies ist heute immer noch eine etwas utopische Vorstellung. Bisweilen werden Sie vielleicht die eine oder andere verschämte kleine Umarmung bemerken. Ich hoffe, ich kann es noch erleben, daß diese Utopie Realität wird.

Dazu kann ein Parlament natürlich nur bedingt beitragen, aber es kann beitragen. Insofern bin ich sehr froh, daß wir bei allen Unterschieden hier doch eine gewisse Übereinstimmung feststellen können, daß es notwendig ist, parlamentarisch tätig zu werden. Ich begrüße den Antrag außerordentlich, der mir dabei hilft, mit einer politischen Rückendeckung in meinem Hause ein **Referat für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensformen** einzurichten.

Es wurde auf die reichhaltigen Beispiele bestehender Diskriminierung im Mietrecht, im Erbrecht, Steuerrecht, im Aufenthaltsrecht hingewiesen; es ließen sich bei genauerem Studium sicherlich noch eine

Reihe von weiteren Rechten und Gesetzen anführen.

Aber entscheidend sind auch die Diskriminierungen in den vielen kleinen fachlichen Anweisungen, die natürlich nie explizit gemacht werden: Wer kommt als erster auf die Dringlichkeitsliste unter den Wohnungsuchenden? Wie sieht es aus, wenn es um Beförderungen geht? Unausgesprochen, ungeschrieben findet dort doch **Diskriminierung** statt, beziehungsweise - und das ist viel schlimmer - die Menschen gehen davon aus, daß sie aufgrund ihrer Liebe diskriminiert werden, und verstecken, wie ihnen zumute ist, befürchten, vielleicht denunziert zu werden. Ich denke, gerade hierzulande ist die Entwürdigung von Führungspersonlichkeiten durch den möglichen Verdacht von Homosexualität noch gut im Gedächtnis.

Diesem gilt es entschieden entgegenzutreten. Dazu ist es sicherlich notwendig, auch über die Gleichstellung von Formen des Zusammenlebens aktiv nachzudenken, also nicht nur Diskriminierung auszuschließen, sondern positiv zu formulieren, was denn in Partnerschaften vor dem Gesetz geregelt und beurkundet werden soll. Von allen diesen Regelungen würden natürlich heterosexuelle Lebensgemeinschaften profitieren. Es ist hier so ähnlich wie bei der Frauenbewegung: Wenn ein Bereich der Diskriminierung aufgehoben worden ist, bedeutet das mehr Freiheit für alle.

Wir sollten in Ruhe prüfen, was die verschiedenen Ansichten zur Gleichstellung der Paarsituation bedeuten. Dazu ist ja von Ihrer Seite die Anregung gegeben worden, sich im Ausschuß darüber zu unterhalten. Angesichts der Tatsache, daß gerade zu dieser Thematik auch erste **Bundesratsinitiativen** im Gespräch sind, würde ich es sehr begrüßen, sich gründlich mit der Thematik zu befassen, damit wir uns auch im Bundesrat als Land **Schleswig-**

Holstein mit einer klaren Beauftragung seitens dieses Hauses verhalten können.

Zu den Tätigkeiten des zukünftigen **Referats** und auch zu dem **Finanzvolumen**, das natürlich unter dem Vorbehalt steht - das möchte ich an dieser Stelle betonen -, daß es die Zustimmung des Hohen Hauses finden muß, ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte dies nicht wiederholen, sondern nur noch einmal darauf hinweisen, daß dieses Referat nach meiner Meinung auch der Fortbildung von Führungskräften im Landesdienst zugute kommen kann, wie es nach meinem Empfinden überhaupt dadurch einen wohltuenden Einfluß ausüben wird, daß es im Landesdienst angesiedelt ist und damit auch ausdrückt, daß dies eine Aufgabe ist, von der unter anderem auch die Landesbediensteten profitieren werden, falls sie Diskriminierung befürchten.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung dazu: Wir haben - ich hatte das in der Utopie zu Anfang meiner Ausführungen schon ausgemalt - gerade unter den jungen Leuten immer noch einen überraschenden Vorbehalt, sich offen zu zeigen. Deshalb denke ich, daß es gerade im Bereich der Schule und der Jugendfreizeit ein besonderes Betätigungsfeld gibt. So ein **Referat** kann natürlich nur dann wirksam werden, wenn es die Multiplikatorinnen und **Multiplikatoren** im Lande fortbildet, Anregungen gibt, Lehrpläne durchsieht und dergleichen mehr. Dazu scheint es mir erforderlich zu sein, daß eine gewisse unabhängige Öffentlichkeitsarbeit und auch sonst eine von dem üblichen Hierarchieverständnis innerhalb der Verwaltung etwas abweichende Verfassung für dieses Referat vorgesehen ist.

Ich denke, das wird auch im Rahmen des üblichen Dienstrechts möglich sein, und ich bin froh, wenn wir in einem Jahr auf einen erfolgreichen Start des Referats zurückblicken können und wenn auch die unabhängigen Initiativen auf diesem Felde daran mitwirken, daß wir selbst auf dem

Lande - ähnlich, wie wir es zum Teil schon aus Skandinavien kennen - junge und ältere Menschen sehen werden, die sich offen und angstfrei zu ihrer Liebe bekennen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Referat einen guten Start.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und komme zur Abstimmung.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. abzustimmen. Zu Nummer 1 ist gesonderte Abstimmung, und zwar Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuß, beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Über die Nummern 2 und 3 lasse ich gemeinsam abstimmen, und zwar in der Sache. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es ist nicht beantragt worden, hierüber abschnittsweise abzustimmen, sondern hierüber wird insgesamt in der Sache abgestimmt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: In der so geänderten Fassung!)

- Wir müssen zunächst einmal über den Antrag abstimmen und dann in der Fassung mit den Änderungen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Frau Präsidentin, Sie haben gerade über den

Änderungsantrag abstimmen lassen! Jetzt müssen Sie über den Antrag in der so geänderten Fassung abstimmen lassen!)

- Über den Ursprungsantrag in der so geänderten Fassung.

Ich lasse über den Antrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eine Verständnisfrage!)

- Ist das klar?

(Zurufe: Ja!)

- Gut. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den abgestimmten Änderungen der F.D.P. so angenommen, und zwar einstimmig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist die heutige Sitzung und die 5. Tagung beendet. Die nächste Tagung beginnt am 30. Oktober 1996.

Die Zeit vom 4. Oktober bis zum 19. Oktober ist ausschlußfrei. Ich wünsche Ihnen eine erholsame Ferienzeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.53 Uhr